



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Wegleitung über den massgebenden Lohn in der AHV, IV und EO (WML)

Gültig ab 1. Januar 2019

Stand: 1. Januar 2021

318.102.02 d WML

11.20

Vorwort

Die Wegleitung über den massgebenden Lohn (WML) in der AHV, IV und EO wurde auf den 1. Januar 2019 vollständig überarbeitet.

Die Änderungen betreffen insbesondere die Abgrenzung zwischen massgebendem Lohn und Beitragsbefreiungen im Bereich der beruflichen Vorsorge sowie der Sozialleistungen (Teil 2). Die diesbezüglichen Regelungen wurden an die geltende Praxis angepasst und ergänzt. Im 4. Teil wurde ferner die Regelung zur beitragsrechtlichen Behandlung bestimmter Tätigkeiten überarbeitet. Auch strukturell wurden teilweise Anpassungen vorgenommen und der Aufbau möglichst nach Themen (statt den Verordnungsartikeln folgend) geordnet.

Schliesslich wurde die Wegleitung neu nummeriert und wie üblich wurden Korrekturen vorgenommen und die Rechtsprechung aktualisiert. Um den Übergang zur neuen Nummerierung zu erleichtern, steht den Benutzern im temporären Anhang 4 eine Konkordanzliste zur Verfügung.

Vorwort zum Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 2020

Mit dem vorliegenden Nachtrag wird die Randziffer betreffend die Zuwendungen an Hinterlassene (Rz 2154) präzisiert.

Zudem wird das Kapitel der Unkosten betreffend Ausgaben für Wahlkämpfe, Abstimmungen und Parteibeiträge ergänzt (Rz 3008.1).

Die Tabelle 1 im Anhang zur Umrechnung von Renten in Kapitalien und der dazugehörige Rechner (vgl. Rz 2106) basieren für Frauen auf dem Rentenalter 64. Die Reglemente gewisser Pensionskassen sehen jedoch für Frauen ein Rentenalter von 65 Jahren vor. Nun wird festgelegt, wie für die Umrechnung von Renten in Kapitalien bei Frauen, deren Pensionskasse das Rentenalter 65 vorsieht, vorzugehen ist (Rz 2108).

Ferner werden gewisse begriffliche Vereinheitlichungen vorgenommen, Fehler und Ungereimtheiten ausgemerzt und die Rechtsprechung des höchsten Gerichts auf den neusten Stand gebracht, dies bis und mit Nr. 69 der Liste „[Rechtsprechung des Bundesgerichts zum AHV-Beitragsrecht \(Auswahl des BSV\)](#)“.

Die Änderungen sind mit dem Vermerk 1/20 gekennzeichnet.

Vorwort zum Nachtrag 2, gültig ab 1. Januar 2021

Mit dem vorliegenden Nachtrag werden die Randziffern betreffend die Gratisabgabe von REKA-Checks (Rz 2071) sowie die beitragsfreien Familienzulagen (Rz 2171) präzisiert.

Aufgrund der Neuregelung der Quellensteuer, welche auf den 1. Januar 2021 in Kraft tritt, werden die Regelungen betreffend die pauschalen Abzüge von Gewinnungskosten bei nicht in der Schweiz wohnhaften Künstlerinnen und Künstlern (Rz 4036), Sportlerinnen und Sportlern sowie Referentinnen und Referenten (Rz 3018) den bundessteuerrechtlichen Regeln angepasst.

Zudem werden aufgrund eines aktuellen Bundesgerichtsurteils Fachbeistandspersonen als Beispiel für eine selbstständige Erwerbstätigkeit im Bereich der öffentlich-rechtlichen Aufgaben erwähnt (Rz 4007 f.).

Ferner werden Verweise ergänzt oder korrigiert, Fehler und Ungeheimheiten ausgemerzt und die Rechtsprechung des höchsten Gerichts auf den neusten Stand gebracht, dies bis und mit Nr. 73 der Liste „[Rechtsprechung des Bundesgerichts zum AHV-Beitragsrecht \(Auswahl des BSV\)](#)“.

Die Änderungen sind mit dem Vermerk 1/21 gekennzeichnet.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	12
1. Teil: Definition des massgebenden Lohnes	16
1. Gesetzliche Grundlage	16
2. Begriffselemente	16
2.1 Arbeit	16
2.2 Bestimmte oder unbestimmte Zeit.....	16
2.3 Entgelt.....	17
2.4 Unselbstständige Stellung.....	19
2.4.1 Umschreibung	19
2.4.2 Unternehmerrisiko	19
2.4.3 Abhängigkeitsverhältnis	20
2.4.4 Würdigung der gesamten Umstände des Einzelfalles	20
a) Massgebende Merkmale	20
b) Nicht ausschlaggebende Merkmale.....	22
2.4.5 Wechsel des Beitragsstatuts	24
2.4.6 Verhältnis zu anderen Sozialversicherungen.....	25
2. Teil: Arten der Entgelte und ihre beitragsrechtliche Behandlung	26
I. Lohnbestandteile	26
1. Grundlohn, Entschädigungen und Zulagen mit Lohncharakter	26
2. Ferien-, Feiertags- und andere Absenzzuschläge	27
3. Gewinnbeteiligungen	27
3.1 Zuwendungen aus dem Reingewinn einer juristischen Person.....	28
3.1.1 Grundsatz	28
3.1.2 Teilweise Aufrechnung von Dividenden als massgebender Lohn.....	29

3.1.3	Zuwendungen, die von der Steuerbehörde dem Reingewinn zugerechnet werden	31
3.2	Mitarbeiterbeteiligungen	31
3.2.1	Mitarbeiterbeteiligungen, echte und unechte Mitarbeiterbeteiligungen, Bewertung und Beitragserhebungszeitpunkte	31
3.2.2	Mitarbeiteraktien.....	33
3.2.3	Mitarbeiteroptionen	34
3.2.4	Unechte Mitarbeiterbeteiligungen	35
3.2.5	Bescheinigung der Mitarbeiterbeteiligungen.....	35
3.2.6	Übergangsrecht.....	35
4.	Trinkgelder und Bedienungsgelder	35
5.	Verwaltungsratshonorare, Tantiemen und feste Entschädigungen	36
6.	Sitzungsgelder	40
7.	Naturalleistungen	41
7.1	Im Allgemeinen	41
7.2	Verpflegung und Unterkunft	42
7.2.1	Verpflegung und Unterkunft für Familienangehörige und eingetragene Partnerinnen oder Partner der Arbeitnehmenden.....	43
7.3	Anders geartetes Naturaleinkommen	43
8.	Entschädigungen für Lohnausfall infolge Unfall, Krankheit und Invalidität	45
8.1	Entschädigungen von Versicherungen	45
8.2	Entschädigungen der Arbeitgebenden	45
9.	Entschädigungen für Lohnausfall der Arbeitslosenversicherung, der Erwerbsersatzordnung, der Invalidenversicherung sowie der Militärversicherung	46
9.1	Entschädigungen an Versicherte gemäss dem Bundesgesetz über die obligatorische	

	Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG).....	47
9.2	Entschädigungen an Versicherte gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG).....	47
9.3	Taggelder und Einarbeitungszuschüsse gemäss dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG).....	48
9.4	Taggelder gemäss dem Bundesgesetz über die Militärversicherung (MVG).....	48
10.	Leistungen der Arbeitgebenden, die in der Übernahme der Beiträge der Arbeitnehmenden für die AHV/IV/EO/ALV sowie der Steuern bestehen.....	48
11.	Entgelte der Arbeitgebenden bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	49
11.1	Grundsatz	49
11.2	Berechnung des massgebenden Lohnes bei Rentenleistungen	51
II.	Berufliche Vorsorge: Leistungen und Beiträge	53
1.	Reglementarische Leistungen von Einrichtungen der beruflichen Vorsorge	53
2.	Reglementarische Beiträge an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge	56
2.1	Beiträge der Arbeitgebenden an die berufliche Vorsorge	56
2.2	Beiträge der Arbeitnehmenden an die berufliche Vorsorge	57
III.	Sozialleistungen der Arbeitgebenden	58
1.	Sozialleistungen der Arbeitgebenden bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	58
1.1	Sozialleistungen bei ungenügender beruflicher Vorsorge	58

1.2	Sozialleistungen bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen	59
2.	Härtefalleistungen	61
3.	Zuwendungen anlässlich besonderer Ereignisse.....	62
IV.	Arbeitgeberleistungen an Gesundheitskosten	64
1.	Beiträge der Arbeitgebenden an die Kranken- und Unfallversicherung.....	64
2.	Leistungen der Arbeitgebenden an medizinische Kosten.....	64
V.	Familienzulagen	65
VI.	Weitere Leistungen	67
1.	Zuwendungen für die Aus- und Weiterbildung	67
1.1	Zuwendungsarten	68
1.2	Zuwendungen des Arbeitgebers.....	68
1.3	Geldgebende und –empfangende	69
1.4	Zuwendungen, die zum massgebenden Lohn gehören ...	70
1.5	Verwendung von Zuwendungen für die Ausrichtung von Arbeitsentgelten	71
2.	Geringfügige Löhne	71
3.	Im Ausland erzielt es Erwerbseinkommen	72
4.	Militärsold und ähnliche Entschädigungen.....	72
5.	Fronddienste	73
6.	Leistungen der Sozialhilfe	73
3. Teil:	Unkosten.....	74
1.	Begriff	74

2.	Ermittlung	76
3.	Besondere Vorschriften.....	78
4. Teil:	Beispiele von Erwerbstätigen und die beitragsmässige Behandlung ihrer Entgelte.....	79
1.	Kommanditärinnen und Kommanditäre	79
2.	Behördenmitglieder	79
3.	Personen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen	80
4.	Lehrkräfte	81
5.	Römisch-katholische Weltgeistliche	81
6.	Erwerbstätige Mitglieder religiöser Gemeinschaften .	82
7.	Handelsreisende und Angehörige ähnlicher Berufe ..	82
7.1	Begriff.....	82
7.2	Stellung der Handelsreisenden	82
8.	Akkordantinnen und Akkordanten.....	85
9.	Heimarbeitende	87
10.	Mit Hauswartung und ähnlichen Aufgaben betraute Personen.....	88
11.	Musikerinnen, Musiker, Künstlerinnen, Künstler, Artistinnen, Artisten und DJs	88
12.	Zeitungs- und Losverkäuferinnen bzw. -verkäufer, sowie Verträgerinnen und Verträger von Zeitschriften.....	90
13.	Übersetzerinnen und Übersetzer sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher	90

14.	Für die Medien tätige Personen	91
15.	Fotomodelle und Mannequins.....	92
16.	Ärztinnen, Ärzte und weitere Gesundheitsberufe,.....	92
17.	Gutachterinnen und Gutachter	97
18.	Unternehmensberaterinnen und -berater	97
19.	EDV-Spezialistinnen bzw. -Spezialisten	97
20.	Erfinderinnen und Erfinder, Patentinhaberinnen und - inhaber	98
21.	Coiffeurgewerbe	99
22.	Transportgewerbe	100
23.	Mitarbeitende Familienmitglieder.....	101
24.	Au Pair-Angestellte, Praktikantinnen und Praktikanten.....	104
25.	Auszubildende.....	104
26.	Mitarbeitende eines Call-Centers	105
27.	Pflegeeltern und Tageseltern	105
28.	Nannies und Babysitter	106
5. Teil:	Anhänge.....	107
1.	Faktoren zur Umrechnung von Renten in Kapitalien gemäss Art. 7 Bst. q AHVV	107
2.	Beispiele	109
3.	Abgrenzung des prämienpflichtigen Verdienstes in der obligatorischen Unfallversicherung zum AHV-rechtlich massgebenden Lohn	126

**4. Temporärer Anhang – Konkordanzliste der Randziffern
Alte Fassung WML 2018 / Neuauflage WML 2019 128**

Abkürzungen

AHI	AHI-Praxis, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherungen (von 1993 bis 2004)
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AHVV	Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.101)
ALV	Arbeitslosenversicherung
ATSV	Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.11)
AVIG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (SR 837.0)
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BVG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 931.441.1)
DBG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (SR 642.11)

EOG	Bundesgesetz vom 25. September 1952 über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, SR 834.1)
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht (bis 31. Dezember 2006)
EVGE	Amtliche Sammlung der Entscheide des Eidgenössischen Versicherungsgerichts (die Zahlen bedeuten Jahrgang und Seite). Seit 1970 erscheinen die Urteile des EVG im Teil V der Amtlichen Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts (BGE).
FamZG	Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, SR 836.2)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FGSV	Verordnung des VBS über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivildienst (SR 520.112)
FLG	Bundesgesetz vom 20. Juni 1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (SR 836.1)
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, SR 831.42)
FZV	Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsverordnung, SR 831.425)
IK	Individuelles Konto
IVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
KALV	Kreisschreiben über die Beiträge an die obligatorische Arbeitslosenversicherung

KS ESTV Nr. 37	Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen, Kreis- schreiben Eidgenössischen Steuerverwaltung, Version vom 30. Oktober 2020
KVG	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Kran- kenversicherung (SR 832.10)
MBV	Verordnung vom 27. Juni 2012 über die Beschei- nungspflichten bei Mitarbeiterbeteiligungen (Mit- arbeiterbeteiligungsverordnung, SR 642.115.325.1)
MVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über die Militär- versicherung (SR 833.1)
OR	Schweizerisches Obligationenrecht vom 30. März 1911 (SR 220)
PAVO	Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern vom 19. Oktober 1977 (Pflegekinderverordnung, SR 211.222.338)
Rz	Randziffer
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
UVG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfall- versicherung (SR 832.20)
UVV	Verordnung vom 20. Dezember 1982 über die Un- fallversicherung (SR 832.202)
VVA	Verordnung über die Verwaltung der Armee (SR 510.301)
WBB	Wegleitung über den Bezug der Beiträge in der AHV, IV und EO
WL VA/IK	Wegleitung über Versicherungsausweis und indi- viduelles Konto

WSN	Wegleitung über die Beiträge der Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen in der AHV, IV und EO
WVP	Wegleitung über die Versicherungspflicht in der AHV/IV
ZAK	Zeitschrift für die AHV-Ausgleichskassen (die Zahlen bedeuten Jahrgang und Seite), herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherungen (bis 1992)
ZDG	Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, SR 824.0)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)

1. Teil: Definition des massgebenden Lohnes

1. Gesetzliche Grundlage

- 1001 Als massgebender Lohn gilt nach [Art. 5 Abs. 2 AHVG](#) jedes Entgelt für in unselbstständiger Stellung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit geleistete Arbeit.
- 1002 Massgebender Lohn liegt auch dann vor, wenn ein Bundesgesetz ein bestimmtes Ersatzeinkommen ausdrücklich dem Lohn im Sinne des AHVG gleichstellt (Näheres s. Rz 2088 ff.).

2. Begriffselemente

2.1 Arbeit

- 1003 Arbeit ist eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit. Aus welchen Gründen die Tätigkeit ausgeübt wird (wissenschaftliche, künstlerische, religiöse oder andere), spielt keine Rolle¹. Unerheblich ist auch, ob eine Tätigkeit rechtswidrig ist (z.B. Schwarzarbeit) oder gegen die guten Sitten verstösst².

2.2 Bestimmte oder unbestimmte Zeit

- 1004 Die versicherte Person muss zu einer Arbeit auf bestimmte oder unbestimmte Zeit verpflichtet sein. Die zeitliche Bindung braucht nicht ausdrücklich vereinbart zu sein; sie kann sich aus den Umständen ergeben.
- 1005 Auf Zeit verpflichtet ist auch, wer nicht seine volle Arbeitszeit für andere aufwendet oder nicht ständig, sondern nur gelegentlich für andere tätig ist³ (solche Personen gelten

¹	27.	Januar	1950	ZAK	1950	S.	117	EVGE	1950	S.	32
	2.	Februar	1953	ZAK	1953	S.	219	EVGE	1953	S.	32
	1.	Oktober	1962	ZAK	1963	S.	18	–			
	30.	März	1978	ZAK	1978	S.	458	–			
	26.	Mai	1987	ZAK	1987	S.	420	–			
²	28.	Dezember	1981	ZAK	1982	S.	366	BGE	107	V	193
³	9.	Oktober	1963	ZAK	1964	S.	541	–			

möglicherweise als Nichterwerbstätige; s. dazu die WSN: nicht dauernd voll erwerbstätige Versicherte).

- 1006 Vom Zeitmoment im Arbeitsverhältnis ist das Zeitmoment in der Bemessung des Lohnes zu unterscheiden. Auch wo im Stücklohn (Akkord) gearbeitet wird, ist das Arbeitsverhältnis zeitlich bestimmt.

2.3 Entgelt

- 1007 Das Entgelt besteht in Geld- oder Naturalleistungen, eventuell in einer Forderung der unselbstständig erwerbstätigen Person.
- 1008 Nicht nur unmittelbares Entgelt für geleistete Arbeit gehört zum massgebenden Lohn, sondern grundsätzlich jeder Bezug der Arbeitnehmenden der wirtschaftlich mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängt, gleichgültig, ob dieses Verhältnis forbesteht oder gelöst worden ist und ob die Leistungen geschuldet werden oder freiwillig erfolgen⁴.
- 1009 Es wird bemessen nach Zeit (Stunden-, Tages-, Wochen-, Monats-, Jahreslohn) oder nach Erfolg (Stücklohn, Provision, Kommission, Gratifikation, Prämie) oder nach Zeit und Erfolg (Fixum und Provision).
- 1010 Statt ausbezahlt kann ein Entgelt auch bloss gutgeschrieben werden. Ein geldwertes Entgelt gilt durch die Gutschrift als realisiert⁵. Beiträge sind daher in diesem Zeitpunkt zu entrichten.
- 1011 Als realisiert gilt ein gutgeschriebenes Entgelt jedenfalls dann, wenn es einer Forderung entspricht, die einen wirt-

⁴	22.	August	2000	–		BGE	126	V	221
	6.	November	2012	9C_648/2011		BGE	138	V	463
	4.	August	2014	9C_166/2014		BGE	140	V	368
⁵	30.	Januar	1957	ZAK	1957	S.	206		
	21.	August	1958	ZAK	1958	S.	414		
	7.	März	1960	ZAK	1960	S.	349		
	9.	Juli	1975	ZAK	1976	S.	85		

schaftlichen Wert darstellt und über welche die Arbeitnehmenden verfügen können. Gutgeschriebene Entgelte, die eine blossе Anwartschaft auf Lohn bilden, gelten nicht als realisiert⁶ (z.B. wenn sie einen wirtschaftlichen Wert nur unter der Voraussetzung erhalten, dass sich die Geschäfte der Arbeitgebenden günstig entwickeln).

- 1012 Zeitguthaben, mit denen während des Arbeitsverhältnisses Sabbaticals, Auszeiten und verlängerte Ferien bezogen werden können, gelten im Zeitpunkt ihrer Gutschrift auf Ferienkonten oder dergleichen ebenfalls nicht als realisiert. Die Beiträge auf den entsprechenden Löhnen sind erst beim Bezug der Zeitguthaben zu bezahlen.
- 1013 Dagegen gelten Zeitguthaben, die unwiderruflich frühestens bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Antritt des vorzeitigen Ruhestands bezogen werden können, im Zeitpunkt ihrer Gutschrift auf sog. Langzeitkonten oder dergleichen als realisiert. In diesem Zeitpunkt sind die Guthaben in Franken umzurechnen und darauf Beiträge zu entrichten. Basis für die Umrechnung ist der Jahreslohn des Jahres, in dem die Guthaben gutgeschrieben werden.
- 1014 Erhält ausnahmsweise eine versicherte Person für eine in unselbstständiger Stellung geleistete Arbeit kein Entgelt, so darf nicht ein Entgelt in der Höhe, wie es unter den gegebenen Umständen üblich ist, angenommen werden (kein fiktiver Lohn). Es sind keine Beiträge zu entrichten⁷.
- 1015 Das Entgelt kann auch im Hinblick auf eine noch zu leistende Arbeit entrichtet werden (z.B. Vorschüsse)⁸.

⁶	30.	Januar	1957	ZAK	1957	S.	206	EVGE	1957	S.	34
	10.	April	1957	ZAK	1957	S.	356	EVGE	1957	S.	124
	7.	März	1960	ZAK	1960	S.	349	EVGE	1960	S.	42
	9.	Juli	1975	ZAK	1976	S.	85	–			
⁷	26.	Februar	1953	ZAK	1954	S.	63	–			
	15.	Mai	1991	ZAK	1991	S.	312	–			
⁸	6.	Mai	1981	ZAK	1981	S.	543	–			

- 1016 Nicht von Bedeutung ist, ob das Entgelt von den Arbeitgebenden oder von Drittpersonen ausgerichtet wird⁹.
- 1017 Zinsen und Zinseszinsen auf Löhnen, die von den Arbeitgebenden verspätet ausgerichtet werden, stellen kein Entgelt dar und gehören nicht zum beitragspflichtigen massgebenden Lohn¹⁰.

2.4 Unselbstständige Stellung

2.4.1 Umschreibung

- 1018 In unselbstständiger Stellung ist grundsätzlich erwerbstätig, wer kein spezifisches Unternehmerrisiko trägt und von einer Arbeitgeberin oder einem Arbeitgeber in wirtschaftlicher bzw. arbeitsorganisatorischer Hinsicht abhängig ist¹¹.

2.4.2 Unternehmerrisiko

- 1019 Merkmale für das Bestehen eines Unternehmerrisikos sind namentlich
- das Tätigen erheblicher Investitionen,
 - die Verlusttragung,
 - das Tragen des Inkasso- und Delkredererisikos,
 - die Unkostentragung,
 - das Handeln in eigenem Namen und auf eigene Rechnung,
 - das Beschaffen von Aufträgen,
 - die Beschäftigung von Personal,
 - eigene Geschäftsräumlichkeiten.

⁹	8.	August	2011	9C_12/2011			BGE	137	V	321
¹⁰	24.	Oktober	1996	AH I	1997	S. 73	BGE	122	V	295
¹¹	14.	September	1971	ZAK	1972	S. 345	BGE	97	V	134
	10.	Februar	1972	ZAK	1972	S. 577	BGE	98	V	18
	22.	November	1978	ZAK	1979	S. 146	BGE	104	V	126
	6.	Oktober	1981	ZAK	1982	S. 185	–			
	27.	November	1981	ZAK	1982	S. 215	–			
	9.	April	1984	ZAK	1984	S. 558	BGE	110	V	72
	15.	Oktober	1985	ZAK	1986	S. 120	–			

2.4.3 Abhängigkeitsverhältnis

- 1020 Das wirtschaftliche bzw. arbeitsorganisatorische Abhängigkeitsverhältnis Unselbstständigerwerbender kommt namentlich zum Ausdruck beim Vorhandensein
- eines Weisungsrechtes,
 - eines Unterordnungsverhältnisses,
 - der Pflicht zur persönlichen Aufgabenerfüllung,
 - eines Konkurrenzverbots,
 - einer Präsenzpflcht.

2.4.4 Würdigung der gesamten Umstände des Einzelfalles

- 1021 Es besteht keine Vermutung für unselbstständige oder selbstständige Erwerbstätigkeit (Vgl. aber z.B. Rz 4022, 4032, 4086).
- 1022 Vermutet die Ausgleichskasse bei der Beurteilung des Beitragsstatuts, dass mehrere Personen oder Auftraggebende betroffen sind, geht sie nach dem in der WSN beschriebenen Prozedere vor.

a) Massgebende Merkmale

- 1023 Die Vielfalt der im wirtschaftlichen Leben anzutreffenden Sachverhalte zwingt dazu, die beitragsrechtliche Stellung einer erwerbstätigen Person jeweils unter Würdigung der gesamten Umstände des Einzelfalles zu beurteilen. Weil dabei vielfach Merkmale beider Erwerbsarten zutage treten, muss sich der Entscheid danach richten, welche dieser Merkmale im konkreten Fall überwiegen¹².
- 1024 Den Elementen Unternehmerrisiko und Abhängigkeitsverhältnis sowie ihren einzelnen Ausprägungen kann je nach

¹² 5.	November	1971	ZAK	1972	S. 663	BGE	97	V	217
6.	Februar	1979	ZAK	1979	S. 495	–			

der Art der zu beurteilenden Umstände unterschiedliches Gewicht zukommen.

- 1025 So erfordern gewisse Tätigkeiten naturgemäss kaum „erhebliche Investitionen“¹³ (z.B. Beratungstätigkeit, freie Mitarbeit). Das Abhängigkeitsverhältnis tritt hier in den Vordergrund.
- 1026 Erschöpft sich das wirtschaftliche Risiko in der Abhängigkeit von der zugewiesenen Arbeit, besteht das Unternehmerrisiko mithin darin, dass im Fall des Entzugs der Aufträge eine ähnliche Situation eintritt wie beim Stellenverlust Arbeitnehmender, liegt eine wirtschaftliche Sachlage vor, die ein typisches Merkmal einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit darstellt¹⁴.
- 1027 Bei versicherten Personen, die weiterhin in bedeutendem Umfang für den bisherigen Arbeitgeber tätig sind, sind an die Anerkennung des Status als Selbstständigerwerbende in Bezug auf diese Tätigkeit insofern erhöhte Anforderungen zu stellen, als die hierfür sprechenden Merkmale diejenigen unselbstständiger Erwerbstätigkeit klar überwiegen müssen¹⁵. Wenn und soweit sich an Art und Inhalt der Tätigkeit nichts Wesentliches im Vergleich zu früher geändert hat und es sich dabei um Arbeiten handelt, die aus Sicht des Betriebes typischerweise durch Arbeitnehmende ausgeführt werden, spricht eine natürliche Vermutung für deren unselbstständigen Charakter. Umgekehrt schliesst der Umstand, (auch) für den früheren Arbeitgeber tätig zu sein, für sich allein genommen die Annahme einer selbstständigen Tätigkeit nicht a priori aus¹⁶.

¹³	13.	Februar	1984	ZAK	1984	S.	221	–			
	9.	April	1984	ZAK	1984	S.	558	BGE	110	V	72
	26.	April	2007	H 102/06				–			
¹⁴	27.	Juni	1996	AHI	1996	S.	240	BGE	122	V	169
	20.	Mai	2005	H 175/04				–			
¹⁵	23.	Juni	2005	H 83/04				–			
¹⁶	17.	Mai	2002	H 30/01				–			

- 1028 Es liegt in der Natur gewisser Auftragsverhältnisse, dass die Auftraggebenden den beauftragten Personen ausführliche Anordnungen erteilen. In solchen Verhältnissen gewinnt das Element der Unterordnung seine Bedeutung erst dann, wenn es den Rahmen des für die betreffenden Verhältnisse üblichen Masses übersteigt. Besondere Bedeutung erlangt gegebenenfalls das Unternehmerrisiko (ein Beispiel dafür sind etwa die Vertragsfahrenden).

b) Nicht ausschlaggebende Merkmale

- 1029 Bei der Beurteilung des Einzelfalles sind folgende Gesichtspunkte nicht ausschlaggebend:
- 1030 – Die *Rechtsnatur des Vertragsverhältnisses* zwischen den Parteien. Der Begriff des massgebenden Lohnes bestimmt sich ausschliesslich nach dem AHV-Recht. Er ist ein diesem Rechtsgebiet eigener Begriff. Insbesondere ist der Begriff des massgebenden Lohnes weiter als derjenige des Lohnes im Sinne des Arbeitsvertragsrechts. Er umfasst zwar diesen Begriff: Der Lohn des Arbeitsvertragsrechts ist immer auch massgebender Lohn.
- 1031 Doch können auch Entgelte aus einem Auftrag¹⁷, einem Agenturvertrag, einem Werkvertrag oder einem andern Vertrag zum massgebenden Lohn gehören. Die zivilrechtlichen Verhältnisse vermögen allenfalls gewisse Anhaltspunkte für die AHV-rechtliche Qualifikation zu bieten, ohne jedoch ausschlaggebend zu sein¹⁸.

¹⁷ 4.	Juli	1978	ZAK	1978	S.	508	–		
15.	Januar	1992	ZAK	1992	S.	163	–		
¹⁸ 14.	Februar	1950	ZAK	1950	S.	158	EVGE	1950	S. 37
30.	August	1952	ZAK	1952	S.	395	EVGE	1952	S. 169
17.	April	1967	ZAK	1967	S.	473	–		
14.	September	1971	ZAK	1972	S.	345	BGE	97	V 134
9.	April	1984	ZAK	1984	S.	558	BGE	110	V 72
11.	April	1984	ZAK	1984	S.	383	BGE	110	V 1
15.	Oktober	1985	ZAK	1986	S.	120	–		
11.	Juli	1986	ZAK	1986	S.	623	–		

- 1032 – *Abreden* der Vertragsparteien über ihre AHV-rechtliche Stellung (selbstständig- oder unselbstständigerwerbend) oder über die AHV-rechtliche Wertung eines Entgeltes¹⁹.
- 1033 – Ob die Tätigkeit im *Haupt- oder im Nebenberuf* ausgeübt wird und welches der Hauptberuf der versicherten Person ist. Das zu wertende Entgelt ist vielmehr für sich allein zu betrachten, also nach der Stellung zu beurteilen, in welcher die versicherte Person gerade dieses Entgelt erzielt²⁰. So können auch bestimmte Bezüge von im Hauptberuf Selbstständigerwerbenden massgebender Lohn sein.
- 1034 – Die Zugehörigkeit versicherter Personen zu einer Ausgleichskasse als *Selbstständigerwerbende*. Das Entgelt kann trotzdem zum massgebenden Lohn gehören.
- 1035 – Der Umstand, dass versicherte Personen für *mehrere Arbeitgebende* tätig sind. Sie werden dadurch nicht zu Selbstständigerwerbenden.
- 1036 – Der Umstand, dass Versicherte einer Person *bereits in selbstständiger oder unselbstständiger* Stellung gegenüberstehen. Es kann nicht auf den überwiegenden Charakter einer Gesamttätigkeit ankommen²¹. Vielmehr können Versicherte derselben Person gleichzeitig in selbstständiger und unselbstständiger Stellung gegenüberstehen²²: So etwa der Baumeister, der Mitglied der Verwaltung einer Aktiengesellschaft ist und für diese Bauarbei-

¹⁹	14.	Februar	1950	ZAK	1950	S.	205	–		
	4.	September	1954	ZAK	1955	S.	36	–		
	5.	März	1957	ZAK	1957	S.	395	–		
	4.	Juli	1978	ZAK	1978	S.	508	–		
²⁰	4.	September	1950	ZAK	1950	S.	448	EVGE	1950	S. 198
	22.	November	1978	ZAK	1979	S.	146	BGE	104	V 126
	31.	August	1994	AHI	1995	S.	25	–		
	16.	Dezember	1994	AHI	1995	S.	135	–		
²¹	22.	November	1978	ZAK	1979	S.	146	BGE	104	V 126
²²	11.	Mai	1951	ZAK	1951	S.	324	–		
	15.	April	1953	ZAK	1953	S.	461	–		
	27.	August	1979	ZAK	1980	S.	220	BGE	105	V 113
	13.	September	1982	ZAK	1983	S.	23	–		

ten ausführt; die Rechtsanwältin, die für die Aktiengesellschaft, deren Verwaltungsrat sie angehört, einen Prozess führt; die Mediamatikerin, die für den Verlag, in dessen Dienst sie steht, nebenbei als freie journalistische Mitarbeiterin tätig ist.

- 1037 – Ob das Arbeitsentgelt aufgrund einer gesetzlichen oder vertraglichen *Pflicht oder freiwillig* erbracht wird²³.
- 1038 – Die *Wertung eines Entgeltes* durch die Steuerbehörden²⁴. Denn grundsätzlich unterscheidet das Steuerrecht nicht zwischen Einkommen aus selbstständiger und un-selbstständiger Erwerbstätigkeit. Nur in dem durch die bundesgerichtliche Praxis entwickelten interkantonalen Doppelbesteuerungsrecht kann es für gewisse Fälle wesentlich sein, dass jemand zu einem andern in einem bestimmten Abhängigkeitsverhältnis steht. Auch diese doppelbesteuerungsrechtliche Betrachtungsweise ist indes-sen AHV-rechtlich nicht zwingend²⁵.

2.4.5 Wechsel des Beitragsstatuts

- 1039 Bei einem Wechsel des Beitragsstatuts empfiehlt sich eine gewisse Zurückhaltung. Hierfür spricht vor allem der Grundsatz der Verfahrensökonomie²⁶ (s. hierzu auch die WBB).

²³	27.	Januar	1950	ZAK	1950	S.	117	EVGE	1950	S.	32
	3.	Oktober	1959	ZAK	1961	S.	32	–			
	22.	Februar	1975	ZAK	1975	S.	371	BGE	101	V	1
	1.	März	1977	ZAK	1977	S.	377	BGE	103	V	1
²⁴	27.	August	1955	ZAK	1956	S.	75	EVGE	1955	S.	174
	10.	Februar	1972	ZAK	1972	S.	577	BGE	98	V	18
²⁵	27.	August	1955	ZAK	1956	S.	75	EVGE	1955	S.	174
²⁶	12.	März	1985	ZAK	1985	S.	314	–			
	7.	Juli	1986	ZAK	1986	S.	573	–			
	16.	Dezember	1988	ZAK	1989	S.	439	–			

2.4.6 Verhältnis zu anderen Sozialversicherungen

- 1040 Die AHV-rechtlichen Begriffe der unselbstständigen und selbstständigen Erwerbstätigkeit gelten auch in der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, in der beruflichen Vorsorge und in der obligatorischen Unfallversicherung.

2. Teil: Arten der Entgelte und ihre beitragsrechtliche Behandlung

I. Lohnbestandteile

1. Grundlohn, Entschädigungen und Zulagen mit Lohncharakter ([Art. 7 AHVV](#))

- 2001 Grundlohn, Entschädigungen und Zulagen mit Lohncharakter gehören zum massgebenden Lohn, soweit sie nicht Unkosten darstellen (vgl. dazu Rz 3001 ff.). Dies betrifft namentlich:
- 2002
- Zeit- und Stücklohn, Akkordlohn, Provisionen und Prämien (z.B. für gute Vorschläge, Leistungs- und Risikoprämien);
 - Zusätzlicher Monatslohn (z.B. 13. Monatslohn);
 - Gratifikationen (z.B. Treueprämie, Dienstaltersgeschenk);
 - Entschädigungen zum Ausgleich der mit der Funktion oder dem Arbeitsort verbundenen Inkonvenienzen wie:
 - Entschädigungen für Überzeit-, Sonntags-, Nacht-²⁷ und Schichtarbeit²⁸ oder Reisezeit und Stellvertretung;
 - Zulagen für Arbeit im Wasser, Schlamm oder Staub sowie unter Tage;
 - Zuwendungen für Schulgelder für Kinder von Arbeitnehmenden, die eine Privatschule besuchen²⁹;
 - Entschädigung für Wohnsitzwechsel (notwendig gewordener Verkauf des Autos oder der Möbel, Vertragsbrüche, Unkosten im Zusammenhang mit der Wohnungssuche etc.)³⁰. Für Umzugsentschädigungen vgl. Rz 3003;

²⁷	23.	Juni	1986	ZAK	1987	S.	359	–
²⁸	2.	August	1978	ZAK	1978	S.	544	–
²⁹	10.	März	1987	ZAK	1988	S.	30	–
	5.	Mai	1988	ZAK	1989	S.	151	–
	9.	Mai	2001	AHI	2001	S.	218	–
³⁰	5.	Mai	1988	ZAK	1989	S.	151	–

- Orts- und Teuerungszulagen (zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten am Arbeitsort). Zum massgebenden Lohn gehören auch Zuschüsse der Arbeitgebenden an die Wohnungsmiete.

- 2003 Entscheidend für die Zuordnung zum massgebenden Lohn ist der Charakter der Vergütung und nicht die von den Arbeitgebenden verwendete Bezeichnung.
- 2004 Die Arbeit ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit, fern vom Wohnort oder unter erschwerten Umständen, kann besondere Auslagen für Verpflegung, Unterkunft oder Kleidung usw. verursachen. Ob die Zulagen dazu dienen, die Unkosten der Arbeitnehmenden zu ersetzen, muss von Fall zu Fall aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse entschieden werden (vgl. Rz 3001 ff.). Im Zuständigkeitsbereich der SUVA kann im Allgemeinen von deren Feststellungen ausgegangen werden.

2. Ferien-, Feiertags- und andere Absenzzschädigungen ([Art. 7 Bst. o AHVV](#))

- 2005 Entschädigungen für Ferien, Feiertage und Abwesenheit aus wichtigen Gründen (Heirat, Eintragung der Partnerschaft, Geburt, Todesfall, Umzug) gehören zum massgebenden Lohn.
- 2006 Die Vergütungen können in ordentlichem Lohn für nicht geleistete Arbeit oder in besonderen Absenzzschädigungen bestehen.

3. Gewinnbeteiligungen

- 2007 Gewinnbeteiligungen der Arbeitnehmenden gehören grundsätzlich zum massgebenden Lohn.

- 2008 Beteiligungen der Arbeitnehmenden am Gewinn der Arbeitgebenden (z.B. als Gewinnanteile bezeichnet) gehören zum massgebenden Lohn, soweit sie den Zins für eine allfällige Kapitaleinlage übersteigen³¹ (für stille Teilhabende s. die WSN; für die Gewinnbeteiligung der Kommanditäre vgl. Rz 4002).
- 2009 Die Verzinsung einer allfälligen Kapitaleinlage richtet sich nach dem zwischen den Parteien vereinbarten Zinssatz. Fehlt eine solche Vereinbarung oder erscheint der vereinbarte Zinssatz im Hinblick auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten als übersetzt, so sind die jeweils gültigen Zinssätze für Betriebskredite gemäss Rundschreiben [«Steuerlich anerkannte Zinssätze 20xx für Vorschüsse oder Darlehen in Schweizer Franken»](#) der Eidgenössischen Steuerverwaltung heranzuziehen.

3.1 Zuwendungen aus dem Reingewinn einer juristischen Person

3.1.1 Grundsatz

- 2010 Zuwendungen aus dem Reingewinn einer juristischen Person an ihre Arbeitnehmenden, die gleichzeitig an der Gesellschaft beteiligt sind, gehören unbekümmert der verwendeten Bezeichnung zum massgebenden Lohn, wenn das *Arbeitsverhältnis* den ausschlaggebenden Grund für deren Ausrichtung bildet³². Für die Entgelte, die einer versicherten Person als Organ einer juristischen Person zukommen, siehe Rz 2049 ff.

³¹	30.	Januar	1951	ZAK	1951	S.	361	EVGE	1951	S.	99
	19.	Oktober	1951	ZAK	1951	S.	493	–			
	7.	September	1954	ZAK	1954	S.	428	EVGE	1954	S.	182
	28.	September	1956	ZAK	1956	S.	474	EVGE	1956	S.	164
	31.	Dezember	1963	ZAK	1964	S.	296	–			
³²	20.	August	1969	ZAK	1970	S.	68	EVGE	1969	S.	143
	29.	Dezember	1972	ZAK	1973	S.	570	–			
	1.	März	1977	ZAK	1977	S.	377	BGE	103	V	1
	6.	September	1977	ZAK	1978	S.	179	–			
	3.	August	1988	ZAK	1989	S.	147	–			

2011 Nicht zum massgebenden Lohn gehören dagegen geldwerte Leistungen einer juristischen Person an ihre Arbeitnehmenden, die gleichzeitig an der Gesellschaft beteiligt sind, soweit die Beteiligungsrechte den Grund für die Auszahlung darstellen³³. Dies betrifft namentlich die Dividenden und den Wert allfälliger Bezugsrechte.

3.1.2 Teilweise Aufrechnung von Dividenden als massgebender Lohn

2012 Wegen der Teilbesteuerung ausgeschütteter Gewinne gemäss [Art. 20 Abs. 1^{bis} DBG](#) sind unter bestimmten Voraussetzungen Dividenden und ähnliche Ausschüttungen aus dem Reingewinn einer juristischen Person an Arbeitnehmende mit gesellschaftlichen Beteiligungsrechten teilweise als massgebender Lohn zu betrachten.

2013 Grundsätzlich ist von der durch die Gesellschaft vorgenommenen und von den Steuerbehörden akzeptierten Aufteilung zwischen Dividenden und Lohn auszugehen. Davon ist nur abzuweichen, wenn ein offensichtliches Missverhältnis zwischen Arbeitsleistung und Entgelt bzw. eingesetztem Vermögen und Dividende besteht³⁴.

2014 Bei der Beurteilung, ob ein offensichtliches Missverhältnis vorliegt, muss einerseits eine angemessene Entschädigung für die geleistete Arbeit, andererseits ein angemessener Ertrag für das investierte Kapital zugrunde gelegt werden³⁵.

	22.	Februar	1989	ZAK	1989	S.	303	–		
	27.	Mai	1997	AHI	1997	S.	203	–		
	5.	Juni	2008	9C_107/2008				BGE	134	V 297
³³	20.	August	1969	ZAK	1970	S.	68	EVGE	1969	S. 143
	1.	März	1977	ZAK	1977	S.	377	BGE	103	V 1
	6.	September	1977	ZAK	1978	S.	179	–		
	10.	April	1996	AHI	1996	S.	208	BGE	122	V 178
	5.	Juni	2008	9C_107/2008				BGE	134	V 297
³⁴	5.	Juni	2008	9C_107/2008				BGE	134	V 297
³⁵	5.	Juni	2008	9C_107/2008				BGE	134	V 297
	24.	Januar	2019	9C_4/2018, 9C_18/2018				BGE	145	V 50

- 2015 Die Dividendenzahlung ist nur dann teilweise als massgebend der Lohn zu betrachten, wenn kein oder ein unangemessen tiefer Lohn und gleichzeitig eine offensichtlich überhöhte Dividende ausgerichtet wird. Eine Aufrechnung ist diesfalls bis zur Höhe eines branchenüblichen Gehalts vorzunehmen³⁶.
- 2016 Bei der Beurteilung, ob eine angemessene branchenübliche Entschädigung für die geleistete Arbeit ausgerichtet worden ist, ist namentlich Folgendes zu berücksichtigen:
- das Pflichtenheft;
 - der Verantwortungsgrad;
 - das Einbringen von Know-How;
 - besondere Erfahrungen;
 - Branchenkenntnis
 - die Art der Tätigkeit (z.B. operative Geschäftstätigkeit oder „blosses“ Verwalten von Beteiligungen bei einer reinen Holdinggesellschaft);
 - der Vergleich des aktuell ausbezahlten Lohns mit dem in den Vorjahren ausgerichteten durchschnittlichen Lohn (z.B. anhand der jährlichen Lohnausweise), um allfällige abrupte Lohnrückgänge zu entdecken;
 - die generelle Lohnentwicklung im Unternehmen;
 - der Lohnrechner des Bundesamtes für Statistik ([Salarium](#));
 - falls möglich ist zudem ein Vergleich mit den an nichtmitarbeitende Inhaberinnen bzw. Inhaber von Beteiligungsrechten ausgeschütteten Gewinnanteilen oder mit den Löhnen von Arbeitnehmenden ohne gesellschaftliche Beteiligung anzustellen.
- 2017 Die Angemessenheit der Dividende bemisst sich grundsätzlich in Relation zum Steuerwert der Wertpapiere (Vermögenssteuerwert)³⁷. Dieser wird von den Steuerbehörden ermittelt. Die Bewertungsmeldungen können bei der zu-

³⁶	8.	April	2015	9C_837/2014	–			
³⁷	5.	Juni	2008	9C_107/2008	BGE	134	V	297

ständigen Steuerbehörde mit einer schriftlichen und begründeten Anfrage im Einzelfall oder bei den Arbeitgebern einverlangt werden.

2018 Dividenden von 10 Prozent oder mehr im Verhältnis zum Steuerwert der Wertpapiere sind vermutungsweise überhöht.

3.1.3 Zuwendungen, die von der Steuerbehörde dem Reingewinn zugerechnet werden

2019 Bei Vergütungen juristischer Personen, welche als Saläre, Verwaltungsratshonorare, Gratifikationen, Umsatzprovisionen usw. ausgerichtet und als Aufwand verbucht, von der Steuerbehörde jedoch teilweise oder ganz – weil nicht geschäftsmässig begründet ([Art. 59 DBG](#)) – dem Reingewinn zugerechnet werden, handelt es sich üblicherweise nicht um massgebenden Lohn.

2020 Für die Rückerstattung von Lohnbeiträgen auf Leistungen, die nicht zum Erwerbseinkommen gehören, siehe die WBB.

3.2 Mitarbeiterbeteiligungen

[Art. 7 Bst. c^{bis} AHVV](#)

3.2.1 Mitarbeiterbeteiligungen, echte und unechte Mitarbeiterbeteiligungen, Bewertung und Beitrags-erhebungszeitpunkte

2021
1/21 Als Mitarbeiterbeteiligungen gelten Beteiligungsrechte an einer Gesellschaft, die auf das künftige, aktuelle oder ehemalige Arbeitsverhältnis zu dieser zurückzuführen sind. Nicht als Mitarbeiterbeteiligungen gelten Aktien, die im Zeitpunkt der Gründung einer Gesellschaft erworben werden.

2022 Echte Mitarbeiterbeteiligungen (insbesondere Mitarbeiteraktien [vgl. Rz 2027 ff.] und Mitarbeiteroptionen

[vgl. Rz 2037 ff.) beteiligen die Arbeitnehmenden im Ergebnis am Eigenkapital der Gesellschaft, unechte Mitarbeiterbeteiligungen (z.B. sog. Phantom Stocks [synthetische Aktien] und sog. Stock Appreciation Rights [synthetische Optionen] vgl. Rz 2041) stellen in der Regel nur eine eigenkapital- bzw. aktienkursbezogene Geldleistung in Aussicht.

- 2023 Die Unterscheidung in echte und unechte Mitarbeiterbeteiligungen richtet sich nach den Regeln des Bundessteuerrechts (vgl. [Art. 17a f. DBG](#), [Art. 16 MBV](#); Ziff. 2.3 [KS ESTV Nr. 37](#)).
- 2024 Geldwerte Vorteile aus Mitarbeiterbeteiligungen gehören zum massgebenden Lohn ([Art. 7 Bst. c^{bis} AHVV](#)).
- 2025 Die Bewertung des massgebenden Lohns und die Zeitpunkte der Beitragserhebung richten sich nach den Vorschriften über die direkte Bundessteuer. Auf dem massgebenden Lohn aus echten Mitarbeiterbeteiligungen sind die Beiträge grundsätzlich im Zeitpunkt des Erwerbs der Mitarbeiterbeteiligungen, auf demjenigen aus unechten Mitarbeiterbeteiligungen im Zeitpunkt ihres Zuflusses zu erheben (vgl. [Art. 17b Abs. 1](#) und [Art. 17c DBG](#)).
- 2026 Liegt ein internationaler Bezug vor, muss unter Anwendung der Vorschriften zur Versicherungsunterstellung (vgl. WVP) festgestellt werden, in welchen Staaten der Mitarbeiter während der Vestingperiode (zum Begriff vgl. Ziff. 2.4 [KS ESTV Nr. 37](#)) unterstellt war. Die geldwerten Vorteile aus Mitarbeiterbeteiligungen, welche massgebenden Lohn darstellen, werden entsprechend anteilmässig an der Dauer der verschiedenen Versicherungsunterstellungen beitragspflichtig. Nicht von Belang ist die Zeitdauer zwischen dem Ende der Vestingperiode und dem Zeitpunkt der tatsächlichen Ausübung.

3.2.2 Mitarbeiteraktien

- 2027 Als Mitarbeiteraktien gelten Aktien der Arbeitgeberin oder ihr nahestehender Gesellschaften, die den Arbeitnehmenden aufgrund ihres Arbeitsverhältnisses übertragen werden.
- 2028 Geldwerte Vorteile aus unentgeltlich oder zu Vorzugsbedingungen abgegebenen Mitarbeiteraktien stellen massgebenden Lohn dar.
- 2029 Mitarbeiteraktien bilden im Zeitpunkt der Abgabe, d.h. ihres Erwerbs, massgebenden Lohn. Unerheblich ist, ob es sich dabei um freie oder gebundene (d.h. mit einer Verfügungssperre belegte) Mitarbeiteraktien handelt (vgl. [Art. 17b Abs. 1 DBG](#), Ziff. 3.1 bis 3.3 [KS ESTV Nr. 37](#))³⁸.
- 2030 Der massgebende Lohn bemisst sich nach der Differenz zwischen Verkehrswert und Abgabepreis der Titel (vgl. [Art. 17b Abs. 1 DBG](#), Ziff. 3.1 bis 3.3 [KS ESTV Nr. 37](#)).
- 2031 Dem Minderwert gesperrter Mitarbeiteraktien wird mit einem Diskont von 6 Prozent pro Sperrjahr Rechnung getragen. Bei Sperrfristen von mehr als 10 Jahren wird nur der maximale Einschlag von 44,161 Prozent gewährt (vgl. [Art. 17b Abs. 2 DBG](#), Ziff. 3.3. [KS ESTV Nr. 37](#)).
- 2032 Werden Mitarbeiteraktien vor dem Ablauf der Sperrfrist freigegeben, resultiert im Zeitpunkt der Freigabe zusätzlicher massgebender Lohn (vgl. [Art. 11 MBV](#), Ziff. 3.4.1 [KS ESTV Nr. 37](#)).
- 2033 Die Abgabe von mit Eigenkapital der Aktiengesellschaft liberierten Aktien (Gratisaktien) an Aktionärinnen oder Aktionäre, die zugleich Arbeitnehmende der Gesellschaft sind, stellt nicht massgebenden Lohn dar³⁹.

³⁸ 6.	Novembrer	2012	9C_648/2011			BGE	138	V	463
³⁹ 10.	April	1996	AH I	1996	S. 208	BGE	122	V	178

- 2034 Anwartschaften auf Mitarbeiteraktien bilden im Zeitpunkt ihrer Umwandlung in Mitarbeiteraktien massgebenden Lohn, worauf nach den für die Beitragserhebung auf den Mitarbeiteraktien geltenden Vorschriften Beiträge zu erheben sind (Ziff. 5 [KS ESTV Nr. 37](#)).
- 2035 Die Rückforderung bzw. Rückgewährung entrichteter AHV/IV/EO/ALV-Beiträge folgt speziellen sozialversicherungsrechtlichen Regeln (vgl. dazu die WBB). Die Bestimmungen über die «unterpreisliche» Rückgabe von Mitarbeiteraktien (vgl. [Art. 12 MBV](#), Ziff. 3.4.2 [KS ESTV Nr. 37](#)) sind daher nicht analog anwendbar.
- 2036 Mit der Abgabe, dem Rückkauf und der Aufbewahrung gesperrter Aktien wird vielfach eine Drittperson betraut, in der Regel eine Stiftung. Selbst dann sind jedoch die geschuldeten Beiträge von den Arbeitgebenden oder in deren Namen zu entrichten.

3.2.3 Mitarbeiteroptionen

- 2037 Als Mitarbeiteroptionen gelten die Arbeitnehmenden aufgrund ihres Arbeitsverhältnisses eingeräumten Rechte, Beteiligungspapiere der Arbeitgeberin innerhalb eines definierten Zeitraums (Ausübungsfrist) zu einem bestimmten Preis (Ausübungspreis) zu erwerben, um sich am Gesellschaftskapital der Arbeitgeberin zu beteiligen.
- 2038 Geldwerte Vorteile aus unentgeltlich oder zu Vorzugsbedingungen abgegebenen Mitarbeiteroptionen stellen massgebenden Lohn dar.
- 2039 Freie börsenkotierte Mitarbeiteroptionen bilden im Zeitpunkt der Abgabe massgebenden Lohn. Dieser bemisst sich nach der Differenz zwischen Verkehrswert und Abgabepreis (vgl. [Art. 17b Abs. 1 DBG](#), Ziff. 4.1 [KS ESTV Nr. 37](#)).
- 2040 Alle übrigen Mitarbeiteroptionen bilden im Zeitpunkt des Verkaufs oder der Ausübung massgebenden Lohn. Dieser

besteht im gesamten Veräusserungserlös bzw. Ausübungsgewinn (vgl. [Art. 17b Abs. 3 DBG](#), Ziff. 4.2 [KS ESTV Nr. 37](#)), nach Abzug allfälliger Gestehungskosten.

3.2.4 Unechte Mitarbeiterbeteiligungen

- 2041 Geldwerte Vorteile aus unechten Mitarbeiterbeteiligungen bilden im Zeitpunkt ihres Zuflusses massgebenden Lohn ([Art. 17c DBG](#)). Dieser besteht in der gesamten zufließenden Leistung (Ziff. 6 [KS ESTV Nr. 37](#)).

3.2.5 Bescheinigung der Mitarbeiterbeteiligungen

- 2042 Die Arbeitgeberinnen haben ihrer Ausgleichskasse Kopien der zuhanden der Steuerbehörden über die Mitarbeiterbeteiligungen ausgestellten Bescheinigungen zu liefern (vgl. [Art. 143 Abs. 3 AHVV](#); [MBV](#), Ziff. 8 [KS ESTV Nr. 37](#)).

3.2.6 Übergangsrecht

- 2043 Die Rz 2021 ff. gelten für
- alle nach dem 01. Januar 2013 abgegebenen Mitarbeiterbeteiligungen;
 - alle vor dem 01. Januar 2013 abgegebenen Mitarbeiterbeteiligungen, wenn auf den geldwerte Vorteilen daraus erst bei Realisation (ab dem 01. Januar 2013) Beiträge zu erheben sind ([Schlussbestimmungen zur Änderung der AHVV vom 21. September 2012](#), [Art. 18 MBV](#), Ziff. 10 [KS ESTV Nr. 37](#))

4. Trinkgelder und Bedienungsgelder ([Art. 7 Bst. e](#) und [Art. 15 AHVV](#))

- 2044 Trinkgelder und Bedienungsgelder gehören nur soweit zum massgebenden Lohn, als sie einen *wesentlichen Teil* des Lohnes darstellen.

- 2045 In Branchen, in welchen der schweizerische Verband die Trinkgelder abgeschafft hat, kann die Ausgleichskasse davon ausgehen, dass Trinkgelder nur noch in unbedeutendem Ausmass gewährt werden. Dies ist namentlich der Fall in Fusspflege-, Schönheits- und Kosmetikinstituten sowie im Coiffure- und Gastwirtschaftsgewerbe.
- 2046 Offensichtliche Abweichungen bleiben vorbehalten.
- 2047 Die Trinkgelder, die in Betrieben gewährt werden, deren Inhaberinnen bzw. Inhaber nicht Mitglieder des schweizerischen Verbandes sind, werden von der Ausgleichskasse nach Rücksprache mit den Arbeitgebenden von Fall zu Fall geschätzt.
- 2048 Die Trinkgelder der *Arbeitnehmenden im Transportgewerbe*, (z.B. Taxi-, Car-, Schifffahrts- und Speditionsunternehmen, Tankstellen) gehören in der Regel insoweit zum massgebenden Lohn, als darauf Unfallversicherungsprämien erhoben werden. Die für die Prämien massgebenden Trinkgelder werden in der Regel von der SUVA festgesetzt und in einer Erklärung festgehalten. Diese kann bei den Arbeitgebenden, subsidiär bei der zuständigen Agentur der SUVA, eingesehen werden.

5. Verwaltungsratshonorare, Tantiemen und feste Entschädigungen ([Art. 7 Bst. h AHVV](#))

- 2049 Die Entgelte, die einer versicherten Person als Organ einer juristischen Person zukommen, gehören zum massgebenden Lohn, mit Ausnahme der in Rz 2054 bis 2058 genannten Fällen⁴⁰.
- 2050 Zu den Entgelten der Organe gehören namentlich Honorare, Tantiemen, Saläre und andere feste Vergütungen der

Mitglieder der Verwaltung⁴¹ sowie Sitzungsgelder (s. Rz 2061 ff.).

- 2051 Organe juristischer Personen sind namentlich die Mitglieder der Verwaltung (wie die Verwaltungsrätinnen und -räte von Aktiengesellschaften) und Dritte, denen die Geschäftsführung oder die Vertretung ganz oder teilweise übertragen wurde (wie Direktorinnen bzw. Direktoren), Mitglieder des Vorstandes von Vereinen, Mitglieder der Verwaltung von Stiftungen (Stiftungsrätinnen und -räte) sowie Mitglieder der Kontrollstelle.
- 2052 Verwaltungsratshonorare sind unabhängig davon, ob die Verwaltungsrätin oder der Verwaltungsrat das persönlich erhaltene Honorar behalten kann oder nicht, von der auszahlenden Gesellschaft mit ihrer Ausgleichskasse abzurechnen.
- 2053 Die Verwaltungsrätin bzw. der Verwaltungsrat hat ein solches Entgelt namentlich dann persönlich erhalten, wenn die Auszahlung von Hand zu Hand, an ihre bzw. seine private Adresse durch die Post oder auf ein ihr bzw. ihm gehörendes Konto bei der Post, bei einer Bank oder anderswo erfolgte.
- 2054 Übt die Verwaltungsrätin bzw. der Verwaltungsrat seine Tätigkeit als Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer eines Dritten aus, so handelt es sich nicht um massgebenden Lohn der Verwaltungsrätin bzw. des Verwaltungsrats, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:
– das Entgelt muss direkt an die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber der Verwaltungsrätin bzw. des Verwaltungsrats ausgerichtet werden⁴²,

⁴¹ 7.	Juli	1952	ZAK	1952	S.	302	–			
20.	August	1969	ZAK	1970	S.	68	EVGE	1969	S.	143
29.	Dezember	1972	ZAK	1973	S.	570	–			
29.	Dezember	1972	ZAK	1973	S.	571	–			
10.	Januar	1973	ZAK	1973	S.	425	–			
1.	März	1977	ZAK	1977	S.	377	BGE	103	V	1
6.	September	1977	ZAK	1978	S.	179	–			
⁴² 28.	August	2007	H	203/06			BGE	133	V	498

- die Verwaltungsrätin, bzw. der Verwaltungsrat muss den Arbeitgeber, bzw. die Arbeitgeberin im Verwaltungsrat vertreten,
- das Entgelt muss an die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber in der Schweiz bezahlt werden.

2055 Beispiele:

1. Z ist Arbeitnehmer der Y AG und vertritt diese im Verwaltungsrat der X AG. Letztere überweist auf das persönliche Bankkonto von Z einen Betrag unter dem Titel „Verwaltungsratshonorar“. Die X AG hat über dieses Entgelt mit ihrer Ausgleichskasse abzurechnen, unbekümmert darum, ob Z das Honorar auch tatsächlich für sich behalten kann oder es z.B. an die Y AG weiterleiten muss.
2. Z ist Arbeitnehmer der Y AG und vertritt diese im Verwaltungsrat der X AG. Letztere überweist unter dem Titel „Verwaltungsratshonorar“ einen Betrag auf das Postcheckkonto der Y AG. Weil Z als Verwaltungsrat das Entgelt nicht erhalten hat, muss die X AG auch nicht darüber abrechnen. Dies muss gegebenenfalls die Y AG mit der für sie zuständigen Ausgleichskasse tun, sofern sie das Honorar oder einen Teil davon an Z weiterleitet.
3. Z ist Gesellschafterin der Y & Co., Kommanditgesellschaft, und vertritt diese im Verwaltungsrat der X AG. Letztere überweist unter dem Titel „Verwaltungsratshonorar“ einen Betrag auf das Konto der Y & Co. Da Z nicht Arbeitnehmerin der Y & Co., sondern Gesellschafterin ist, hat die X AG über das Entgelt mit der Kasse abzurechnen.
4. Z ist Arbeitnehmerin der Y AG, Paris. Ihren Wohnsitz hat sie in der Schweiz. Z vertritt die Y. AG im Verwaltungsrat der X AG mit Sitz in der Schweiz. Letztere überweist unter dem Titel „Verwaltungsratshonorar“ einen Betrag auf das Konto der Y AG. Die X AG hat über das Entgelt mit ihrer Ausgleichskasse abzurechnen, weil sie das Honorar nicht an eine Arbeitgeberin in der Schweiz ausbezahlt.

- 2056 Die Vergütungen an Revisorinnen oder Revisoren von Revisionsstellen juristischer Personen gehören zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit⁴³.
- 2057 Eine versicherte Person, die Organ einer juristischen Person ist, kann dieser zugleich in unselbstständiger wie auch in selbstständiger Stellung gegenüberstehen (so etwa der selbstständig erwerbende Baumeister, die Anwältin, der Treuhänder, die Buchhalterin usw., die dem Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft angehören). Steht sie ihr als Drittperson gegenüber, so bildet das daraus fliessende Erwerbseinkommen solches aus selbstständiger Erwerbstätigkeit. Die Qualifikation der Entschädigung hängt davon ab, ob die Tätigkeit, für welche die Entschädigung ausgerichtet wird, mit der Stellung als Organ verbunden ist, oder ob sie ebenso gut losgelöst davon erfolgen kann⁴⁴.
- 2058 Entgelte, die Versicherte mit Wohnsitz in der Schweiz als Organe von juristischen Personen (s. Rz 2051) in einem Nichtvertragsstaat erhalten, sind von der Beitragserhebung ausgenommen ([Art. 6^{ter} AHVV](#)). Diese Regelung ist nicht anwendbar auf die Vergütungen, die den in Rz 2056 genannten Revisorinnen und Revisoren zukommen.
- 2059 Nicht von der Beitragserhebung ausgenommen sind indessen die Entgelte für eine Tätigkeit, die für eine Zweigniederlassung in der Schweiz geleistet werden.
- 2060 Für Personen mit Wohnsitz im Ausland, die Organ einer Gesellschaft mit Sitz in der Schweiz sind, siehe die Rz 3082 ff. WVP.

⁴³	30.	September	1997	AHI	1998	S. 55	BGE	123	V	161
⁴⁴	27.	August	1979	ZAK	1980	S. 220	BGE	105	V	113
	13.	September	1982	ZAK	1983	S. 23	–			

6. Sitzungsgelder ([Art. 7 Bst. h AHVV](#))

- 2061 Sitzungsgelder gehören grundsätzlich zum massgebenden Lohn.
- 2062 Werden *mit dem Sitzungsgeld* auch Unkosten abgegolten, so können als Unkostenersatz betrachtet werden höchstens bis zu
- 120 Franken für halbtägige Sitzungen,
 - 200 Franken für ganztägige Sitzungen.
- 2063 Der Unkostenersatz muss allerdings den tatsächlich entstandenen Spesen gesamthaft gesehen entsprechen. Die oben erwähnten Ansätze sind also nicht anwendbar, wenn den Sitzungsteilnehmenden keine oder tiefere Unkosten entstehen⁴⁵.
- 2064 Wird *neben dem Sitzungsgeld* eine besondere Unkostenvergütung gewährt, so können weitere Unkosten nur berücksichtigt werden, soweit sie nachgewiesen sind (Allgemeines zur Anrechnung von Unkosten s. im 3. Teil).
- 2065 Werden für die *nebenberufliche* Ausübung einer grundsätzlich ehrenamtlichen Funktion nicht Sitzungsgelder, sondern feste Entschädigungen gewährt, so wird Unkostenersatz vermutet, sofern die Entschädigung pro Jahr 500 Franken nicht übersteigt. Solche Verhältnisse sind etwa bei öffentlichen Gemeinwesen, Vereinen, Verbänden und sozialen Institutionen anzutreffen.
- 2066 Übersteigt die Jahresentschädigung 500 Franken, so gelten für die Anrechnung von Unkosten die allgemeinen Regeln gemäss dem 3. Teil.

⁴⁵ 2. Dezember 1993 AHI 1994 S. 164 –

7. Naturalleistungen

([Art. 7 Bst. f](#), [Art. 11](#) und [Art. 13 AHVV](#))

7.1 Im Allgemeinen

- 2067 Regelmässige Naturalleistungen gehören zum massgebenden Lohn; es handelt sich dabei um Bruttobeträge. Die AHVV unterscheidet zwischen Verpflegung und Unterkunft ([Art. 11 AHVV](#); Abschnitt 7.2) und anders geartetem Naturaleinkommen ([Art. 13 AHVV](#); Abschnitt 7.3).
- 2068 Besondere Vorschriften gelten für mitarbeitende Familienangehörige und Personen, die im Betrieb ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners mitarbeiten.
- 2069 Gelegentliche Naturalleistungen gehören dagegen nicht zum massgebenden Lohn⁴⁶. Als solche gelten namentlich die unentgeltliche Abgabe von Erzeugnissen des Betriebes, welche die Arbeitnehmenden sonst nicht oder nicht im gleichen Masse anschaffen würden.
- 2070 Den gelegentlichen Naturalleistungen gleichgestellt sind die aus dem Tätigkeitsgebiet der Arbeitgebenden gelegentlich oder regelmässig fliessenden geringfügigen geldwerten Vorteile (z.B. Zinsvergünstigungen einer Bank, Einkaufsvorteile, verbilligte Dienstleistungen). Sie gehören nicht zum massgebenden Lohn, soweit sie sich im üblichen Mass und in einem vernünftigen, eine Umgehungsabsicht ausschliessenden Verhältnis zum eigentlichen Arbeitsentgelt halten.
- 2071 REKA-Check-Vergünstigungen bis 600 Franken pro Jahr sind von der Beitragspflicht ausgenommen. Übersteigt die Verbilligung diesen Betrag, so gehört der übersteigende Teil der REKA-Check-Vergünstigungen zum massgebenden Lohn. Massgebender Lohn liegt auch vor, wenn

⁴⁶ 4. Juni 1959 ZAK 1959 S. 383 EVGE 1959 S. 130

REKA-Checks nicht bloss vergünstigt, sondern gratis abgegeben werden, und sie den Betrag von 500 Franken im Jahr (vgl. Rz 2158) übersteigen.

- 2072 Auf WIR-Geld ist kein Einschlag zu gewähren. Geben die Arbeitgebenden ihren Arbeitnehmenden WIR-Checks zu vergünstigten Konditionen ab, ist auch die Differenz zum Nominalwert massgebender Lohn.

7.2 Verpflegung und Unterkunft ([Art. 11 AHVV](#))

- 2073 Verpflegung und Unterkunft der Arbeitnehmenden im Betrieb und im Hausdienst werden mit mindestens 33 Franken je Tag bewertet ([Art. 11 Abs. 1 AHVV](#)). Bei monatsweiser Berechnung sind ganze Monate zu 30 Tagen zu zählen.
- 2074 Gewähren die Arbeitgebenden nicht volle Verpflegung und Unterkunft, so ist der Gesamtansatz wie folgt aufzuteilen ([Art. 11 Abs. 2 AHVV](#)):
- | | | |
|-------------|-----|-------|
| Frühstück | Fr. | 3.50 |
| Mittagessen | Fr. | 10.— |
| Abendessen | Fr. | 8.— |
| Unterkunft | Fr. | 11.50 |
- 2075 Dieser Ansatz gilt auch für das Hotel- und das Gastwirtschaftsgewerbe. Voraussetzung dafür ist, dass die Arbeitgebenden Unterkunft und Verpflegung in ihrem Betrieb oder in ihrer Hausgemeinschaft gewähren⁴⁷.
- 2076 Sieht ein Einzelarbeitsvertrag, ein Gesamtarbeitsvertrag oder eine öffentlich-rechtliche Besoldungsvorschrift die Ausrichtung eines Bruttolohnes (auch Grosser Lohn oder Reallohn genannt) vor und beziehen die Arbeitnehmenden Naturalleistungen in Form von Unterkunft oder Verpflegung, so sind die Beiträge ungeachtet der Naturalbezüge vom

⁴⁷ 13. Dezember 1982 ZAK 1983 S. 529 –
17. Januar 1996 AHI 1996 S. 154 –

Bruttolohn zu berechnen, sofern die Bewertung regelmässiger Naturalbezüge insgesamt wenigstens dem Ansatz nach [Art. 11 Abs. 1 AHVV](#) entspricht. Ist die Bewertung niedriger, so ist die Differenz zum vertraglichen oder reglementarischen Bruttolohn hinzuzurechnen.

7.2.1 Verpflegung und Unterkunft für Familienangehörige und eingetragene Partnerinnen oder Partner der Arbeitnehmenden

2077 Wird freie Verpflegung und Unterkunft nicht nur den Arbeitnehmenden selbst, sondern auch deren Familienangehörigen oder deren eingetragenen Partnerinnen oder deren eingetragenen Partnern gewährt, so gelten folgende Zuschläge:

- für erwachsene Personen je der gleiche Ansatz wie bei den Arbeitnehmenden,
- bei Minderjährigen je die Hälfte des Ansatzes für die Arbeitnehmenden.

Für Minderjährige darf vom obgenannten Ansatz abgewichen werden, wenn stattdessen auf den im konkreten Fall massgebenden Ansatz der direkten Bundessteuer abgestellt wird ([siehe Merkblatt über die Bewertung von Verpflegung und Unterkunft von Unselbstständigerwerbenden](#)).

7.3 Anders geartetes Naturaleinkommen ([Art. 13 AHVV](#))

2078 Dazu gehören namentlich folgende Leistungen der Arbeitgebenden, sofern sie regelmässig gewährt werden:

- Freie Wohnung für die Arbeitnehmenden allein⁴⁸ oder für die ganze Familie⁴⁹ bzw. die eingetragene Partnerschaft; sie ist anzunehmen, wenn den Arbeitnehmenden mehr als nur ein Zimmer zur Verfügung steht.

⁴⁸	13.	Dezember	1982	ZAK	1983	S.	529	–
⁴⁹	22.	Januar	1953	ZAK	1953	S.	108	–
	7.	September	1988	ZAK	1989	S.	383	–
	17.	Januar	1996	AHI	1996	S.	154	–

- Bekleidung und Schuhwerk.
- Überlassen eines Geschäftswagens für Privatzwecke.
- Der Wert, den das Recht der Alphirtin bzw. des Alpirten darstellt, auf eigene Rechnung Vieh auf den Alpen der Arbeitgebenden zu halten oder Land der Arbeitgebenden zu nutzen⁵⁰. Der Ertrag, den die Arbeitnehmenden durch die Viehhaltung oder durch die Bebauung des Landes erzielen, gehört dagegen zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.

2079 Derartiges Naturaleinkommen ist von der Ausgleichskasse von Fall zu Fall zu schätzen⁵¹. Wenn immer möglich, soll auf die entsprechenden Ansätze der direkten Bundessteuer oder der kantonalen Steuern abgestellt werden, sofern nicht bereits durch die SUVA bestimmte Ansätze festgelegt worden sind. Die private Nutzung des Geschäftswagens wird von der Ausgleichskasse gleich bewertet wie von den Steuerbehörden (vgl. Rz 21 ff. der [Wegleitung zum Ausfüllen des Lohnausweises bzw. der Rentenbescheinigung](#), herausgegeben von der Schweizerischen Steuerkonferenz und der Eidgenössischen Steuerverwaltung).

2080 Stellen die Arbeitgebenden eine Wohnung zur Verfügung und entrichten die Arbeitnehmenden den Arbeitgebenden dafür einen Mietzins, so ist dieser anzuerkennen, wenn er nicht erheblich vom ortsüblichen Mietwert der Wohnung abweicht⁵².

⁵⁰	3.	November	1956	ZAK	1957	S.	72	–		
⁵¹	28.	September	1949	ZAK	1950	S.	34	–		
⁵²	17.	September	1965	ZAK	1966	S.	32	EVGE	1965	S. 153
	24.	September	1980	ZAK	1981	S.	376	–		
	17.	Januar	1996	AHI	1996	S.	154	–		

8. Entschädigungen für Lohnausfall infolge Unfall, Krankheit und Invalidität

8.1 Entschädigungen von Versicherungen ([Art. 6 Abs. 2 Bst. b AHVV](#))

2081 Entschädigungen der vom Bund nach dem KVG anerkannten Krankenkassen, der dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) vom 17. Dezember 2004 unterstellten privaten Versicherungseinrichtungen sowie der öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtungen (öffentliche Kassen, SUVA) gehören nicht zum massgebenden Lohn⁵³.

8.2 Entschädigungen der Arbeitgebenden ([Art. 7 Bst. m AHVV](#))

2082 Entschädigungen der Arbeitgebenden oder einer ihnen nahestehenden Institution (z.B. eines Fonds) für den Lohnausfall, der den Arbeitnehmenden infolge Unfalls, Krankheit oder Invalidität entsteht, gehören dagegen zum massgebenden Lohn⁵⁴. Dabei ist unerheblich, ob diese Leistungen freiwillig oder aufgrund einer gesetzlichen, vertraglichen oder gesamtarbeitsvertraglichen Pflicht gewährt werden.

2083 Leistungen einer betriebseigenen Institution gehören in dem Ausmass, in dem sie durch Beiträge der Arbeitnehmenden finanziert werden, nicht zum massgebenden Lohn⁵⁵.

2084 Gewähren die Arbeitgebenden während der Zeit, in welcher die Arbeitnehmenden infolge Unfalls oder Krankheit nicht arbeiten können, vorübergehend weiterhin den vollen

⁵³	17. März	1952	ZAK	1952	S. 185	EVGE	1952	S. 42
	20. Januar	1969	ZAK	1969	S. 371	–		
	30. April	2002	–			BGE	128	V 176
⁵⁴	27. Dezember	1955	ZAK	1956	S. 204	–		
	29. August	1956	ZAK	1956	S. 439	EVGE	1956	S. 160
	20. März	1959	ZAK	1959	S. 430	EVGE	1959	S. 34
	23. Dezember	1959	ZAK	1961	S. 30	EVGE	1960	S. 19
⁵⁵	27. Dezember	1955	ZAK	1956	S. 204	–		

Lohn, so sind die Beiträge vom Zuschuss zu entrichten, der die Leistungen der Versicherung (s. Rz 2065) ergänzt. Das gleiche gilt, wenn die Arbeitgebenden ihren Zuschuss so bemessen, dass die Arbeitnehmenden nicht mehr ausbezahlt erhalten, als wenn sie voll arbeiten würden.

- 2085 Ob die Arbeitgebenden die Versicherungsleistungen im Umfang der Beiträge kürzen dürfen, damit die Arbeitnehmenden bei krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheit nicht einen höheren Lohn verdienen als wenn sie arbeiten würden (so genannter Nettolohnausgleich), beurteilt sich je nach Arbeitsverhältnis anhand des Zivilrechts oder des öffentlichen Rechts⁵⁶.
- 2086 Bringen die Arbeitgebenden von den Versicherungsleistungen die Beiträge in Abzug und entrichten diese der Ausgleichskasse, hat die Ausgleichskasse die Beiträge zurückzuerstatten (s. dazu die WBB).
- 2087 Zu den Arbeitgeberbeiträgen an Krankheits- und Unfallversicherer der Arbeitnehmenden und zu Arbeitgeberleistungen an Gesundheitskosten vgl. Rz 2161 ff.

9. Entschädigungen für Lohnausfall der Arbeitslosenversicherung, der Erwerb ersatzordnung, der Invalidenversicherung sowie der Militärversicherung

- 2088 Massgebender Lohn liegt auch dann vor, wenn ein Bundesgesetz ein bestimmtes Ersatzeinkommen ausdrücklich dem massgebenden Lohn im Sinne des AHVG gleichstellt⁵⁷. Solche Regelungen finden sich im AVIG, im EOG, im IVG und im MVG. Für Leistungen der Arbeitgebenden

⁵⁶ 3.	Juni	1981	ZAK	1983	S. 21	–			
⁵⁷ 12.	August	1997	–			BGE	123	V	223

gelten im Übrigen die Rz 2082 ff. sinngemäss (für Leistungen der Arbeitgebenden für den Lohnausfall infolge Militärdienstes vgl. [Art. 7 Bst. n AHVV](#)).

9.1 Entschädigungen an Versicherte gemäss dem Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG)

- 2089 Zum massgebenden Lohn gehören die von der Arbeitslosenkasse an Versicherte ausgerichteten Leistungen wie:
- Arbeitslosenentschädigungen in Form von Taggeldern ([Art. 22a Abs. 1 AVIG](#)),
 - Taggelder während Umschulungs-, Weiterbildungs- und Eingliederungsmassnahmen der ALV ([Art. 22a Abs. 1 AVIG](#)),
 - Einarbeitungszuschüsse ([Art. 66 Abs. 4 AVIG](#)),
 - Ausbildungszuschüsse ([Art. 66c Abs. 3 AVIG](#)),
 - Insolvenzenschädigungen ([Art. 52 Abs. 2 AVIG](#)).
- 2090 Haben die Arbeitnehmenden Anspruch auf Kurzarbeits- oder Schlechtwetterentschädigung im Sinne der ALV, so sind die Arbeitgebenden verpflichtet, weiterhin auf dem vollen vereinbarten Lohn entsprechend der normalen Arbeitszeit abzurechnen ([Art. 37 Bst. c](#) und [Art. 46 AVIG](#)).

9.2 Entschädigungen an Versicherte gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)

- 2091 Von den Entschädigungen nach diesem Gesetz müssen mit wenigen Ausnahmen Beiträge an die AHV/IV/EO und – soweit es sich bei den Empfangenden um Arbeitnehmende handelt – auch an die ALV bezahlt werden ([Art. 19a EOG](#)). Bei Arbeitnehmenden wird die Entschädigung damit wie ein Bestandteil des massgebenden Lohnes behandelt. Diese Ordnung gilt für alle Entschädigungen, die sich auf

eine Dienstleistung nach dem 31. Dezember 1987 beziehen. Für die Einzelheiten wird auf die Wegleitung zur Erwerbsersatzordnung (WEO) verwiesen.

9.3 Taggelder und Einarbeitungszuschüsse gemäss dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)

2092 Von den Taggeldern einschliesslich Zuschlägen nach diesem Gesetz müssen mit wenigen Ausnahmen Beiträge an die AHV/IV/EO und – soweit es sich bei den Empfangenden um Arbeitnehmende handelt – auch an die ALV bezahlt werden ([Art. 25 IVG](#)). Beiträge sind auch auf den Einarbeitungszuschüssen gemäss [Art. 18a IVG](#) geschuldet. Bei Arbeitnehmenden werden diese Leistungen damit wie ein Bestandteil des massgebenden Lohnes behandelt. Für die Einzelheiten wird auf das Kreisschreiben über die Taggelder der IV (KSTI) verwiesen.

9.4 Taggelder gemäss dem Bundesgesetz über die Militärversicherung (MVG)

2093 Von den Taggeldern einschliesslich Zuschlägen nach diesem Gesetz müssen mit wenigen Ausnahmen Beiträge an die AHV/IV/EO und – soweit es sich bei den Empfangenden um Arbeitnehmende handelt – auch an die ALV bezahlt werden ([Art. 29 MVG](#)). Bei Arbeitnehmenden werden diese Leistungen damit wie ein Bestandteil des massgebenden Lohnes behandelt. Diese Ordnung gilt für alle Taggelder, die sich auf Zeitabschnitte nach dem 31. Dezember 1993 beziehen.

10. Leistungen der Arbeitgebenden, die in der Übernahme der Beiträge der Arbeitnehmenden für die AHV/IV/EO/ALV sowie der Steuern bestehen ([Art. 7 Bst. p AHVV](#))

2094 Die Leistungen, welche Arbeitgebende freiwillig oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften (vgl. insbesondere [Art. 29](#)

[Abs. 3^{bis} MVG](#)⁵⁸) übernehmen, indem sie die von den Arbeitnehmenden geschuldeten AHV/IV/EO/ALV-Beiträge und Steuern selbst tragen (Nettolohnvereinbarung) gehören zum massgebenden Lohn. Solche Nettolöhne sind in Bruttowerte umzurechnen. Bei Arbeitnehmenden im Rentenalter ist vorgängig der Umrechnung der Freibetrag nach [Art. 6^{quater} AHVV](#) abzuziehen (betreffend die Übernahme der Beiträge der Arbeitnehmenden für die berufliche Vorsorge s. Rz 2123; für den Bezug der Beiträge s. die WBB).

2095 Ausgenommen von der Umrechnung in Bruttolöhne sind Naturalleistungen und Globallöhne.

11. Entgelte der Arbeitgebenden bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ([Art. 7 Bst. q AHVV](#))

11.1 Grundsatz

2096 Im Falle der vollständigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses gehören die Entgelte der Arbeitgebenden zum massgebenden Lohn, soweit sie nicht ausdrücklich davon ausgenommen sind (insbesondere nach [Art. 8^{bis}](#) und [Art. 8^{ter} AHVV](#), vgl. Rz 2126 ff.).

Gleiches gilt, wenn das Entgelt von Dritten (z.B. von einer Muttergesellschaft oder einem Fonds⁵⁹) ausgerichtet wird, sofern es seinen Grund im früheren Arbeitsverhältnis hat (vgl. Rz 1016).

2097 Als Beispiele für massgebenden Lohn seien namentlich erwähnt:

- Entgelte, welche die Arbeitgebenden nachträglich für eine während der Dauer des Arbeitsverhältnisses verrichtete Tätigkeit gewähren (z.B. Provisionen). Solche

⁵⁸	17.	Dezember	2012	9C_298/2012	BGE	139	V	50
⁵⁹	30.	Juni	1976	–	BGE	102	V	152
	8.	August	2011	9C_12/2011	BGE	137	V	321

Entgelte können sogar erst längere Zeit nach dem Austritt der Arbeitnehmenden festgesetzt werden (Gratifikationen für das letzte Geschäftsjahr).

- Entgelte, welche die Arbeitgebenden den Arbeitnehmenden bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses gewähren (z.B. Schadenersatzforderungen im Sinne von [Art. 337c Abs. 1 OR](#)), wobei der Rechtsgrund der Auflösung ohne Bedeutung ist⁶⁰. Nicht zum massgebenden Lohn gehört hingegen die Entschädigung für missbräuchliche Kündigung nach [Art. 336a Abs. 2 OR](#) und die Entschädigung für ungerechtfertigte Entlassung nach [Art. 337c Abs. 3 OR](#)⁶¹.
- Entgelte, welche die Arbeitgebenden den Arbeitnehmenden für den Verzicht auf die Ausübung einer bestimmten Erwerbstätigkeit gewähren, zum Beispiel für die Einhaltung eines Konkurrenzverbotes⁶².
- Abgeltungen für nicht bezogene Ferien.
- Entschädigungen für den Verlust der Stelle vor deren Antritt⁶³.
- Von einem patronalen Wohlfahrtsfonds geleistete Überbrückungsrente.

2098 Die Konkursdividende, die auf die Lohnforderungen der Arbeitnehmenden entfällt, die diesen für die Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zustehen, wenn die Konkursverwaltung nicht in die Arbeitsverträge eintritt, gehört zum massgebenden Lohn⁶⁴ (für Insolvenzenschädigungen s. Rz 2089).

⁶⁰	18.	April	1958	ZAK	1958	S.	322	EVGE	1958	S.	108
	13.	April	1959	ZAK	1959	S.	428	EVGE	1959	S.	145
	3.	Oktober	1959	ZAK	1961	S.	32	–			
	6.	August	1976	ZAK	1976	S.	510	BGE	102	V	156
	17.	Mai	1996	AHI	1997	S.	22	–			
⁶¹	17.	April	1997	AHI	1997	S.	281	BGE	123	V	5
	22.	April	2009	4A_590/2008				BGE	135	III	405
⁶²	25.	Oktober	1955	ZAK	1956	S.	81	EVGE	1955	S.	261
⁶³	17.	Mai	1996	AHI	1997	S.	22	–			
	23.	Februar	1998	AHI 1998	S. 282			BGE	124	V	100
⁶⁴	6.	August	1976	ZAK	1976	S.	510	BGE	102	V	156

11.2 Berechnung des massgebenden Lohnes bei Rentenleistungen

2099 Wird die Arbeitgeberleistung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Form einer Rente ausgerichtet, so ist diese mithilfe der Tabellen im Anhang 1 in *Kapital* umzurechnen ([Art. 7 Bst. g AHVV](#)). Siehe dazu auch die Beispiele im Anhang 2. Die in der erwähnten Tabelle 1 für Männer und in Tabelle 2 für Frauen enthaltenen Faktoren beruhen auf den technischen Grundlagen AHV 2015 (Referenzszenario BFS A-00-2015 für das Jahr 2035) und einem technischen Zinssatz von 2,5 Prozent.

2100 Anzuwenden ist die folgende Berechnungsformel:

Jährliche Rente x Gewichtung, die der Rentenausrichtungsdauer Rechnung trägt x Faktor gemäss Tabelle

Die Wahl des Faktors wird durch den Rententyp bestimmt:

- für sofortige lebenslängliche Renten: Kapital = Monatsrente x 12 x Faktor «lebenslänglich»;
- für sofortige und aufgeschobene temporäre Renten: Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor «temporär» bis 64/65;
- für aufgeschobene lebenslängliche Renten: Kapital = Monatsrente x 12 x Faktor «aufgeschoben».

Die Gewichtung beträgt 1, wenn die Anzahl Rentenbezugsmonate und die Anzahl Monate bis zum Rentenalter gleich sind.

Ist der ausgerichtete Rentenbetrag nicht konstant oder deckt die Ausrichtungsdauer nicht die ganze Periode bis zum Rentenalter ab, wird unter Gewichtung der monatlichen Renten eine mittlere Rente berechnet.

Für aufgeschobene temporäre Renten ist die Berechnung gleich wie für temporäre Renten.

- 2101 Zur Bestimmung des Faktors ist das Alter im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses massgebend. Es ist auf den nächsten Monat abzurunden (der Monat des Geburtstags wird nicht mitgezählt). Bei nicht vollen Altersjahren ist der massgebende Faktor durch Interpolation zu ermitteln. Es handelt sich um die Differenz des Faktors des tieferen vollen Alters und des Faktors beim höheren vollen Alter; diese Differenz wird mit der Anzahl der Monate bis zum nächsten Geburtstag multipliziert und durch 12 dividiert; zu diesem Resultat wird der Faktor beim oberen vollen Alter hinzugezählt. Der so interpolierte (lebenslängliche, temporäre, aufgeschobene) und auf zwei Stellen nach dem Komma gerundete Faktor trägt dem technischen Zinssatz sowie der auf den Monat genau geschätzten lebenslänglichen, temporären oder aufgeschobenen Dauer der Lebenserwartung im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses Rechnung. Als Berechnungsformel:

(Faktor beim unteren vollen Alter – Faktor beim oberen vollen Alter) x (Anzahl Monate bis zum nächsten Geburtstag / 12) + Faktor beim oberen vollen Alter (auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet)

Vgl. auch die Tabellenlegenden und die Beispiele 2.6 und 2.10 im Anhang 2.

- 2102 Die Beiträge sind im Zeitpunkt der erstmaligen Auszahlung geschuldet. Für den IK-Eintrag gelten die Regeln über die nachträgliche Lohnzahlung (s. dazu die WL VA/IK).
- 2103 Ist der gewichtete Umwandlungsfaktor ≤ 1 , sind die Beiträge auf den Renten grundsätzlich laufend zu erheben. Hingegen ist eine Kapitalisierung vorzunehmen, wenn die Rente nicht unmittelbar im Anschluss an die Aufgabe der Erwerbstätigkeit zu laufen beginnt oder der Arbeitgeber eine sofortige Abrechnung wünscht. Dasselbe gilt für Überbrückungsleistungen (temporäre Renten) im Fall von Teilpensionierungen (Vgl. dazu die Beispiele 2.7 und 2.9 im Anhang 2).

- 2104 Um die Umgehung der Nichterwerbstätigenbeitragspflicht zu vermeiden, sind bei laufender Verabgabung infolge Verzichts auf Kapitalisierung die Einkommen nach dem Bestimmungsprinzip unter dem Monat der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder vor Beginn der Teilpensionierung einzutragen (s. dazu die WL VA/IK).
- 2105 Übernehmen die Arbeitgebenden die von den Arbeitnehmenden geschuldeten AHV/IV/EO/ALV-Beiträge, sind die ermittelten Kapitalien für die Beitragserhebung in Bruttowerte umzurechnen (s. Nettolohnvereinbarung oben Rz 2094 und die WBB).
- 2106 Die Berechnungen können mit dem auf der Webseite des BSV zur Verfügung gestellten [Rechner „Umrechnung von Renten in Kapital gemäss Art. 7 Bst. q AHVV“](#) durchgeführt werden.
- 2107 Für die Anwendung der Jahreshöchstgrenzen in der ALV siehe KALV.
- 2108 Fälle, in denen die Tabelle im Anhang 1 nicht angewendet werden kann bzw. die andere Besonderheiten aufweisen, sind dem BSV zu unterbreiten. Für temporäre Renten zugunsten von bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses mindestens 51-jährigen Frauen, deren Pensionskasse das Rentenalter 65 vorsieht, kann die Tabelle im Anhang 1 bzw. der Rechner gemäss Rz 2106 verwendet werden, indem ihr Geburtsdatum für die Berechnung um ein Jahr vorverlegt wird.

II. Berufliche Vorsorge: Leistungen und Beiträge

1. Reglementarische Leistungen von Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

[\(Art. 6 Abs. 2 Bst. h AHVV\)](#)

- 2109 Reglementarische Leistungen von Einrichtungen der beruflichen Vorsorge gehören nicht zum massgebenden Lohn, wenn die begünstigte Person bei Eintritt des Vorsorgefalles

oder bei der teilweisen oder vollständigen Auflösung der Vorsorgeeinrichtung (vgl. [Art. 53b-53d BVG](#)) die Leistungen persönlich beanspruchen kann.

- 2110 Die Beitragsbefreiung reglementarischer Leistungen setzt namentlich voraus, dass⁶⁵:
- die versicherte Person einen verbindlichen Rechtsanspruch auf die Leistung hat; eine «Kann»-Vorschrift genügt nicht;
 - die reglementarische Bestimmung schon vor Eintritt des versicherten Risikos besteht;
 - der Leistungsanspruch bestimmbar ist (ausreichend präzise Bemessungsgrundlage);
 - diese berufsvorsorgerechtlicher Natur sind;
 - diese ihre Grundlage in einem Reglement haben (vgl. Rz 2111).
- 2111 Als reglementarisch i.S. von [Art. 6 Abs. 2 Bst. h AHVV](#) gelten namentlich Leistungen aufgrund:
- des Pensionskassenreglements (inkl. Vorsorgeplan);
 - der Statuten der Vorsorgeeinrichtung;
 - der Gründungsurkunde der Vorsorgeeinrichtung;
 - des Teilliquidationsreglements ([Art. 53b BVG](#));
 - des Verteilungsplans bei Gesamtliquidation (Art. 53c BVG).
- 2112 Die vorgenannten Dokumente müssen vom zuständigen
1/20 Organ der Vorsorgeeinrichtung (in der Regel paritätisch zusammengesetzt) erlassen und von der Aufsichtsbehörde geprüft worden sein ([Art. 51](#), [51a](#) und [62 Abs. 1 Bst. a BVG](#)), womit die Grundsätze der Beruflichen Vorsorge (Planmässigkeit, Gleichbehandlung, Kollektivität, Angemessenheit und Versicherungsprinzip, vgl. [BVV 2](#)) eingehalten sein müssten.

- 2113 Bei Einrichtungen des öffentlichen Rechts gelten als reglementarisch die von der öffentlich-rechtlichen Körperschaft erlassenen Bestimmungen (vgl. [Art. 50 Abs. 2 BVG](#)).
- 2114 Anwendungsfälle reglementarischer Leistungen sind:
- Leistungen von Vorsorgeeinrichtungen im Sinne von [Art. 48](#) und [Art. 80 BVG](#);
 - die Überweisung eines reglementarischen Vorsorgeguthabens bei Auflösung eines Arbeitsverhältnisses an die Vorsorgeeinrichtung der neuen Arbeitgebenden oder auf eine Freizügigkeitseinrichtung im Sinne von [Art. 4 FZG](#) (in der Form eines Freizügigkeitskontos oder einer Freizügigkeitspolice nach [Art. 10 FZV](#));
 - Leistungen, die im Rahmen einer *Gesamtliquidation* einer Vorsorgeeinrichtung ([Art. 53c BVG](#) i.V.m. [Art. 89a Abs. 6 Ziff. 9 ZGB](#)) aufgrund des von der Aufsichtsbehörde genehmigten Verteilungsplans erbracht werden; das Gleiche gilt für patronale Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen ([Art. 89a Abs. 7 Ziff. 6 ZGB](#));
 - Leistungen die bei einer *Teilliquidation* ([Art. 53b BVG](#)) aufgrund des Teilliquidationsreglements ausgerichtet werden. Bei Leistungen von patronalen Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen ([Art. 89a Abs. 7 Ziff. 6 ZGB](#)), die kein Teilliquidationsreglement kennen, ist auf den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Verteilungsplan abzustellen. Dabei ist vorausgesetzt, dass die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Angemessenheit eingehalten werden (vgl. [Art. 89a Abs. 8 Ziff. 3 ZGB](#)).
- 2115 Nicht als reglementarisch im Sinne von [Art. 6 Abs. 2 Bst. h AHVV](#) gelten namentlich Leistungen eines patronalen Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen im Sinne von [Art. 89a Abs. 7 ZGB](#). Dies gilt nicht bei einer Teil- oder Gesamtliquidation gemäss Rz 2111.

2. Reglementarische Beiträge an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge ([Art. 8 Bst. a AHVV](#))

2.1 Beiträge der Arbeitgebenden an die berufliche Vorsorge

- 2116 Reglementarische Beiträge der Arbeitgebenden an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, welche die Voraussetzungen der Steuerbefreiung gemäss DBG erfüllen, gehören nicht zum massgebenden Lohn.
- 2117 Die Steuerbefreiung nach dem DBG ([Art. 80 Abs. 2 BVG](#) i.V.m. [Art. 56 Bst. e DBG](#)) setzt voraus, dass die Mittel der Einrichtung ausschliesslich und unwiderruflich der beruflichen Vorsorge für die Arbeitnehmenden und deren Hinterlassenen dienen.
- 2118 Als reglementarisch gelten Beiträge an die berufliche Vorsorge (laufende Beiträge und Einkäufe)⁶⁶:
- die zwingend in einem Reglement vorgeschrieben sind; eine «Kann»-Vorschrift genügt nicht;
 - die vor Eintritt der versicherten Risiken verbindlich im Reglement festgelegt und spätestens im Versicherungsfall zu entrichten sind;
 - deren Umfang (Prozentsatz oder Betrag) feststeht. Ist z.B. vorgesehen, dass die Arbeitgebenden sich am Einkauf der Arbeitnehmenden beteiligen, nicht aber in welchem Umfang, liegen keine zwingend vorgeschriebenen Beiträge an die Vorsorgeeinrichtung vor (vgl. Rz 2123);
 - deren anwendbare normative Grundlage dem Arbeitgeber grundsätzlich entzogen, jedenfalls nicht ad hoc im Einzelfall abänderbar ist.

⁶⁶ 27.	August	2007	H	153/06	BGE	133	V	556
8.	August	2011		9C_12/2011	BGE	137	V	321
17.	Juli	2018		9C_800/2017	–			

- 2119 Vom massgebenden Lohn ausgenommen sind zudem die im Reglement der Vorsorgeeinrichtung vorgesehenen Einlagen bei Unterdeckung (vgl. [Art. 65e BVG](#)).
- 2120 In Analogie zu Einlagen bei einer Unterdeckung können ausserdem ausserordentliche kollektive Beiträge an die Vorsorgeeinrichtung zur Vermeidung von Einbussen in den Leistungsansprüchen der Arbeitnehmenden aufgrund einer BV-seitigen Änderung (z.B. Übertritt in eine neue Vorsorgeeinrichtung, Primatwechsel, Senkung des Umwandlungssatzes) beitragsbefreit sein, sofern die BV-Grundsätze eingehalten sind.
- 2121 Zum Begriff der reglementarischen Grundlage und zur Einhaltung der Grundsätze der Beruflichen Vorsorge, vgl. Rz 2111 f. sinngemäss.

2.2 Beiträge der Arbeitnehmenden an die berufliche Vorsorge

- 2122 Die Beiträge an die berufliche Vorsorge, welche die Arbeitnehmenden selber tragen, gehören zum massgebenden Lohn.
- 2123 Freiwillig durch die Arbeitgebenden über ihren reglementarischen Anteil hinaus übernommene Beiträge an die berufliche Vorsorge, gehören ebenfalls zum massgebenden Lohn.
Beispiel: Zusätzlich zum reglementarischen Anteil von 50% finanziert der Arbeitgeber freiwillig den Arbeitnehmerbeitrag.

III. Sozialleistungen der Arbeitgebenden

Für Leistungen der Sozialhilfe s. Rz 2203.

1. Sozialleistungen der Arbeitgebenden bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses

- 2124 Sozialleistungen der Arbeitgebenden bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses sind bei ungenügender beruflicher Vorsorge und bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen gemäss den nachfolgenden Bestimmungen ganz oder teilweise vom massgebenden Lohn ausgenommen. Bezüglich der Leistungen in Härtefällen vgl. zudem Rz 2147 ff.
- 2125 Bilden solche Leistungen massgebenden Lohn, ist unerheblich, ob es sich um Leistungen in Rentenform (z.B. Überbrückungsrenten) oder in Kapitalform (z.B. Abgangsentschädigungen) handelt. Leistungen in Rentenform werden nach der Tabelle in Anhang 1 in Kapital umgerechnet (vgl. auch Rz 2099).

1.1 Sozialleistungen bei ungenügender beruflicher Vorsorge [\(Art. 8^{bis} AHVV\)](#)

- 2126 Leistungen der Arbeitgebenden bei Beendigung eines mehrjährigen Arbeitsverhältnisses sind für jedes Jahr, in dem die Arbeitnehmenden nicht in der beruflichen Vorsorge versichert waren, bis zur Höhe der im Zeitpunkt der Auszahlung geltenden halben minimalen monatlichen Altersrente vom massgebenden Lohn ausgenommen.
- 2127 Nicht ausgenommen sind Leistungen an Arbeitnehmende, die aufgrund einer anderen Tätigkeit während den betreffenden Kalenderjahren der beruflichen Vorsorge angeschlossen waren.
- 2128 Als mehrjähriges Arbeitsverhältnis gilt eine Dauer von mindestens zwei Jahren.

- 2129 Als fehlende Versicherungsjahre gelten ganze Kalenderjahre, in denen die Arbeitnehmenden nicht in der beruflichen Vorsorge versichert waren.
- 2130 Arbeitnehmende, die einmal für kurze Zeit nicht der beruflichen Vorsorge unterstehen, weil sie einem kurzfristigen Arbeitsverhältnis nachgehen (z.B. für den Weihnachtsverkauf), erfüllen die Voraussetzungen nicht.
- 2131 Ebenfalls nicht ausgenommen sind Leistungen der Arbeitgebenden für Jahre, in denen die Arbeitnehmenden aufgrund ihres tiefen Einkommens nicht obligatorisch versichert, jedoch einer freiwilligen beruflichen Vorsorge abgeschlossen waren.
- 2132 Der die halbe minimale monatliche Altersrente übersteigende Betrag gehört zum massgebenden Lohn.

1.2 Sozialleistungen bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen ([Art. 8^{ter} AHVV](#))

- 2133 Leistungen der Arbeitgebenden bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen sind bis zur Höhe des viereinhalbfachen Betrages der maximalen jährlichen Altersrente vom massgebenden Lohn ausgenommen.
- 2134 Leistungen, mit denen einzelne Arbeitnehmende individuell begünstigt werden, gehören zum massgebenden Lohn. Nach objektiven und sozialen Kriterien abgestufte Leistungen (z.B. nach Alter, Dienstjahren und letztem Lohn) können hingegen davon ausgenommen werden.
- 2135 Freiwillige Abgänge und selbst gewählte Frühpensionierungen fallen nicht unter die Ausnahmebestimmung, auch wenn sie gestützt auf einen Sozialplan vorgenommen werden oder eine Vorruhestandsregelung vorliegt.
- 2136 Bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen gehört derjenige Teil der Leistungen der Arbeitgebenden, welcher die

Höhe des viereinhalbfachen Betrages der maximalen jährlichen Altersrente übersteigt, zum massgebenden Lohn.

- 2137 Als betriebliche Gründe gelten Betriebsschliessungen, -zusammenlegungen und -restrukturierungen.
- 2138 Eine Betriebsrestrukturierung liegt vor, wenn bei der Vorsorgeeinrichtung, welche die obligatorische berufliche Vorsorge durchführt, die Voraussetzungen für eine Teilliquidation nach [Art. 53b Abs. 1 Bst. a oder b BVG](#) erfüllt sind oder im Falle einer durch einen Sozialplan geregelten kollektiven Entlassung.
- 2139 Die Voraussetzungen für eine Teilliquidation richten sich nach einem von der Aufsichtsbehörde der beruflichen Vorsorge genehmigten Reglement. Die Teilliquidation einer überobligatorischen Vorsorgestiftung allein erfüllt die Ausnahmebestimmung nicht (vgl. jedoch Rz 2114).
- 2140 Ist unklar, ob die Voraussetzungen einer Teilliquidation der Vorsorgeeinrichtung (bei einer Sammelstiftung einer Teilliquidation innerhalb des Vorsorgewerkes) erfüllt sind, verlangt die Ausgleichskasse von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber eine Bestätigung der Vorsorgeeinrichtung.
- 2141 Kann eine Teilliquidation wegen fehlender Mittel nicht vorgenommen werden, obschon die Voraussetzungen dafür nach dem massgebenden Reglement erfüllt wären, werden die Leistungen der Arbeitgebenden dennoch im Sinne der Ausnahmebestimmung behandelt.
- 2142 Wird trotz Entlassungen keine Teilliquidation der Vorsorgeeinrichtung vorgenommen, liegt eine Betriebsrestrukturierung im Sinne von [Art. 8^{ter} AHVV](#) auch dann vor, wenn eine durch Sozialplan geregelte kollektive Entlassung erfolgt.
- 2143 Als Sozialplan gilt eine Vereinbarung, in welcher die Arbeitgebenden und die Arbeitnehmenden die Massnahmen festlegen, mit denen Kündigungen vermieden, deren Zahl beschränkt sowie deren Folgen gemildert werden (vgl. [Art. 335h Abs. 1 OR](#)).

- 2144 Als kollektiv gilt eine Entlassung, von der ein grösserer Teil der Belegschaft betroffen ist. Die Arbeitnehmerzahlen gemäss [Art. 335d OR](#) können als Richtwert herangezogen werden.
- 2145 Zudem muss eine materielle und zeitliche Einheit gegeben sein. Dies ist in der Regel nicht der Fall, wenn die Entlassungsperiode länger als ein halbes Jahr dauert.

2. Härtefalleistungen ([Art. 8^{quater} AHVV](#))

- 2146 Ausserordentliche Unterstützungsleistungen der Arbeitgebenden oder einer ihnen nahestehenden Institution (z.B. eines Fonds) zur Behebung, Linderung oder Vorbeugung einer finanziellen Not der Arbeitnehmenden sind bis zum Betrag, welcher zur Sicherung des Existenzminimums notwendig ist, vom massgebenden Lohn ausgenommen. Übersteigende Leistungen gehören zum massgebenden Lohn.
- 2147 Anlass der Arbeitgeberunterstützung muss eine besonders schwierige Lebenssituation der Arbeitnehmenden sein. Die Umstände können unterschiedlichster Art sein (beruflich, familiär, gesundheitlich, usw.) und sind in [Art. 8^{quater} AHVV](#) nicht abschliessend genannt. Nicht befreit sind jedoch regelmässige, nicht härtefallbedingte Lohnnebenleistungen zur Ergänzung eines zu tiefen Lohnes.
- 2148 Eine finanzielle Not liegt vor, wenn der Existenzbedarf nicht gesichert ist. Dies bedeutet entweder, dass der Existenzbedarf nicht mehr gedeckt ist oder dass er ohne entsprechende Unterstützungsleistung nicht mehr gedeckt sein würde.
- 2149 Die Ausgleichskasse beurteilt, ob eine finanzielle Not vorliegt. Dabei richtet sie sich sinngemäss nach der Berechnung der grossen Härte gemäss [Art. 5 ATSV](#) (Erlass der Rückerstattung unrechtmässig bezogener Leistungen; s.

dazu Wegleitung über die Renten (RWL) in der Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung).

- 2150 Die Arbeitgebenden und die Arbeitnehmenden haben der Ausgleichskasse für die Beurteilung, ob eine finanzielle Notlage vorliegt, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Abklärung der finanziellen Situation ist von der Ausgleichskasse nach Möglichkeit mit der arbeitnehmenden Person vorzunehmen. Die Ausgleichskasse unterstützt sie nötigenfalls beim Ausfüllen von Formularen.
- 2151 Von einer finanziellen Notlage ist grundsätzlich dann auszugehen, wenn die begünstigte Person erwiesenermassen Ergänzungsleistungen oder Leistungen der Sozialhilfe bezieht.

3. Zuwendungen anlässlich besonderer Ereignisse ([Art. 8 Bst. c AHVV](#))

- 2152 Als vom massgebenden Lohn *ausgenommene* Zuwendungen der Arbeitgebenden anlässlich besonderer Ereignisse gelten, soweit sie den üblichen Wert nicht übersteigen⁶⁷:
- 2153 – *Zuwendungen beim Tod von Angehörigen* der Arbeitnehmenden.
- 2154 – *Zuwendungen an Hinterlassene*. Als Zuwendung an Hinterlassene gilt die Weiterzahlung des Lohnes an die Hinterlassenen der Arbeitnehmenden. Davon ausgenommen sind namentlich nachträgliche Lohnzahlungen, Boni und andere Vergütungen für die von der verstorbenen Person geleistete Arbeit. Vorbehalten bleiben auch Fälle von Rechtsmissbrauch.
- 1/20
- 2155 – *Jubiläumsgaben*. Als solche gelten nur Zuwendungen, die den Arbeitnehmenden zur Feier des langjährigen Bestehens des Unternehmens – frühestens 25 Jahre nach

⁶⁷ 30.	Dezember	1964	ZAK	1965	S. 433	EVGE	1964	S. 215
12.	August	1985	ZAK	1986	S. 218	BGE	111	V 77

der Gründung und später in Abständen von mindestens 25 Jahren – ausgerichtet werden, das übliche Mass nicht übersteigen und grundsätzlich allen Arbeitnehmenden gewährt werden⁶⁸. Das „übliche Mass“ ist im Einzelfall in Abhängigkeit von der Höhe des Lohnes und des Dienstalters zu bestimmen⁶⁹ (für Dienstaltersgeschenke s. jedoch Rz 2002.).

- 2156 – *Verlobungs-, Hochzeits- und Eintragungsgeschenke*⁷⁰ (für Heirats- und Eintragungszulagen s. Rz 2167).
- 2157 – *Zuwendungen für bestandene berufliche Prüfungen*, gewährt in Geld oder in natura, als Anerkennung für das Bestehen der Lehrabschlussprüfung oder einer gleichartigen Prüfung sowie von Zwischen- und von Hauptprüfungen einer beruflichen Weiterbildung, soweit diese Zuwendungen 500 Franken je Prüfung nicht übersteigen.
- 2158 – *Naturalgeschenke*, wie sie anlässlich besonderer Ereignisse – so zu Weihnachten oder Neujahr – üblicherweise gewährt oder als einmalige Auszeichnung für herausragende Leistungen oder besondere Einsätze ausgerichtet werden, sofern deren Gesamtwert 500 Franken im Jahr nicht übersteigt. Massgebend sind dafür die Gestehungskosten der Arbeitgebenden. Gold- und Silbergeschenke (einschliesslich Münzen und Barren) gelten als Naturalgeschenke. Bargeschenke gelten als Gratifikationen und gehören zum massgebenden Lohn.
- 2159 – *Zuwendungen an die Arbeitnehmenden beim Tod der Arbeitgebenden* aufgrund einer letztwilligen Verfügung oder gewährt von den Erbinnen und Erben, sofern sie einen Monatslohn nicht übersteigen⁷¹.

⁶⁸	12.	Dezember	1952	–			EVGE	1952	S.	241
	25.	März	1980	ZAK	1980	S. 530	–			
	12.	August	1985	ZAK	1986	S. 218	–			
⁶⁹	12.	August	1985	ZAK	1986	S. 218	BGE	111	V	77
⁷⁰	30.	Dezember	1964	ZAK	1965	S. 433	EVGE	1964	S.	215
⁷¹	25.	Februar	1975	ZAK	1975	S. 371	BGE	101	V	1
	16.	September	1980	ZAK	1981	S. 207	BGE	106	V	133

- 2160 Übersteigen die Zuwendungen anlässlich besonderer Ereignisse den üblichen Wert bzw. das festgelegte Mass, ist der gesamte Wert der Zuwendung oder des Geschenks beitragspflichtig⁷².

IV. Arbeitgeberleistungen an Gesundheitskosten

1. Beiträge der Arbeitgebenden an die Kranken- und Unfallversicherung ([Art. 8 Bst. b AHVV](#))

- 2161 Die Beiträge der Arbeitgebenden an die Kranken- und Unfallversicherer ihrer Arbeitnehmenden gehören nicht zum massgebenden Lohn, falls
- die Arbeitgebenden die Prämie für ihre Arbeitnehmenden direkt an deren Kranken- und Unfallversicherer bezahlen⁷³ und
 - alle Arbeitnehmenden gleichbehandelt werden.
- 2162 1/21 Übernehmen die Arbeitgebenden den Anteil der Versicherungsprämie, den die Arbeitnehmenden zu entrichten hätten (z.B. gemäss [Art. 91 Abs. 2 UVG](#)), so gehört auch diese Leistung nicht zum massgebenden Lohn, falls alle Arbeitnehmenden gleichbehandelt werden.

2. Leistungen der Arbeitgebenden an medizinische Kosten ([Art. 8 Bst. d AHVV](#))

- 2163 Übernehmen die Arbeitgebenden teilweise oder vollständig die Arzt-, Arznei-, Spital- oder Kurkosten ihrer Arbeitnehmenden, so gehören diese Leistungen nicht zum massgebenden Lohn, sofern
- die übernommenen Kosten nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung gedeckt sind;

⁷²	14.	April	2004	AHI	2004	S. 165	–			
⁷³	22.	August	2000	AHI	2001	S. 52	BGE	126	V	221

- alle Arbeitnehmenden gleichbehandelt werden.

2164 Für die Entschädigungen für Lohnausfall infolge Unfalls, Krankheit und Invalidität vgl. Rz 2082 ff.

V. Familienzulagen

([Art. 6 Abs. 2 Bst. f AHVV](#))

2165 Als Familienzulagen gelten:

- *Kinder- und Ausbildungszulagen* für Kinder, Adoptivkinder, Stiefkinder, Pflegekinder und Geschwister oder Grosskinder der bezugsberechtigten Person, sofern sie überwiegend für deren Unterhalt aufkommt (vgl. [Art. 4 Abs. 1 FamZG](#)).

2166 – *Haushaltszulagen (zuweilen auch Familienzulagen genannt)*, die gewährt werden an verheiratete oder in eingetragener Partnerschaft lebende Arbeitnehmende, die mit ihrer Partnerin oder ihrem Partner und/oder Kindern zusammenleben, an ledige, verwitwete oder geschiedene Arbeitnehmende, die mit Kindern (s. Rz 2165) zusammenleben⁷⁴. Als Haushaltszulagen gelten nur Leistungen, die zum Lohn hinzu gewährt werden; es ist nicht zulässig, einen Teil des Lohnes als Haushaltszulage zu bezeichnen, um ihn so von der Beitragserhebung auszunehmen. Haushaltszulagen sind feste, von der Höhe des Lohnes unabhängige Leistungen. Sie müssen für alle anspruchsberechtigten Arbeitnehmenden eines Betriebes gleich hoch sein.

2167 – *Heiratszulagen bzw. Eintragungszulagen*, die bei der Eheschliessung bzw. der Eintragung der Partnerschaft gewährt werden (für Hochzeits- bzw. Eintragungsgeschenke s. Rz 2156).

⁷⁴	22.	August	1984	ZAK	1985	S.	114	BGE	110	V	229
	29.	Juni	1993	AHI	1995	S.	27	BGE	119	V	385

- 2168 – *Geburts- oder Adoptionszulagen*, die den Arbeitnehmenden bei der Geburt oder der Adoption eines Kindes gewährt werden.
- 2169 Die Familienzulagen können an Arbeitnehmende oder an Selbstständigerwerbende ausgerichtet werden:
– von den in [Art. 21c FamZG](#) erwähnten Stellen;
– von den Arbeitgebenden.
- 2170 Die Familienzulagen sind in jedem Fall vom massgebenden Lohn ausgenommen, wenn sie aufgrund einer gesetzlichen oder gesamtarbeitsvertraglichen Verpflichtung ausgerichtet werden.
- 2171 Die nachstehend erwähnten von den Arbeitgebenden darüber hinaus ausgerichteten Familienzulagen, die in einem Personalreglement der Arbeitgebenden vorgesehen sind oder auf welche die Arbeitnehmenden einen Anspruch haben, sind beitragsfrei bis zur Höhe des:
1/21
– einfachen Betrags der Ausbildungszulage nach [Art. 5 Abs. 2 FamZG](#) für Kinder- und Ausbildungszulagen (Rz 2165) je Kind;
– fünffachen Betrags der Ausbildungszulage nach [Art. 5 Abs. 2 FamZG](#) für Geburts- und Adoptionszulagen (Rz 2168) je Kind.
Diese Regelung gilt nicht für Zulagen nach Rz 2166 und 2167.
- 2172 Beispiele:
1. Ein kantonales Familienzulagengesetz sieht die Ausrichtung einer Geburtszulage von 1500 Franken vor und der Arbeitgeber gewährt Frau X. ausserdem freiwillig einen Betrag von 500 Franken als Geburtszulage. Nur die im kantonalen Familienzulagengesetz vorgesehene Geburtszulage ist beitragsfrei. Die freiwillig gewährte Geburtszulage ist beitragspflichtig (da weder Grundlage in einem Personalreglement noch Anspruch darauf).
2. Ein Gesamtarbeitsvertrag sieht die Ausrichtung einer Kinderzulage von 300 Franken je Kind vor und die Arbeitgeberin gewährt Herrn Y., Vater von zwei Kindern,

aufgrund des Arbeitsvertrags ausserdem einen Betrag von 500 Franken je Kind als Kinderzulage. Während die im Gesamtarbeitsvertrag vorgesehenen 600 Franken (2 Kinder x 300 Franken) beitragsfrei sind, ist der von der Arbeitgeberin ausgerichtete Zusatz nach Rz 2171 erster Strich nur bis zur Höhe von 500 Franken (2 Kinder x 250 Franken) von der Beitragspflicht ausgenommen.

3. Ein kantonales Familienzulagengesetz sieht die Ausrichtung einer Ausbildungszulage von 300 Franken vor und der Arbeitgeber gewährt ausserdem einen Betrag von 500 Franken als Ausbildungszulage aufgrund des von ihm erlassenen Personalreglements. Die im kantonalen Familienzulagengesetz vorgesehene Ausbildungszulage ist beitragsfrei, der vom Arbeitgeber ausgerichtete Zusatz ist hingegen nach Rz 2171 erster Strich nur bis zur Höhe von 250 Franken von der Beitragspflicht ausgenommen.
4. Die Arbeitgeberin sieht in einem von ihr erlassenen Personalreglement die Ausrichtung einer Geburtszulage von 1000 Franken und einer Haushaltszulage von 1200 Franken vor. Während die Geburtszulage ganz beitragsfrei ist, unterliegt die Haushaltszulage vollumfänglich der Beitragspflicht, da es sich nicht um eine nach Rz 2171 beitragsbefreite Zulage handelt.

VI. Weitere Leistungen

1. Zuwendungen für die Aus- und Weiterbildung ([Art. 6 Abs. 2 Bst. g AHVV](#))

- 2173 Zuwendungen für die Aus- und Weiterbildung gehören grundsätzlich nicht zum Erwerbseinkommen. Vorbehalten bleiben die besonderen Regeln in Bezug auf Zuwendungen des Arbeitgebers (vgl. Rz 2177 ff.).

1.1 Zuwendungsarten

- 2174 Ihrem Zwecke nach können die Zuwendungen für die Aus- und Weiterbildung zur Deckung jeder Art von Aufwendungen dienen, die mit der Aus- und Weiterbildung in Zusammenhang stehen, wie Schulgelder, Schulmaterial oder Lebenshaltungskosten. Auch Zuwendungen für eine Aus- oder Weiterbildung, die nicht in einer Schule oder im Rahmen eines Kurses absolviert wird, gelten als Aus- und Weiterbildungszuwendungen.
- 2175 Zur Ausbildung gehören alle Stufen des allgemeinen und fachlichen, elementaren und höheren, praktischen und theoretischen, öffentlichen und privaten Lehrwesens. Ohne Bedeutung ist, ob die Ausbildung förmlich abgeschlossen wird, etwa mit einem Schlussexamen. Weiter ist es nicht entscheidend, ob es sich um eine Erst- oder Zweitausbildung handelt.
- 2176 Unter Weiterbildung ist die Fortsetzung der Lerntätigkeit nach Abschluss der Ausbildung zu verstehen. Die Weiterbildung kann sich unmittelbar an die Ausbildung anschliessen oder nach einer Tätigkeit im Erwerbsleben aufgenommen werden; sie kann auch neben einer Erwerbstätigkeit erfolgen.

1.2 Zuwendungen des Arbeitgebers

- 2177 Werden die Zuwendungen für die Aus- oder Weiterbildung vom Arbeitgeber geleistet, gehören sie zum massgebenden Lohn, es sei denn die Aus- oder Weiterbildung stehe in engem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit der begünstigten Person.
- 2178 Die Zuwendung gilt auch dann als vom Arbeitgeber geleistet, wenn im Zeitpunkt, in dem sie gewährt wird, kein Ar-

beitsverhältnis besteht, der Empfänger aber rechtlich verpflichtet ist, nach der Ausbildung in die Dienste des Geldgebers oder der Geldgeberin (vgl. Rz 2183) zu treten⁷⁵.

- 2179 Wird die Zuwendung des Arbeitgebers an Stelle eines Lohnes geleistet, gehört sie ebenfalls zum massgebenden Lohn.
- 2180 Der Zuwendung des Arbeitgebers ist diejenige einer ihm nahestehenden Institution gleichgestellt.
- 2181 Hat sich der Geldgeber oder die Geldgeberin die Verfügung über das Arbeitsergebnis vorbehalten (z.B. Publikations- oder Patentierungsrecht), gehört die Zuwendung zum massgebenden Lohn. Dies gilt auch, wenn die begünstigte Person an der wirtschaftlichen Ausnützung des Arbeitsergebnisses beteiligt ist.
- 2182 Zuwendungen für die Förderung oder die Anerkennung kultureller oder wissenschaftlicher Tätigkeiten gehören zum massgebenden Lohn, wenn sie mit einem Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stehen.

1.3 Geldgebende und –empfangende

- 2183 *Geldgebende* können natürliche Personen, Personengesamtheiten oder juristische Personen des öffentlichen oder des privaten Rechts sein.
- 2184 Als *Empfangende* gelten Personen, die Zuwendungen für eigene Bedürfnisse, für die Bezahlung von Löhnen oder für die Bestreitung von Unkosten erhalten.
- 2185 Nicht als *Empfangende* gelten Personen, welche die Zuwendung zu treuen Händen für Dritte erhalten, etwa die Hochschuldozentin für einen Studenten, der unter ihrer

⁷⁵ 27. August 1960 ZAK 1960 S. 436 EVGE 1960 S. 191

Aufsicht arbeitet. Als Empfangende gelten vielmehr die Personen, für welche die Zuwendung bestimmt ist.

1.4 Zuwendungen, die zum massgebenden Lohn gehören

- 2186 Stipendien und ähnliche Zuwendungen gehören dann zum massgebenden Lohn, wenn
- entweder die Zuwendung ihren Grund in einem Arbeitsverhältnis hat, das zwischen den Geldgebenden und den Empfangenden besteht⁷⁶,
 - oder wenn die Geldgebenden über das Arbeitsergebnis verfügen können.
- 2187 Die Zuwendungen gehören somit zum massgebenden Lohn, wenn nur eine dieser beiden Voraussetzungen erfüllt ist⁷⁷. Ist weder die eine noch die andere Voraussetzung gegeben, so sind die Zuwendungen vom Erwerbseinkommen ausgenommen.
Für die Voraussetzungen, unter denen die Empfangenden als Nichterwerbstätige gelten, siehe die WSN.
- 2188 Der Zuwendung der Arbeitgebenden ist diejenige einer ihnen nahestehenden Institution gleichgestellt.
- 2189 Die Zuwendung hat ihren Grund auch dann in einem Arbeitsverhältnis, wenn zwar zu der Zeit, da sie gewährt wird, noch kein solches besteht, die Empfangenden aber rechtlich verpflichtet sind, nach der Ausbildung in die Dienste der Geldgebenden zu treten. Eine bloss moralische Verpflichtung der Empfangenden genügt indessen nicht für die Annahme, die Zuwendung habe ihren Grund in einem Arbeitsverhältnis⁷⁸.
- 2190 Die Zuwendung hat ihren Grund ebenfalls nicht im Arbeitsverhältnis, wenn die Arbeitnehmenden als Empfangende

⁷⁶	25.	Februar	1964	ZAK	1964	S.	294	EVGE	1964	S.	15
⁷⁷	25.	Februar	1964	ZAK	1964	S.	294	EVGE	1964	S.	15
⁷⁸	27.	August	1960	ZAK	1960	S.	436	EVGE	1960	S.	191

den Arbeitgebenden wie Dritte gegenüberstehen. Ein Gemeinwesen gewährt etwa einer seiner Angestellten ein Stipendium, weil die Voraussetzungen erfüllt sind, unter denen allen Staatsangehörigen ein solches gewährt wird.

- 2191 Haben sich die Geldgebenden die Verfügung über das Arbeitsergebnis vorbehalten (z.B. Publikations- oder Patentierungsrecht), so ist in der Zuwendung auch dann massgebender Lohn zu sehen, wenn die Empfangenden an der wirtschaftlichen Ausnützung des Arbeitsergebnisses beteiligt sind.
- 2192 Eine mit der Zuwendung verbundene Auflage der Geldgebenden, etwa über die Art, wie die Mittel zu verwenden sind, dass darüber Rechnung abzulegen oder über die Arbeit Bericht zu erstatten ist, gilt ebenso wenig als Verfügung über das Arbeitsergebnis wie die Abrede über eine allfällige spätere Rückerstattung der Zuwendung.

1.5 Verwendung von Zuwendungen für die Ausrichtung von Arbeitsentgelten

- 2193 Verwenden die Empfangenden Zuwendungen dazu, Dritte für die Arbeit zu entschädigen, die diese im Interesse des Zuwendungszweckes verrichten, so sind die entsprechenden Entgelte vom Erwerbseinkommen nicht ausgenommen. Sie gehören nach Massgabe der allgemeinen Abgrenzungsmerkmale entweder zum massgebenden Lohn (wenn sie etwa Assistentinnen, Laboranten oder andern Hilfskräften gewährt werden) oder zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit (wenn sie etwa für die Ausarbeitung eines Gutachtens einer Expertin ausgerichtet werden).

2. Geringfügige Löhne ([Art. 34d AHVV](#))

- 2194 Vom massgebenden Lohn, der je Arbeitgeberin bzw. je Arbeitgeber 2 300 Franken im Jahr nicht übersteigt, werden

die Beiträge nur auf Verlangen der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers erhoben (s. dazu die WBB).

3. Im Ausland erzielt es Erwerbseinkommen ([Art. 6^{ter} AHVV](#))

- 2195 Von der Beitragserhebung ist das Erwerbseinkommen ausgenommen, das Personen mit Wohnsitz in der Schweiz zufließt
- als Inhaberinnen bzw. Inhaber oder Teilhaberinnen bzw. Teilhaber von Betrieben oder von Betriebsstätten im Ausland,
 - als Organ einer juristischen Person im Ausland,
 - als Personen, welche eine Steuer nach dem Aufwand im Sinne von [Art. 14 DBG](#) entrichten.
- 2196 Vorbehalten bleiben die Abkommen mit der EU und der EFTA sowie die zwischenstaatlichen Abkommen über soziale Sicherheit.
- 2197 Näheres zum Ganzen in der WVP.

4. Militärsold und ähnliche Entschädigungen ([Art. 6 Abs. 2 Bst. a AHVV](#))

- 2198 Der Militärsold nach [Art. 31 ff. VAA](#) gehört nicht zum massgebenden Lohn.
- 2199 Dem Militärsold sind AHV-rechtlich gleichgestellt:
- der Sold an *zivilschutzdienstleistende Personen*⁷⁹ gemäss [Art. 3 FGSV](#).
- 2200 – das *zivildienstleistenden* Personen nach [Art. 29 Abs. 1 ZDG](#) ausgerichtete Taschengeld.

⁷⁹ 7. April 1975 ZAK 1975 S. 374 BGE 101 V 91

- 2201 – Der Sold *der Milizfeuerwehrlaute* bis zum Betrag von jährlich 5'000 Franken für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Kernaufgaben der Feuerwehr (Übungen, Pikettdienste, Kurse, Inspektionen und Ernstfalleinsätze zur Rettung, Brandbekämpfung, allgemeinen Schadenwehr, Elementarschadenbewältigung und dergleichen) ist entsprechend der steuerrechtlichen Regelung ([Art. 24 Bst. f^{bis} DBG](#)) beitragsfrei. Demgegenüber gehören Pauschalzulagen für Kader, Funktionszulagen sowie Entschädigungen für administrative Arbeiten und für Dienstleistungen, welche die Feuerwehr freiwillig erbringt, zum massgebenden Lohn.

5. Frondienste

- 2202 Nicht zum massgebenden Lohn gehören Entschädigungen für geleistete Frondienste, sofern sie dazu dienen, eine besondere Fronsteuer abzugelten, welche die Pflichtigen nach dem Gemeindeerlass statt zu bezahlen durch Frondienste „abverdienen“ können⁸⁰. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, so sind die Leistungen für Frondienste als massgebender Lohn zu behandeln, ohne Rücksicht darauf, ob sie ausbezahlt oder von der Gemeinde mit Forderungen gegenüber den Versicherten verrechnet werden.

6. Leistungen der Sozialhilfe

- 2203 Nicht zum massgebenden Lohn gehören Leistungen der Sozialhilfe und von Hilfsorganisationen (Pro Juventute, kirchliche Organisationen, Pro Infirmis usw.). Vgl. auch [Art. 10 Abs. 2 Bst. b AHVG](#) und die WSN.

⁸⁰ 21. September 1955 ZAK 1956 S. 36 EVGE 1955 S. 169

3. Teil: Unkosten ([Art. 9 AHVV](#))

1. Begriff

- 3001 Unkosten sind Auslagen, die den Arbeitnehmenden bei der Ausführung ihrer Arbeiten entstehen. Entschädigungen der Arbeitgebenden dafür gehören nicht zum massgebenden Lohn ([Art. 9 Abs. 1 AHVV](#)).
- 3002 Unkosten erwachsen zusätzlich zu den üblichen Lebenshaltungskosten, welche in gleicher oder ähnlicher Weise auch ohne Erwerbstätigkeit anfallen. Auslagen für die private Lebenshaltung der Arbeitnehmenden sind nicht beruflich veranlasst und haben deshalb keinen Unkostencharakter⁸¹.
- 3003 Zu den Unkosten gehören namentlich:
- Reisekosten (Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten), nicht aber Auslagen der Arbeitnehmenden für die Fahrt vom Wohnort zum gewöhnlichen Arbeitsort ([Art. 9 Abs. 2 AHVV](#), s. auch Rz 3006 f.);
 - Repräsentationskosten und Auslagen für die Kundinnen- bzw. Kundenbewirtung;
 - Auslagen für Arbeitsmaterial und für Berufskleider;
 - Kosten für die Benützung von Räumlichkeiten, soweit diese der Erwerbstätigkeit dienen;
 - Umzugsentschädigungen bei beruflich bedingtem Wohnungswechsel der Arbeitnehmenden⁸² (für Entschädigungen für Wohnsitzwechsel s. Rz 2002);
 - berufliche Aus- und Weiterbildungskosten (Kurs- und Examenskosten sowie Kosten für Lehrmaterial und Bücher usw.), die eng mit der beruflichen Tätigkeit der Arbeitnehmenden verbunden sind.

⁸¹ 10. Februar 1982 ZAK 1982 S. 368 –

9. Mai 2001 [AHI 2001 S. 218](#) –

⁸² 5. Mai 1988 ZAK 1989 S. 151 –

- 3004 Von den Arbeitgebenden abgegebene Uniformen und Dienstkleider sowie an deren Stelle gewährte Geldleistungen sind wie Unkosten zu behandeln.
- 3005 Dagegen gehört der Wert der von den Arbeitgebenden unentgeltlich abgegebenen Zivilkleider zum massgebenden Lohn⁸³.
- 3006 Keine Unkostenentschädigungen sind:
- regelmässige Entschädigungen für die Fahrt der Arbeitnehmenden vom Wohnort zum gewöhnlichen Arbeitsort;
 - regelmässige Entschädigungen für die übliche Verpflegung am Wohnort oder am gewöhnlichen Arbeitsort.
- 3007 Solche Weg- und Verpflegungsentschädigungen gehören zum massgebenden Lohn ([Art. 9 Abs. 2 AHVV](#)); es sei denn,
- die Entschädigung für den Arbeitsweg bestehe in der Abgabe eines Generalabonnements oder eines regionalen Verbundabonnements für den öffentlichen Verkehr bzw. einem Beitrag an ein solches, sofern jemand während einem Jahr an rund 40 Tagen Dienstreisen unternimmt. Halbtax-Abonnements gehören hingegen nicht zum massgebenden Lohn;
 - die Entschädigung für die übliche Verpflegung sei bloss geringfügig, werde nicht bar ausgerichtet und deren Wert lasse sich nur mit unverhältnismässigem administrativem Aufwand bestimmen. Übersteigt der Wert bzw. die Verbilligung von Lunch-Checks und anderen Restaurantgutscheinen Fr. 180.– pro Monat, so gilt der darüber liegende Betrag jedoch in jedem Fall als massgebender Lohn.
- 3008 Entschädigungen für angemessene Wohnkosten von Expatriates können bei nachgewiesener Beibehaltung einer ständig für den Eigengebrauch zur Verfügung stehenden

⁸³ 1. Januar 1967 ZAK 1968 S. 298 –

Wohnung im Ausland bzw. in der Schweiz während längstens einem Jahr als Unkosten anerkannt werden⁸⁴.

- 3008.1 Ausgaben für Wahlkämpfe und Abstimmungen sowie Parteibeiträge stellen keine abzugsfähigen Unkosten dar⁸⁵.

2. Ermittlung

- 3009 Unkostenentschädigungen sind bei der Festsetzung des massgebenden Lohnes auszuschneiden. Dabei sind folgende Regeln zu beachten:
- 3010 Unkosten sind grundsätzlich in ihrer tatsächlichen Höhe zu berücksichtigen⁸⁶. Die Arbeitgebenden und/oder die Arbeitnehmenden haben die Unkosten nachzuweisen⁸⁷.
- 3011 Die Anerkennung von Unkosten durch die Steuerbehörden ist für die Ausgleichskassen nicht verbindlich⁸⁸. Rechnen die Arbeitgebenden die Unkosten jedoch unter Einhaltung der steuerlichen Vorgaben nach Belegen oder in Form von Einzelfallpauschalen ab, so dass diese im Lohnausweis für die Steuererklärung betragsmässig nicht deklariert werden müssen (s. Ziffer 13.1.1 des Lohnausweises sowie Rz 52 der [Wegleitung zum Ausfüllen des Lohnausweises bzw. der Rentenbescheinigung](#), herausgegeben von der

⁸⁴	20.	Mai	2014	9C_176/2014				–
⁸⁵	16.	Oktober	2018	9C_641/2017				–
⁸⁶	14.	Juni	1955	ZAK	1955	S.	405	–
	27.	September	1978	ZAK	1979	S.	76	–
	6.	April	1982	ZAK	1982	S.	369	–
	26.	Oktober	1982	ZAK	1983	S.	321	–
⁸⁷	26.	Januar	1954	ZAK	1954	S.	150	–
	27.	September	1978	ZAK	1979	S.	76	–
	6.	April	1982	ZAK	1983	S.	369	–
	26.	Oktober	1982	ZAK	1983	S.	321	–
	19.	Oktober	1989	ZAK	1990	S.	37	–
⁸⁸	6.	Januar	1951	ZAK	1951	S.	169	–
	13.	Januar	1958	ZAK	1958	S.	366	–
	19.	Oktober	1989	ZAK	1990	S.	37	–
	2.	Dezember	1993	AHI	1994	S.	164	–

Schweizerischen Steuerkonferenz und der Eidgenössischen Steuerverwaltung), können diese auch von den Ausgleichskassen übernommen werden.

- 3012 Haben die Steuerbehörden ein Spesenreglement genehmigt, sollen die Ausgleichskassen diesen Entscheid übernehmen, sofern dies im Rahmen des AHV-Rechts zulässig ist oder die genehmigten Spesen nicht offensichtlich übersetzt sind.
- 3013 Ist es nicht möglich, die effektiven Unkosten zu belegen und liegt kein von der zuständigen Steuerbehörde genehmigtes Spesenreglement vor, ist der Pauschalbetrag, der im Lohnausweis für die Steuererklärung angegeben ist (s. Ziffer 13.2 des Lohnausweises sowie Rz 53 der Wegleitung zum Ausfüllen des Lohnausweises bzw. der Rentenbescheinigung, herausgegeben von der Schweizerischen Steuerkonferenz und der Eidgenössischen Steuerverwaltung: [Wegleitungen ESTV](#)), als Unkostenersatz zu berücksichtigen, sofern dieser nicht offensichtlich übersetzt ist. Mit solchen pauschalen Unkostenvergütungen können namentlich Auto-, Repräsentations-, Klein- oder andere Ausgaben abgegolten werden.
- 3014 Die Pauschalbeträge müssen den effektiven Unkosten zumindest gesamthaft gesehen entsprechen, d.h. sie müssen mit den im Einzelfall tatsächlich gegebenen Verhältnissen im Einklang stehen. Dabei ist aufgrund der Gegebenheiten in der konkreten Situation zu entscheiden⁸⁹. Die Pauschalen können beispielsweise anlässlich einer Arbeitgeberkontrolle festgelegt werden.
- 3015 Erscheinen die als Unkostenentschädigungen bezeichneten Auszahlungen der Arbeitgebenden als übersetzt, so hat die Ausgleichskasse zu prüfen, ob sie den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen. Andernfalls ist aufzurechnen.

⁸⁹ 2.	August	1978	ZAK	1978	S.	544	BGE	104	V	57
23.	Juni	1986	ZAK	1987	S.	359	–			
19.	Oktober	1989	ZAK	1990	S.	37	–			

- 3016 Existiert kein von den Steuerbehörden genehmigtes Spe-
senreglement und rechnen die Arbeitgebenden die Unkos-
ten gegenüber den Steuerbehörden weder nach Belegen
oder in Form von Einzelfallpauschalen (s. Rz 3011) noch
mit Pauschalbeträgen (s. Rz 3013) ab, steht aber fest,
dass Unkosten entstanden sind und ist deren strikter Nach-
weis nicht möglich, sind die Unkosten von der Ausgleichs-
kasse zu schätzen⁹⁰.

3. Besondere Vorschriften

- 3017 In Bezug auf Arbeitnehmende von Temporärfirmen sind
Globallösungen, die das gesamte Personal der Ausleih-
firma betreffen, unzulässig. Pauschale Unkostenvergütun-
gen sind nur statthaft für bestimmte Arbeitnehmende bzw.
Berufsgruppen, die ausserhalb des Einsatzbetriebes arbei-
ten (z.B. Bauarbeiter). Auch in diesen Fällen haben die Ar-
beitgebenden und Arbeitnehmenden die Existenz und den
Umfang der pauschal vergüteten Unkosten nachzuweisen.
Für temporäres Personal, das im Einsatzbetrieb arbeitet,
fallen grundsätzlich keine Unkosten an.
- 3018 Eine Besonderheit hinsichtlich der Anrechnung von Unkos-
ten gilt wie im Bundessteuerrecht für DJ's, Musikerinnen
1/21 und Musiker, Künstlerinnen und Künstler, Artistinnen und
Artisten, Sportlerinnen und Sportler sowie Referentinnen
und Referenten ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Auf-
enthalt in der Schweiz. Von ihrem Entgelt in der Schweiz
kann als Unkostenersatz eine Pauschale abgezogen wer-
den. Diese beträgt:
- 50 Prozent der Bruttoeinkünfte für Musikerinnen und
Musiker, Künstlerinnen und Künstler, Artistinnen und Ar-
tisten sowie DJ's (vgl. Rz 4036),

⁹⁰ 26. Januar 1954 ZAK 1954 S. 150 –
30. November 1954 ZAK 1955 S. 104 –
14. Juni 1955 ZAK 1955 S. 405 –
19. Oktober 1989 ZAK 1990 S. 37 –

- 20 Prozent der Bruttoeinkünfte für Sportlerinnen und Sportler sowie Referentinnen und Referenten.

3019 Bei Arbeitnehmenden von nicht beitragspflichtigen Arbeitgebenden, deren Arbeitgebende dem Quellenbezug nicht zugestimmt haben ([Art. 6 Abs. 1 AHVG](#)), können vom rohen Einkommen sämtliche Unkosten abgezogen werden. [Art. 9 AHVV](#) ist nicht anwendbar⁹¹.

4. Teil: Beispiele von Erwerbstätigen und die beitragsmässige Behandlung ihrer Entgelte

1. Kommanditärinnen und Kommanditäre ([Art. 7 Bst. d AHVV](#))

4001 Arbeitet die Kommanditärin oder der Kommanditär in der Kommanditgesellschaft mit, so wird vermutet, dass neben dem Gesellschafts- auch ein Anstellungsverhältnis besteht und das Arbeitsentgelt daher zum massgebenden Lohn gehört. Dies ist namentlich der Fall, wenn die Kommanditärin bzw. der Kommanditär in gleicher Weise wie eine Drittperson, beispielsweise als Buchhalter oder als Prokuristin, für die Gesellschaft tätig ist.

4002 Gewinnanteile der Kommanditärinnen oder der Kommanditäre gehören zum selbstständigen Erwerbseinkommen. Siehe dazu sowie zur Verzinsung des in der Gesellschaft investierten Kapitals die WSN.

2. Behördenmitglieder ([Art. 7 Bst. i AHVV](#))

4003 Behördenmitglieder im Sinne dieser Vorschrift sind die Mitglieder eidgenössischer, kantonaler oder kommunaler Parlamente, der Gerichte und Kommissionen mit richterlichen

⁹¹ 29. Juli 1958 ZAK 1959 S. 105 EVGE 1958 S. 184

Befugnissen sowie des Bundesrates, der kantonalen Regierungen und der Gemeindeexekutiven.

- 4004 Das Einkommen der Behördenmitglieder kann aus festen und variablen Entschädigungen (z.B. Gehalt, Taggeldern, Sitzungsgeldern, etc.) bestehen.
- 4005 Dieses Einkommen gehört zum massgebenden Lohn, soweit es sich nicht um den Ersatz von Unkosten handelt (s. dazu den 3. Teil).

3. Personen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen

- 4006 Einkommen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis beziehen Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte öffentlicher Verwaltungen, Anstalten und Korporationen sowie Personen, die kraft staatlicher Ernennung eine Funktion der öffentlichen Verwaltung ausüben⁹². Dieses Einkommen gehört auch dann zum massgebenden Lohn, wenn die Tätigkeit im Nebenberuf ausgeübt wird.
- 4007
1/21 Personen, die in Ausübung einer öffentlichen Aufgabe auf eigenes Risiko tätig sind und nicht in einem arbeitsorganisatorischen Abhängigkeitsverhältnis stehen, erzielen *selbstständiges Erwerbseinkommen*.
- 4008
1/21 Dies ist in der Regel der Fall bei
- Notarinnen und Notaren;
 - Kaminfegerinnen und Kaminfegern;
 - Friedhofgärtnerinnen und -gärtnern, Totengräberinnen und -gräbern;
 - Ölfeuerungskontrolleurinnen und -kontrolleuren;
 - Eichmeisterinnen und -meistern;
 - Hebammen und Entbindungspflegern;
 - Fachbeistandspersonen⁹³;

⁹² 6. Mai 1954 ZAK 1954 S. 305 –

8. April 1970 ZAK 1970 S. 469 –

⁹³ 7. April 2020 9C_669/2019 [BGE 146 V 139](#)

– usw.

- 4009 Für die Abgrenzung zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit gelten die allgemeinen Unterscheidungsgrundsätze (s. den 1. Teil).

4. Lehrkräfte ([Art. 7 Bst. I AHVV](#))

- 4010 Zum massgebenden Lohn gehören Bezüge von Personen, die an Schulen, Ausbildungsstätten oder Tagungszentren regelmässig unterrichten bzw. Kurse geben⁹⁴. Massgebende Kriterien sind dabei, dass die Lehrkräfte an den Investitionen der Veranstaltungen nicht beteiligt sind, das Inkassorisiko nicht tragen und die Kursteilnehmenden nicht selber suchen müssen⁹⁵.
Nicht zum massgebenden Lohn gehören in der Regel Vergütungen für Kurse, die nur gelegentlich gegeben werden.
- 4011 Privatdozentinnen und -dozenten beziehen in der Regel Kolleggelder für ihre Vorlesungen. Ähnlich besoldet werden oft die sogenannten Lektorinnen bzw. Lektoren. Diese Bezüge sind massgebender Lohn. Beitragspflichtig sind die Lehranstalten als Arbeitgebende dieser Lehrkräfte.

5. Römisch-katholische Weltgeistliche

- 4012 Zum massgebenden Lohn gehören das Gehalt, die Erträge aus Pfründen (Benefizien)⁹⁶, Zuschüsse der öffentlichen Hand⁹⁷, Vergütungen örtlicher Kultusgemeinschaften

⁹⁴	24.	September	1952	ZAK	1952	S.	437	–
	26.	August	1955	ZAK	1956	S.	38	–
	3.	Juni	1969	ZAK	1969	S.	733	–
	16.	Dezember	1994	AHI	1995	S.	135	–
	6.	April	2001	AHI	2001	S.	182	–
⁹⁵	16.	Dezember	1994	AHI	1995	S.	135	–
⁹⁶	22.	Dezember	1953	ZAK	1954	S.	303	EVGE 1954 S. 18
⁹⁷	30.	November	1967	ZAK	1968	S.	229	EVGE 1967 S. 231

sowie regelmässige Naturalleistungen. Siehe auch die WBB.

6. Erwerbstätige Mitglieder religiöser Gemeinschaften

- 4013
1/20 Zum massgebenden Lohn der Mitglieder religiöser Gemeinschaften gehören die Vergütungen, welche die Personen, in deren Diensten die Mitglieder stehen, dem Kloster, dem Mutterhaus (Stationsgeld) oder dem Mitglied selbst entrichten sowie die Naturalleistungen (Verpflegung und Unterkunft). Dazu gehört auch die Ausbildungsentschädigung an Lernvikare⁹⁸.
- 4014 Der für den Eintrag im individuellen Konto massgebende Lohn des einzelnen Mitgliedes wird ermittelt, indem der innerhalb eines Jahres erzielte gesamte massgebende Lohn nach Rz 4013 durch die Zahl der Mitglieder geteilt wird (Durchschnittslohn). Siehe im Übrigen die WSN und die WBB.

7. Handelsreisende und Angehörige ähnlicher Berufe

7.1 Begriff

- 4015 Als Handelsreisende (Vertreterinnen, Vertreter, Agentinnen, Agenten usw.) sind natürliche Personen zu betrachten, die gegen Entgelt im Namen und auf Rechnung eines andern ausserhalb von dessen Geschäftsräumen mit Dritten Verträge abschliessen oder den Abschluss vermitteln.

7.2 Stellung der Handelsreisenden

- 4016 Handelsreisende gelten in der Regel als Unselbstständigwerbende. Sie stehen im Allgemeinen zur vertretenen

⁹⁸ 16. September 2019 9C_494/2019

Firma in einem Unterordnungs- und Abhängigkeitsverhältnis und tragen kein Unternehmerrisiko⁹⁹.

- 4017 Das Arbeitsverhältnis der Handelsreisenden ist nach den Bestimmungen des AHVG zu beurteilen und nicht nach jenen des OR. Massgebend sind die tatsächlichen Verhältnisse. Die zivilrechtliche Natur sowie die Bezeichnung und Formulierung des Vertrages sind nicht ausschlaggebend. Ohne Belang sind auch vertragliche Abreden über die sozialversicherungsrechtliche Stellung der Handelsreisenden. Als Unselbstständigerwerbende gelten deshalb nicht nur Handelsreisende gemäss [Art. 347 ff. OR](#), sondern auch Reisevertreterinnen oder Reisevertreter mit andern Vertragsverhältnissen.
Ob die Handelsreisenden im Register der Versicherungsvermittler der FINMA eingetragen sind oder nicht, hat ebenfalls keinen Einfluss auf die Bestimmung des Beitragsstatus.
- 4018 Unselbstständige Erwerbstätigkeit ist auch dann anzunehmen, wenn die Handelsreisenden
- keinen festen Lohn, sondern nur Provisionen beziehen¹⁰⁰;
 - für ihre bzw. seine Unkosten selbst aufkommen¹⁰¹;
 - nicht an ein bestimmtes Reisegebiet gebunden sind;

⁹⁹	26.	August	1953	ZAK	1953	S.	414	EVGE	1953	S.	198
	30.	November	1954	ZAK	1955	S.	82	–			
	21.	Februar	1955	ZAK	1955	S.	160	–			
	3.	September	1970	ZAK	1971	S.	100	–			
	1.	Februar	1979	ZAK	1980	S.	118	–			
	15.	Oktober	1985	ZAK	1986	S.	120	–			
	24.	August	1987	ZAK	1988	S.	377	–			
¹⁰⁰	26.	August	1953	ZAK	1953	S.	414	EVGE	1953	S.	198
	14.	September	1971	ZAK	1972	S.	345	BGE	97	V	134
	15.	Oktober	1985	ZAK	1986	S.	120	–			
	24.	August	1987	ZAK	1988	S.	377	–			
¹⁰¹	30.	November	1954	ZAK	1955	S.	82	–			
	3.	September	1970	ZAK	1971	S.	100	–			
	14.	September	1971	ZAK	1972	S.	345	BGE	97	V	134
	1.	Februar	1979	ZAK	1980	S.	118	–			
	19.	November	1979	ZAK	1980	S.	325	–			
	15.	Oktober	1985	ZAK	1986	S.	120	–			

- über ihre bzw. seine Tätigkeit den Arbeitgebenden nicht Bericht erstatten müssen¹⁰²;
- nicht zur Einhaltung einer bestimmten Arbeitszeit verpflichtet sind¹⁰³;
- für mehrere Firmen tätig ist¹⁰⁴;
- die Reisetätigkeit nur als Nebenerwerb ausüben (Ausnahme: Rz 4021);
- für andere Erwerbstätigkeiten als Selbstständigerwerbende einer Ausgleichskasse angeschlossen sind (Ausnahme: Rz 4021);
- das Delkredererisiko tragen ([Art. 348a](#) und [Art. 418c OR](#)), also für die Zahlung oder anderweitige Erfüllung seitens der Kundinnen bzw. der Kunden einzustehen haben¹⁰⁵;
- als Einzelfirma im Handelsregister eingetragen sind¹⁰⁶;
- als Agentinnen oder Agenten bezeichnet werden oder Agentinnen bzw. Agenten im Sinne von [Art. 418a ff. OR](#) sind¹⁰⁷;
- Untervertreterinnen und/oder Untervertreter beschäftigen (Ausnahme: Rz 4019 f.);
- Verträge mit der Kundschaft zwar auf eigenen Namen abschliessen, Rechte und Pflichten aber den Lieferantinnen bzw. Lieferanten übertragen, also als indirekte Stellvertreterinnen oder als indirekte Stellvertreter handeln.

4019 *Handelsreisenden gelten nur ausnahmsweise als Selbstständigerwerbende*¹⁰⁸. Damit sie als Selbstständigerwerbende betrachtet werden können, müssen sie ein eigentli-

¹⁰²	30.	November	1954	ZAK	1955	S.	82	–			
¹⁰³	26.	August	1953	ZAK	1953	S.	414	EVGE	1953	S.	198
	14.	September	1971	ZAK	1972	S.	345	BGE	97	V	134
¹⁰⁴	26.	August	1953	ZAK	1953	S.	414	EVGE	1953	S.	198
	30.	November	1954	ZAK	1955	S.	82	–			
¹⁰⁵	14.	September	1971	ZAK	1972	S.	345	BGE	97	V	134
¹⁰⁶	30.	November	1954	ZAK	1955	S.	82	–			
	15.	Oktober	1985	ZAK	1986	S.	120	–			
¹⁰⁷	21.	Februar	1955	ZAK	1955	S.	160	–			
	14.	September	1971	ZAK	1972	S.	345	BGE	97	V	134
¹⁰⁸	17.	April	1967	ZAK	1967	S.	473	–			
	27.	November	1981	ZAK	1982	S.	215	–			

ches Unternehmerrisiko tragen, das heisst über eine eigene Verkaufsorganisation verfügen. Eine solche liegt vor, wenn folgende drei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind:

- 4020 Die Handelsreisenden
- benützen eigene oder gemietete Geschäftsräume (Büros, Lager-, Ausstellungs-, Vorführräume usw.; nicht als Geschäftsräume gelten Wohnräume und Räume, in denen Autos eingestellt werden);
 - beschäftigen Personal (Büropersonal, Untervertreterinnen oder Untervertreter usw.; nicht als Personal gelten die mitarbeitende Ehefrau bzw. der mitarbeitende Ehemann oder die mitarbeitende eingetragene Partnerin bzw. der mitarbeitende eingetragene Partner und weitere Familienmitglieder, die keinen Barlohn beziehen sowie Hausangestellte);
 - tragen die Geschäftskosten im Wesentlichen selbst¹⁰⁹.
- 4021 Gewerbetreibende gelten für ihre *nebenberufliche Vertretertätigkeit* nur dann als Selbstständigerwerbende, wenn diese Tätigkeit mit ihrem Gewerbebetrieb in sachlichem Zusammenhang steht und sie von ihren Kundinnen und Kunden regelmässig gebrauchte Waren auf eigene Rechnung an Zahlung nehmen.
Solche Verhältnisse liegen z.B. vor bei einer Garage, Schmiede oder mechanischen Werkstätte, deren Inhaberin oder Inhaber nebenbei als Vertreterin bzw. Vertreter tätig ist und in dieser Eigenschaft Autos oder landwirtschaftliche Maschinen verkauft und von den Kundinnen und Kunden gebrauchte Autos oder Maschinen auf eigene Rechnung an Zahlung nimmt.

8. Akkordantinnen und Akkordanten

- 4022 Im Allgemeinen sind Akkordantinnen und Akkordanten Unselbstständigerwerbende¹¹⁰.

¹⁰⁹ 13.	Mai	1993	AHI	1993	S. 217	BGE	119	V	161
¹¹⁰ 27.	Februar	1970	ZAK	1970	S. 394	–			

- 4023 Selbstständige Erwerbstätigkeit ist anzunehmen, wenn mindestens eines der nachstehenden Hauptmerkmale nachgewiesen ist¹¹¹:
- 4024 – *Bestehen einer Betriebsorganisation*
Eine solche liegt vor, wenn
- eine Arbeitsstätte mit branchenüblichen Arbeitseinrichtungen und Maschinen besteht; oder
 - bedeutende eigene oder gemietete Betriebsmittel wie Betonmaschinen, Baumaterialaufzüge, Traxe, Bagger, Kompressoren, Pressen, Seilanlagen und Knickschlepper für Holztransporte usw. eingesetzt werden; oder
 - das Material wie Betoneisen, Isolierstoffe, Röhren, Heizkörper, Inneneinrichtungen, Tapeten usw. von der Akkordantin oder vom Akkordanten auf eigene Rechnung beschafft wird; oder
 - in der Regel gleichzeitig verschiedene eigene Akkordgruppen auf verschiedenen Arbeitsplätzen im Einsatz sind.
- 4025 – *Regelmässige Direktübernahme von Drittaufträgen* (Werkzeugentümerinnen und Werkzeugentümer, Bauherrschaft, Architektinnen und Architekten usw.).
- 4026 Als Hinweise können gelten die Auftragsbewerbung durch Zeitungsinsertate; ein Werkvertrag; die Offert- und Rechnungsstellung; eine Garantieleistung; die vertragliche Übernahme von Risiko- und Zufallshaftung ([Art. 376 OR](#)).
- 4027 Im Zweifelsfalle, d.h. wenn kein Hauptmerkmal eindeutig vorliegt, können folgende *Hilfsmerkmale* mitbestimmend sein:
- der Eintrag im Handelsregister;
 - der Abschluss eines Unfallversicherungsvertrages;

5.	November	1971	ZAK	1972	S. 663	BGE	97	V	217
8.	April	1975	ZAK	1976	S. 31	–			
26.	August	1988	ZAK	1988	S. 24	–			
¹¹¹ 17.	Dezember	1955	ZAK	1956	S. 116	–			

- der Abschluss eines Versicherungsvertrages betreffend die Betriebshaftpflicht;
- die Mitgliedschaft bei einem Berufsverband von Gewerbetreibenden;
- die Verwendung von Geschäftspapieren mit aufgedrucktem Firmennamen, das Vorhandensein einer Firmentafel und dergleichen sowie der Eintrag als Betrieb im Adressbuch, Telefonbuch und dergleichen.

9. Heimarbeitende

- 4028 Das Einkommen der Heimarbeitenden ist in der Regel als massgebender Lohn zu betrachten¹¹².
- 4029 Gleiches gilt für das Einkommen von *Mittelspersonen*¹¹³. Als Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit ist es nur zu betrachten, wenn die Mittelsperson das Unternehmerrisiko trägt (s. Rz 1019). Indizien dafür sind der Betrieb eines eigenen Ateliers mit fest angestellten Arbeitnehmenden¹¹⁴. Siehe im Übrigen die WBB.
- 4030 Heimarbeitende können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls Kurzarbeitsentschädigungen der ALV erhalten. Berechnungsgrundlage für diese Entschädigung ist der von der Arbeitslosenkasse ermittelte durchschnittliche Monatsverdienst gemäss seco-Formular 716.312, Ziffer 11. Dieser Durchschnittsverdienst ist auch für die Berechnung der AHV/IV/EO/ALV-Beiträge für jene Monate massgebend, in denen ein Anspruch der Heimarbeitenden auf Kurzarbeitsentschädigung besteht.
- 4031 Die Ausgleichskassen haben die Heimarbeitenden mit Kurzarbeit, die ihnen von den kantonalen Arbeitsämtern

¹¹² 8.	Mai	1952	ZAK	1952	S.	265	–		
13.	November	1956	ZAK	1957	S.	153	–		
10.	Dezember	1958	ZAK	1959	S.	59	EVGE	1958	S. 237
6.	Februar	1979	ZAK	1979	S.	495	–		
¹¹³ 6.	Februar	1959	ZAK	1959	S.	206	EVGE	1959	S. 21
¹¹⁴ 20.	Dezember	1965	ZAK	1966	S.	196	–		

gemeldet werden, und die Arbeitgeberkontrolleurinnen bzw. -kontrolleure in diesem Sinne zu instruieren.

10. Mit Hauswartung und ähnlichen Aufgaben betraute Personen

- 4032 Unter Hauswartung fallen insbesondere Tätigkeiten in Mehrfamilienhäusern ausserhalb der Wohnungen und in gewerblich genutzten Liegenschaften, welche nicht unter den Begriff des Hausdiensts ([Art. 34d AHVV](#)) gefasst werden.
- 4033 Hauswartinnen und Hauswarte gelten im Allgemeinen als Arbeitnehmende der Hauseigentümerin oder des Hauseigentümers bzw. der Hausverwaltung¹¹⁵.

11. Musikerinnen, Musiker, Künstlerinnen, Künstler, Artistinnen, Artisten und DJs

- 4034 Die Entgelte an *Musikerinnen* und *Musiker*, die als Mitglieder einer Kapelle¹¹⁶ oder allein (z.B. Barpianist/-in)¹¹⁷, in Gaststätten, Hotels, Dancings, Cabarets tätig sind, gehören zum massgebenden Lohn, unbekümmert darum, ob sie diese Tätigkeit im Hauptberuf (Berufsmusiker/-in) oder im Nebenberuf (Amateurmusiker/-in) ausüben.
- 4035 Die Entgelte, die Konzertveranstaltende (Orchestergesellschaften, Musikgesellschaften) zugezogenen Hilfskräften (Orchesterzuzügerinnen bzw. -zuzüger) für eine Reihe von Proben und für die Aufführungen gewähren, gehören zum massgebenden Lohn. Arbeitgebende sind die Konzertveranstaltenden¹¹⁸.
- 4036 Vom Entgelt, welches Musikerinnen und Musiker ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz
1/21

¹¹⁵ 20.	Mai	1970	ZAK	1970	S.	470	–
¹¹⁶ 19.	Mai	1951	ZAK	1951	S.	322	–
¹¹⁷ 26.	November	1956	ZAK	1957	S.	359	–
¹¹⁸ 26.	April	1949	ZAK	1949	S.	258	–

erhalten, kann wie im Bundessteuerrecht als Unkostenersatz eine Pauschale von 50 Prozent abgezogen werden. Im Allgemeinen gilt als Person mit Aufenthalt in der Schweiz diejenige Person, welche während mindestens 30 Tagen in der Schweiz verweilt und eine Erwerbstätigkeit ausübt. Die Ausgleichskassen bestimmen, zu welcher Personenkategorie eine Musikerin oder ein Musiker gehört.

- 4037 *Auf Künstlerinnen und Künstler sowie Artistinnen und Artisten* sind die für Musikerinnen und Musiker geltenden Regeln sinngemäss anwendbar¹¹⁹ (hinsichtlich der Versicherungspflicht s. die WVP; bezüglich der Beitragszahlung s. die WBB).
- 4038 Die Entgelte an Musikerinnen, Musiker, Künstlerinnen, Künstler, Artistinnen und Artisten wie beispielsweise Dirigentinnen, Orchestermusiker, Instrumentalsolistinnen, Sängerinnen, Tänzer, Schauspielerinnen, Conférenciers, die einzeln oder in Ensembles an besonderen Anlässen (Konzerte, Liederabende, Festwochen, Vereinsanlässe, Hochzeitsgesellschaften) mitwirken¹²⁰, gehören zum *Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit*, auch wenn der Anlass nicht von ihnen selbst veranstaltet wird.
- 4039 Für die Beurteilung, ob eine selbstständige oder eine unselbstständige Tätigkeit vorliegt, ist hauptsächlich auf die Häufigkeit der Auftritte bei bestimmten Veranstaltenden, auf die Dauer des Engagements und auf die Bedeutung der Persönlichkeit für die jeweilige Veranstaltung abzustellen. Entscheidend ist, ob eine enge Verbindung zu den Veranstaltenden besteht.
Verfügt das Orchester oder die Künstlertruppe über eine eigene Organisation (z.B. ein Verein, der ein Orchester managt), gelten die Mitglieder als unselbstständigerwerbend.

¹¹⁹ 26.	April	1949	ZAK	1949	S.	255	EVGE	1949	S.	40
13.	November	1951	–				EVGE	1951	S.	224
¹²⁰ 25.	Januar	1956	ZAK	1956	S.	111	–			

- 4040 Nicht massgebend ist hingegen, ob es sich bei den Veranstaltungen um Privatanlässe (z.B. Vereinsanlass, Familienfeier) oder um (ev. kommerzielle) Anlässe professioneller Veranstalter handelt.
- 4041 Diese Regeln gelten sinngemäss auch für *DJs*. *DJs*, die – beispielsweise als „Resident-DJs“ – regelmässig bei einer Veranstalterin bzw. einem Veranstalter auftreten, sind grundsätzlich als unselbstständigerwerbend zu qualifizieren. Diejenigen, die aufgrund ihres Bekanntheitsgrades als „Gast-DJs“ für Einzelanlässe gebucht werden, gelten hingegen als selbstständigerwerbend.

12. Zeitungs- und Losverkäuferinnen bzw. -verkäufer, sowie Verträgerinnen und Verträger von Zeitschriften

- 4042 Das Einkommen von *Zeitungs- und Losverkäuferinnen* bzw. *-verkäufern* sowie von *Zeitschriftenverträgerinnen und -verträgern* gehört in der Regel zum massgebenden Lohn¹²¹.

13. Übersetzerinnen und Übersetzer sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher

- 4043 Das Einkommen von Übersetzerinnen und Übersetzern sowie Dolmetscherinnen und Dolmetschern, welche in den Betrieb der Arbeit- oder Auftraggebenden arbeitsorganisatorisch integriert sind, bei welchen diese somit massgeblich das Arbeitspensum, die Arbeitsgestaltung, den Arbeitsort und die Arbeitszeit vorschreiben, gilt als massgebender Lohn.
- 4044 Selbstständige Erwerbstätigkeit liegt dagegen vor, wenn die Übersetzerin oder der Übersetzer, ohne massgeblich an arbeitsorganisatorische Weisungen gebunden zu sein,

¹²¹ 14. Februar 1950 ZAK 1950 S. 158 EVGE 1950 S. 37

bei sich zu Hause oder in besonders gemieteten Räumlichkeiten Übersetzungen ausführt¹²².

- 4045 Bei *Dolmetscherinnen* oder *Dolmetschern* liegt selbstständige Erwerbstätigkeit vor, wenn sie von Fall zu Fall für Dolmetschertätigkeiten hinzugezogen werden (anlässlich von Konferenzen, Seminaren, Kongressen usw.) und daneben nicht arbeitsorganisatorisch in den Betrieb der Auftraggebenden integriert sind.

14. Für die Medien tätige Personen

- 4046 Die Entgelte der Journalistinnen und Journalisten sowie der Pressefotografinnen und der Pressefotografen gehören zum massgebenden Lohn¹²³. Feste und veränderliche Vergütungen für die Mitarbeitenden von Radio und Fernsehen gehören zum massgebenden Lohn. Vorbehalten bleibt Rz 4047.
- 4047 Die Entgelte für unaufgefordert eingesandte und nur gelegentlich publizierte Artikel und Fotografien nicht regelmässiger Mitarbeitender bilden Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit¹²⁴.
- 4048 Die sogenannten Autorenhonorare, das heisst Entschädigungen für die Schaffung oder den Vortrag eigener Werke, sind Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.
- 4049 Entgelte an Influencer oder für die Publikation von Beiträgen (publizistischer oder kommerzieller Art) auf einem Blog, auf einer eigenen Webseite oder unter eigenem Namen auf anderen Internet-Plattformen (YouTube, Instagram usw.), stellen in der Regel Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit dar.

¹²² 2.	Mai	1986	ZAK	1986	S. 513	–			
13.	Juli	2001	AHI	2001	S. 256	–			
¹²³ 13.	Mai	1993	AHI	1993	S. 217	BGE	119	V	161
¹²⁴ 11.	Mai	1951	ZAK	1951	S. 324	–			
4.	Oktober	1955	ZAK	1955	S. 492	–			

15. Fotomodelle und Mannequins

- 4050 Fotomodelle und Mannequins, die fallweise zu Veranstaltungen zugezogen werden (Modeschauen, Ausstellungen, Präsentationen von Sportgeräten usw.), ohne in einem eindeutigen arbeitsorganisatorischen Abhängigkeitsverhältnis zu den Veranstaltenden oder zu einer vermittelnden Agentur zu stehen, sind selbstständigerwerbend.

16. Ärztinnen, Ärzte und weitere Gesundheitsberufe,

- 4051 Die nachstehenden Bestimmungen gelten sinngemäss für Zahn- und Tiermedizin, sowie für weitere Gesundheitsberufe (z.B. Alternativmedizin, Entbindungspflege, Physio- und Psychotherapie, usw.).
- 4052 *Grundsätzlich* gelten die allgemeinen Regeln über die Abgrenzung zwischen selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit (s. den 1. Teil)¹²⁵, wobei vertragliche Vereinbarungen wichtige Hinweise geben können.

Unselbstständige Tätigkeit

- 4053 Zum *massgebenden Lohn* gehört das Einkommen, das eine Ärztin oder ein Arzt in abhängiger Stellung erzielt. Ohne Bedeutung ist, ob die Tätigkeit haupt- oder nebenberuflich (neben einer freien Praxis) ausgeübt wird; desgleichen die Art der Entlohnung (Fixum oder Tarif).

Dazu gehören namentlich:

- 4054 – Entgelte für eine aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses ausgeübte Funktion (s. Rz 4006 ff.) wie z.B. Schul-, Waffenplatz- oder Kantonsärztin bzw.

¹²⁵ 2.	Juni	1967	ZAK	1967	S.	546	EVGE	1967	S.	80
21.	Oktober	1975	ZAK	1976	S.	221	BGE	101	V	252
11.	Juli	1978	ZAK	1979	S.	143	–			
11.	Juli	1978	ZAK	1979	S.	145	–			
3.	Februar	1988	ZAK	1988	S.	291	–			
17.	Mai	2018	9C_308/2017				BGE	144	V	111

-arzt, Schulzahnärztin bzw. -arzt, (s. Rz 4057 f.),
Bezirks-, Grenz- oder Kontrolltierärztin bzw. -arzt.

- 4055 – Entgelte für eine Tätigkeit in Anstalten, Werkstätten und Heimen, sofern die Ärztin bzw. der Arzt verpflichtet ist, regelmässig oder nach Bedarf vertraglich bestimmte Dienste zur Verfügung zu stellen (für Spitalärzte s. Rz 4062 ff.).
- 4056 – Entgelte für eine Tätigkeit als Kur- oder Badeärztin bzw. -arzt einer Gemeinde, als Firmen- oder Fabrikärztin bzw. -arzt, als Vertrauensärztin bzw. -arzt einer Verwaltung oder Krankenkasse¹²⁶.
- 4057 *Nebenberufliche Schulzahnärztinnen bzw. -ärzte*: Zum massgebenden Lohn gehören die Entgelte, welche die Schulzahnärztinnen bzw. -ärzte für die in amtlicher Tätigkeit vorgenommenen *Reihenuntersuchungen* erzielen¹²⁷.
- 4058 Die Entgelte für eine daran anschliessende Behandlung gehören dann zum massgebenden Lohn, wenn für die Schulzahnärztinnen bzw. ärzte eine Pflicht zur weiteren Behandlung besteht. Besteht keine solche Pflicht, ist grundsätzlich von Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit auszugehen. Im Einzelfall sprechen aber für massgebenden Lohn:
- die direkte Bezahlung durch die Gemeinde, welche auch das Inkasso besorgt;
 - die Oberaufsicht durch die Schulbehörde in reglementarischer und disziplinarischer Hinsicht;
 - ein spezieller Tarif für die ärztliche Schulzahnpflege;
 - das Fehlen eines Risikos für den Eingang der Behandlungskosten, weil das Gemeinwesen dafür haftet¹²⁸.

¹²⁶ 30.	Oktober	1958	–			EVGE	1958	S.	234
¹²⁷ 3.	März	1987	ZAK	1987	S.	357	–		
¹²⁸ 3.	März	1987	ZAK	1987	S.	357	–		

Selbstständige Tätigkeit

- 4059 Zum *Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit* gehört das Einkommen der Ärztin bzw. des Arztes aus der eigenen freien Praxis.
- 4060 Dazu gehören auch die Entgelte, die Ärztinnen bzw. Ärzten von einer Behörde oder von Privaten für die Untersuchung oder die Behandlung von ihnen zugewiesenen Personen ausgerichtet werden, sofern nicht die unter Rz 4053 ff. umschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind.
- 4061 *Beispiel:* Eine Firma lässt ihr Personal von einer Ärztin bzw. einem Arzt gegen Grippe impfen.

Spitalärztinnen und -ärzte

- 4062 Als *Spitalärztinnen bzw. -ärzte* gelten Ärztinnen und Ärzte, die aufgrund eines privat- oder öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisses verpflichtet sind, haupt- oder nebenberuflich an einem Spital (Klinik, Krankenhaus, Heilanstalt, Sanatorium) tätig zu sein¹²⁹. Nicht dazu gehören Ärztinnen und Ärzte, die bloss von Fall zu Fall beigezogen werden.
- 4063 Entgelte, die Ärztinnen oder Ärzte in ihrer Stellung als Spitalärztin bzw. -arzt vom Spital beziehen, stellen in der Regel *massgebenden* Lohn dar¹³⁰.
- 4064 Dazu gehören namentlich:
- das Grundgehalt;
 - Vergütungen für die stationäre oder ambulante Behandlung von Allgemeinpatienten;
 - Vergütungen für die Behandlung von stationären Privat- und Halbprivatpatienten, sofern sie unter vergleichbaren

¹²⁹	25.	Juni	1951	ZAK	1951	S.	361	–			
	21.	Oktober	1975	ZAK	1976	S.	221	BGE	101	V	252
	11.	Juli	1978	ZAK	1979	S.	143	–			
	18.	November	1982	ZAK	1983	S.	195	–			
¹³⁰	21.	Oktober	1975	ZAK	1976	S.	221	BGE	101	V	252
	17.	September	1996	AHI	1997	S.	104	BGE	122	V	281
	10.	Februar	1998	AHI	1998	S.	228	BGE	124	V	97

Bedingungen erzielt werden wie in der allgemeinen Abteilung¹³¹;

- Vergütungen für die Leitung einer Abteilung;
- Zuschläge bei bestimmten Patientenkategorien;
- Anteile an Röntgen-, Operations- und Labortaxen sowie Anteile an Vergütungen für andere Spitalleistungen¹³²;
- Vergütungen des Spitals an Spezialärztinnen bzw. -ärzte, die diesem gegenüber öffentlich- oder privatrechtlich verpflichtet sind, regelmässig oder nach Bedarf tätig zu sein.

4065 Im *Einzelfall* sprechen für massgebenden Lohn¹³³:

- die ärztliche Behandlungspflicht;
- das Bestehen eines Rechtsverhältnisses nur zwischen Spital und Patientin bzw. Patient ohne Begründung eines privatrechtlichen Verhältnisses zwischen Ärztin bzw. Arzt und Patientin oder Patient;
- die gleiche Aufsicht und Weisungsgebundenheit hinsichtlich Privat- und Halbprivatabteilung wie für die Tätigkeit in der Allgemeinabteilung;
- die Verpflichtung zur Benützung der spitaleigenen Einrichtungen und zum Beizug des spitaleigenen Personals;
- keine oder keine alleinige Entscheidungsbefugnis der Ärztin bzw. des Arztes über Investitionen oder Anstellung von Personal;
- die Rechnungsstellung durch das Spital und in dessen Namen;
- das Haftungsrisiko beim Spital.

4066 Die einzelnen Elemente haben Hinweiswert und sind in ihrer Gesamtheit zu würdigen.

¹³¹	18.	November	1982	ZAK	1983	S.	195	–			
	17.	September	1996	AHI	1997	S.	104	BGE	122	V	281
	10.	Februar	1998	AHI	1998	S.	228	BGE	124	V	97
¹³²	21.	Oktober	1975	ZAK	1976	S.	221	BGE	101	V	252
	11.	Juli	1978	ZAK	1979	S.	143	–			
¹³³	18.	November	1982	ZAK	1983	S.	195	–			
	3.	Februar	1988	ZAK	1988	S.	291	–			
	17.	September	1996	AHI	1997	S.	104	BGE	122	V	281
	10.	Februar	1998	AHI	1998	S.	228	BGE	124	V	97

- 4067 Zum *Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit* gehören die Honoraransprüche, der Spitalärztinnen und -ärzte, die ihnen unmittelbar gegenüber den Patientinnen und Patienten zustehen und für die sie das wirtschaftliche Risiko tragen¹³⁴. Die Tatsache allein, dass sie für jede Vorkehr entlohnt werden, erlaubt nicht, eine selbstständige Erwerbstätigkeit anzunehmen¹³⁵.
- 4068 Zu diesem Einkommen gehören namentlich
- Honorare aus privater Sprechstundentätigkeit;
 - Honorare aus ambulanter Behandlung von Privatpatientinnen bzw. -patienten, wenn die Spitalärztinnen bzw. -ärzte diesen direkt und in ihrem eigenen Namen Rechnung stellen. Ohne Bedeutung ist, ob das Inkasso durch das Spital besorgt wird;
 - Honorare für Gutachten, die der Ärztin bzw. dem Arzt selbst zukommen.
- 4069 Das Gesamthonorar für eine einheitliche medizinische Tätigkeit kann nicht in selbstständigen und unselbstständigen Erwerb aufgeteilt werden¹³⁶.
- 4070 Betrauen die Chefärztinnen und -ärzte Ober- oder Assistenzärztinnen und -ärzte mit einer Behandlung, für welche ihnen das Honorar zusteht (s. Rz 4067) und gewähren sie jenen dafür ein Entgelt, so gehört dieses zum massgebenden Lohn.
- 4071 Das Entgelt kann direkt von der Chefärztin bzw. vom Chefarzt oder durch einen sogenannten Pool ausgerichtet werden.

¹³⁴	21.	Oktober	1975	ZAK	1976	S. 221	BGE	101	V	252
	11.	Juli	1978	ZAK	1979	S. 143	–			
	10.	Februar	1998	AHI	1998	S. 228	BGE	124	V	97
¹³⁵	11.	Juli	1978	ZAK	1979	S. 143	–			
	11.	Juli	1978	ZAK	1979	S. 145	–			
¹³⁶	21.	Dezember	1956	ZAK	1957	S. 398	EVGE	1957	S.	16
	2.	Juni	1967	ZAK	1967	S. 546	EVGE	1967	S.	80

- 4072 Als Arbeitgebende gelten die Chefärztinnen bzw. -ärzte; sie haben der Ausgleichskasse, der sie als Selbstständigerwerbende angehören, die Beiträge davon zu entrichten und darüber abzurechnen. Ohne Bedeutung ist, ob die Ärztinnen bzw. die Ärzte dies selbst besorgen oder an deren Stelle eine Drittperson, etwa das Spital.
- 4073 Hinsichtlich der Anrechnung von Unkosten siehe den 3. Teil.

17. Gutachterinnen und Gutachter

- 4074 Die Entgelte (Honorare) von Gutachterinnen und Gutachtern gehören zum
- massgebenden Lohn, wenn sie die Gutachten im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses zu erstatten verpflichtet sind.
 - Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, wenn sie die Gutachten unabhängig von einem Arbeitsverhältnis erstatten.

18. Unternehmensberaterinnen und -berater

- 4075 Die Beratungstätigkeit erfordert von ihrer Art her meist Unabhängigkeit vom beratenen Betrieb. Unternehmensberaterinnen bzw. -berater gelten daher soweit als Selbstständigerwerbende, als nicht ein eindeutiges arbeitsorganisatorisches Abhängigkeitsverhältnis erkennbar ist¹³⁷.

19. EDV-Spezialistinnen bzw. -Spezialisten

- 4076 EDV-Spezialistinnen bzw. -Spezialisten üben eine un-selbstständige Erwerbstätigkeit aus, wenn sie arbeitsorganisatorisch weisungsgebunden sind, die Einrichtungen der

¹³⁷ 18.	August	1970	ZAK	1971	S.	163	–
25.	Juni	1982	ZAK	1983	S.	199	–

Auftraggebenden benutzen und persönlich zur Arbeitsleistung verpflichtet sind¹³⁸.

Selbstständige Erwerbstätigkeit liegt dagegen vor, wenn die EDV-Spezialistin oder der EDV-Spezialist ein Unternehmerrisiko trägt und arbeitsorganisatorisch unabhängig ist¹³⁹.

20. Erfinderinnen und Erfinder, Patentinhaberinnen und -inhaber

- 4077 Einkommen, das aus der wirtschaftlichen Nutzung einer Erfindung der Erfinderin oder dem Erfinder zufließt (z.B. Lizenzgebühren), kann Kapitalertrag oder Erwerbseinkommen sein (s. die WSN)¹⁴⁰.
- 4078 Zum Erwerbseinkommen ist es grundsätzlich dann zu rechnen, wenn die Erfinderin bzw. der Erfinder allein oder zusammen mit andern an der Auswertung der Erfindung arbeitet¹⁴¹.
- 4079 Als massgebender Lohn ist das Einkommen der Erfinderin oder des Erfinders zu betrachten, wenn
– die Erfindertätigkeit zu ihren oder seinen dienstlichen Obliegenheiten gehört ([Art. 332 Abs. 1 OR](#));

¹³⁸ 6.	Oktober	1981	ZAK	1982	S.	185	–		
11.	Juli	1986	ZAK	1986	S.	623	–		
21.	Oktober	1988	ZAK	1989	S.	99	–		
30.	Dezember	1992	AHI	1993	S.	14	–		
30.	August	1995	AHI	1996	S.	122	–		
¹³⁹ 3.	November	1982	ZAK	1983	S.	198	–		
14.	August	2000	AHI	2001	S.	58	–		
¹⁴⁰ 20.	Mai	1959	ZAK	1959	S.	330	–		
1.	Oktober	1962	ZAK	1963	S.	18	–		
24.	August	1966	ZAK	1967	S.	45	EVGE	1966	S. 155
29.	März	1971	ZAK	1971	S.	499	BGE	97	V 28
9.	Oktober	1981	ZAK	1982	S.	183	–		
11.	Juli	1985	ZAK	1985	S.	613	–		
4.	August	1993	AHI	1994	S.	134	–		
¹⁴¹ 20.	Mai	1959	ZAK	1959	S.	330	–		
1.	Oktober	1962	ZAK	1963	S.	18	–		
24.	August	1966	ZAK	1967	S.	45	EVGE	1966	S. 155
20.	Oktober	1966	ZAK	1967	S.	331	EVGE	1966	S. 202
9.	Oktober	1981	ZAK	1982	S.	183	–		
4.	August	1993	AHI	1994	S.	134	–		

- die Erfinderin bzw. der Erfinder die Auswertung seiner Erfindung andern überlässt oder diese die Auswertung beanspruchen können (s. [Art. 332 Abs. 1 OR](#)), aber, ohne selbst das wirtschaftliche Risiko zu tragen, in untergeordneter Stellung an der Auswertung mitarbeitet¹⁴². Dies ist der Fall, wenn sie bzw. er die technische Ausführung der Erfindung überwacht oder die Erfindung zu verbessern trachtet, wobei die Leistungen der die Erfindung Auswertenden neben oder an die Stelle des ordentlichen Lohnes der Erfinderin oder des Erfinders treten¹⁴³.

4080 Wird das Erfindungspatent von der Vermögenssteuer erfasst, so ist vom massgebenden Lohn der Erfinderin oder des Erfinders ein auf dem Steuerwert der Erfindung zu berechnender Zins gemäss [Art. 18 Abs. 2 AHVV](#) als Kapitalertrag abzuziehen¹⁴⁴.

4081 Die für die Wertung des Einkommens der Erfinderinnen und Erfinder aufgestellten Regeln sind auch anwendbar auf das Einkommen, das die Inhaberin bzw. der Inhaber von Verlagsrechten dadurch erzielt, dass sie bzw. er diese andern zur Nutzung überlässt¹⁴⁵.

21. Coiffeurgewerbe

4082 Als Arbeitnehmende gelten im Coiffeurgewerbe Fest- und Teilzeitangestellte sowie sogenannte „Untermieter(innen)“ von Frisierstühlen¹⁴⁶.

¹⁴² 9.	Mai	1955	ZAK	1955	S.	350	–		
¹⁴³ 17.	Juni	1957	ZAK	1958	S.	28	–		
20.	Mai	1959	ZAK	1959	S.	330	–		
1.	Oktober	1962	ZAK	1963	S.	18	–		
24.	August	1966	ZAK	1967	S.	45	EVGE	1966	S. 155
20.	Oktober	1966	ZAK	1967	S.	331	EVGE	1966	S. 202
¹⁴⁴ 17.	Juni	1957	ZAK	1958	S.	28	–		
20.	Mai	1959	ZAK	1959	S.	330	–		
1.	Oktober	1962	ZAK	1963	S.	18	–		
24.	August	1966	ZAK	1967	S.	45	EVGE	1966	S. 155
20.	Oktober	1966	ZAK	1967	S.	331	EVGE	1966	S. 202
¹⁴⁵ 14.	November	1958	ZAK	1959	S.	33	–		
¹⁴⁶ 1.	Juni	1978	ZAK	1978	S.	507	–		

- 4083 Zum massgebenden Lohn gehört der Barlohn einschliesslich einer allfälligen Umsatzbeteiligung (diese kann Provisionen aus Warenverkauf enthalten), alle übrigen Geldleistungen sowie der Naturallohn.
- 4084 Bei Umsatzbeteiligungen während der Ferien gilt das Mittel aus den Umsatzbeteiligungen der letzten drei ganzen Monate vor Beginn der Ferien als massgebender Lohn.
- 4085 Diese Bestimmungen gelten sinngemäss für ähnliche Dienstleistungen wie z.B. im Bereich der Kosmetik, Fuss- oder Nagelpflege, etc.

22. Transportgewerbe

- 4086 *Taxichauffeusen und -chauffeure* gelten im Allgemeinen als Unselbstständigerwerbende. Dies auch dann, wenn sie ein eigenes Fahrzeug benützen, aber einer Taxizentrale angeschlossen sind¹⁴⁷.
- 4087 Unter „*Vertragsfahrerinnen bzw. Vertragsfahrern*“ sind Personen zu verstehen, welche Auftraggebenden (Transportzentralen, Zeitungsverlage, Grossverteiler, Kurierdienst usw.) vertraglich Transportraum zur Verfügung stellen und Fahrten durchführen.
- 4088 Sie gelten als selbstständigerwerbend, soweit sie ein Unternehmerrisiko tragen und arbeitsorganisatorisch nicht in besonderem Masse von den Auftraggebenden abhängig sind¹⁴⁸.
- 4089 Die mit dem Erwerb eines Lastfahrzeuges verbundenen Risiken gelten als Unternehmerrisiko in genanntem Sinne. Dies umso mehr, als das Lastfahrzeug im Gegensatz zu

¹⁴⁷ 9.	Juli	1970	ZAK	1971	S. 30	–
9.	November	2017	8C_571/2017			–
¹⁴⁸ 22.	Juni	1983	ZAK	1983	S. 443	–
15.	Januar	1992	ZAK	1992	S. 163	–

Personen- oder Stationsfahrzeugen praktisch nur beruflichen Zwecken dienen kann.

- 4090 Ein besonderes arbeitsorganisatorisches Abhängigkeitsverhältnis ist nicht schon darin zu sehen, dass die Vertragsfahrerin bzw. der Vertragsfahrer Arbeitsrapporte erstellen oder bestimmte Zeiten und Fahrrouten einhalten muss

23. Mitarbeitende Familienmitglieder

- 4091 Als mitarbeitende Familienmitglieder des Betriebes gelten folgende Angehörige der Betriebsinhabenden:
- Ehegatten und Ehegattinnen;
 - eingetragene Partner und Partnerinnen;
 - Verwandte in auf- und absteigender Linie und Geschwister sowie deren Ehegatten¹⁴⁹;
 - Pflegekinder.
- 4092 Unter mitarbeitenden Familienmitgliedern in der Landwirtschaft sind Personen zu verstehen, welche im Sinne von [Art. 1a Abs. 2 Bst. a und b FLG](#) selbstständigen Landwirtinnen bzw. Landwirten gleichgestellt sind. Zur Beitragspflicht in der ALV siehe KALV.
- 4093 Als Betriebsinhaberin oder Betriebsinhaber gilt, wer gemäss [Art. 20 Abs. 1 AHVV](#) für das Einkommen aus dem Betrieb beitragspflichtig ist (Eigentümerin, Eigentümer, Pächterin, Pächter, Nutzniesserin oder Nutzniesser); siehe dazu die WSN.
- 4094 Das Einkommen der mitarbeitenden Familienmitglieder gehört zum massgebenden Lohn. Die Beiträge sind grundsätzlich vom Bar- und vom Naturallohn zu entrichten ([Art. 14 Abs. 1 AHVV](#)).
- In folgenden Fällen wird jedoch nur der Barlohn als massgebender Lohn berücksichtigt und es darf kein Globallohn (s. Rz 4099 ff.) aufgerechnet werden:

¹⁴⁹ 21. Februar 1950 ZAK 1950 S. 204 –

- bei mitarbeitenden Familienmitgliedern bis zum 31. Dezember des Jahres, in welchem sie das 20. Altersjahr vollendet haben ([Art. 5 Abs. 3 Bst. a AHVG](#));
- bei mitarbeitenden Familienmitgliedern nach dem letzten Tag des Monats, in welchem sie das Rentenalter erreicht haben (64 für Frauen, 65 für Männer; [Art. 5 Abs. 3 Bst. b AHVG](#));
- bei Ehegatten oder eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Betriebsinhabenden unabhängig ihres jeweiligen Alters (Ausfluss aus [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) sowie von [Art. 165 Abs. 1 ZGB](#))¹⁵⁰.

- 4095 Für die Bewertung des Bar- und des Naturallohnes gilt Folgendes:
- 4096 Der Naturallohn mitarbeitender Familienmitglieder nach Art. [1a Abs. 2 Bst. a und b FLG](#) (zum Begriff vgl. Rz 4092) wird nach den gleichen Grundsätzen bewertet wie für die übrigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmenden.
- 4097 Massgebend ist der gewährte Barlohn; Verpflegung und Unterkunft werden gemäss [Art. 11 AHVV](#) bewertet (s. Rz 2073 ff.), anders geartetes Naturaleinkommen gemäss [Art. 13 AHVV](#) (s. Rz 2078 ff.).
- 4098 Die Beiträge für die im landwirtschaftlichen Betrieb arbeitenden Familienmitglieder dürfen nicht von einem niedrigeren Lohn entrichtet werden als dem Globallohn; es handelt sich dabei um einen Bruttobetrag. Vorbehalten bleibt der Fall nur beschränkt arbeitsfähiger Personen (s. die WSN).
- 4099 Die monatlichen Globallöhne in der Landwirtschaft für ein 100-Prozent-Arbeitspensum betragen:
- 2 070 Franken für alleinstehende (ledige, verwitwete, geschiedene) mitarbeitende Familienmitglieder in der Landwirtschaft;

¹⁵⁰
16. Oktober 1992 ZAK 1987 S. 317 –
AHI 1993 S. 12 –

- 3 060 Franken für verheiratete mitarbeitende Familienmitglieder (ausgenommen sind Personen gemäss Rz 4094, letzter Strich);
- 2 070 Franken je für jeden Ehegatten und eingetragenen Partner, wenn beide voll mitarbeiten ([Art. 7 AHVG](#), [Art. 4 Abs. 3 AHVV](#)).

Bei Teilzeitarbeit sind die Globallöhne entsprechend dem Arbeitspensum zu reduzieren.

- 4100 Für den Unterhalt von minderjährigen Kindern des mitarbeitenden Familienmitgliedes ist diesem Familienmitglied je ein Drittel des Globallohnes für Alleinstehende (Rz 4099) zuzurechnen. Von diesen Zuschlägen darf nur in begründeten Ausnahmefällen nach unten abgewichen werden.
- 4101 Die Ausgleichskassen können zur Kontrolle die Löhne, von denen die Beiträge entrichtet wurden, mit denen vergleichen, die bei der Steuerveranlagung berücksichtigt worden sind; allenfalls sind Beiträge nachzufordern¹⁵¹.
- 4102 Mündige Kinder oder Grosskinder, die ihren Eltern oder Grosseltern, mit denen sie in gemeinsamem Haushalt leben, ihre Arbeit oder ihre Einkünfte zugewendet haben, können hierfür eine angemessene Entschädigung verlangen. Die Entschädigung kann geltend gemacht werden mit dem Tod der Schuldnerin bzw. des Schuldners sowie zu deren bzw. dessen Lebzeiten, wenn gegen sie bzw. ihn eine Pfändung erfolgt oder über sie bzw. ihn der Konkurs eröffnet wird, wenn der Betrieb in andere Hände übergeht oder wenn der gemeinsame Haushalt aufgelöst wird ([Art. 334](#) und [Art. 334^{bis} ZGB](#)). Diese Entschädigung gehört zum massgebenden Lohn, soweit sie für die Arbeit gewährt wird, die den Eltern oder Grosseltern zugewendet wurde (sog. *Lidlohn*)¹⁵².
- 4103 Die Beitragsschuld entsteht im Zeitpunkt, in dem die Entschädigung ausbezahlt oder mit einer Forderung der Schuldnerin bzw. des Schuldners (beispielsweise mit dem

¹⁵¹ 22. Mai 1953 ZAK 1953 S. 287 –

¹⁵² 20. September 1988 ZAK 1989 S. 27 –

Kaufpreis des vom Kind erworbenen Landwirtschaftsbetriebes) verrechnet wird. Die Beiträge sind für das betreffende Kalenderjahr geschuldet¹⁵³. Vgl. betreffend Eintragung ins IK die Vorschriften in der WL VA/IK.

- 4104 Als Arbeitgebende gelten die Eltern oder die Grosseltern oder deren Erbinnen und Erben.

24. Au Pair-Angestellte, Praktikantinnen und Praktikanten

- 4105 Als Au Pair-Angestellte, Praktikantinnen und Praktikanten, usw. gelten Personen, die um eine Fremdsprache zu erlernen oder aus ähnlichen Gründen bei einer Gastfamilie gegen Entgelt angestellt sind.
- 4106 Der für Au Pair-Angestellte – und ihnen gleichgestellte Personen – massgebende Lohn setzt sich ab dem 1. Januar, nachdem sie das 17. Altersjahr vollendet haben, aus Natural- und Barlohn zusammen.
- 4107 Für sog. Volontärinnen und Volontäre ohne Barlohn entspricht der massgebende Lohn dem Naturallohn.

25. Auszubildende

- 4108 Als Auszubildende gelten Personen, die im Sinne des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (BBG) und [Art. 344 ff. OR](#) einen Lehrvertrag abgeschlossen haben¹⁵⁴. Ihnen gleichgestellt sind Personen, die eine Grundausbildung aufgrund eines Normallehrvertrages oder eines sonstigen anerkannten Vertragsverhältnisses absolvieren, sowie solche, welche die Lehre im Betrieb der Inhaberin oder

¹⁵³ 1.	Februar	1961	ZAK	1961	S.	311	–
¹⁵⁴ 6.	Mai	1950	ZAK	1950	S.	352	–

des Inhabers der elterlichen Sorge bestehen, sowie Praktikantinnen bzw. Praktikanten mit zeitlich begrenztem Lehrgang.

- 4109 Als massgebender Lohn der Auszubildenden und ihnen gleichgestellten Personen gilt sowohl der Bar- als auch der Naturallohn vom 1. Januar an, welcher der Vollendung des 17. Altersjahres folgt.
- 4110 Bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem die im Familienbetrieb arbeitenden Auszubildenden das 20. Altersjahr vollenden, gilt nur der Barlohn als massgebender Lohn (siehe auch unter mitarbeitende Familienmitglieder).

26. Mitarbeitende eines Call-Centers

- 4111 Die Entschädigungen an Mitarbeitende eines Call-Centers, welche Telefone in einem Telefonkiosk betreiben und dabei den Anrufenden Gesellschaft, Hilfe und Beistand leisten, gehören zum massgebenden Lohn¹⁵⁵.

27. Pflegeeltern und Tageseltern

- 4112 Die Einkünfte von Personen, welche ein Kind in Familienpflege (Dauer-, Wochen-, und Bereitschaftspflege im Haushalt der Pflegeeltern [[Art. 4 PAVO](#)]) betreuen, stellen massgebenden Lohn dar, unabhängig davon, ob der Pflegevertrag mit der Kindesschutzbehörde, einer Organisation oder den leiblichen Eltern direkt besteht¹⁵⁶.
- 4113 Einkünfte von Personen, welche ein Kind in Tagespflege ([Art. 12 PAVO](#)) im eigenen Haushalt betreuen, stellen massgebenden Lohn dar, wenn der Pflegevertrag mit der Kindesschutzbehörde oder einer Organisation (bspw. Tageselternverein) besteht. Wenn die leiblichen Eltern Ihre Kinder

¹⁵⁵ 27.	Juni	1996	AHI	1996	S.	240	BGE	122	V	169
¹⁵⁶ 8.	Oktober	2004	H	74/04			–			
4.	April	2006	H	134/05			–			

direkt bei Tageseltern platzieren, liegt nur dann massgebender Lohn vor, wenn das Unternehmerrisiko der Tageseltern gering ist und eine starke arbeitsorganisatorische Abhängigkeit besteht.

28. Nannies und Babysitter

- 4114 Einkünfte von Personen, welche ein Kind im Haushalt der Eltern betreuen, stellen massgebenden Lohn dar (für die Abrechnung vgl. WBB).

5. Teil: Anhänge

1. Faktoren zur Umrechnung von Renten in Kapitalien gemäss Art. 7 Bst. q AHVV

AHV 2015
Technischer Zinsfuss 2.5%

Alter in Jahren	Männer - Rente		
	lebenslänglich	temporär bis 65	aufgeschoben bis 65
20-29	31.2	25.3	5.9
30-34	29.3	22.3	7.1
35-39	27.9	19.9	8.0
40-44	26.3	17.3	9.1
45-49	24.6	14.3	10.3
50	23.5	12.3	11.2
51	23.1	11.7	11.4
52	22.7	11.0	11.7
53	22.3	10.2	12.1
54	21.9	9.5	12.4
55	21.5	8.7	12.8
56	21.0	8.0	13.0
57	20.6	7.2	13.4
58	20.2	6.4	13.8
59	19.7	5.5	14.2
60	19.3	4.7	14.6
61	18.8	3.8	15.0
62	18.3	2.9	15.4
63	17.9	1.9	16.0
64	17.4	1.0	16.4
65	16.9	0.0	16.9
66	16.4	-	-
67	16.0	-	-
68	15.5	-	-
69	15.0	-	-
70	14.5	-	-
71	14.0	-	-
72	13.5	-	-
73	13.0	-	-
74	12.5	-	-
75-79	11.0	-	-
80-84	8.6	-	-
85-89	6.4	-	-
90 und mehr	3.9	-	-

Berechnungsformel: $\text{Kapital} = \text{Jahresrente} \times \text{Faktor}$
 $\text{Jahresrente} = \text{Kapital} / \text{Faktor}$

Das Alter wird auf den nächsten Monat abgerundet und die Faktoren werden durch Interpolation zwischen den nächstliegenden ganzzahligen Altern bestimmt.

Beispiel: lebenslängliche Rente für einen Mann, der 62 Jahre und 3 Monate alt ist.

Alter 62, lebenslänglich	Faktor 18.3
Alter 63, lebenslänglich	Faktor 17.9
Alter 62 und 3 Monate	Faktor 18.20
Faktor (Interpolation pro rata temporis)	$(18.3 - 17.9) \times (9/12) + 17.9 = 18.20$

AHV 2015
Technischer Zinsfuss 2.5%

Alter in Jahren	Frauen - Rente		
	lebenslänglich	temporär bis 64	aufgeschoben bis 64
20-29	32.0	25.1	6.9
30-34	30.3	22.0	8.3
35-39	28.9	19.6	9.4
40-44	27.5	16.8	10.6
45-49	25.8	13.8	12.1
50	24.8	11.7	13.1
51	24.4	11.0	13.4
52	24.0	10.3	13.7
53	23.6	9.6	14.0
54	23.2	8.8	14.4
55	22.8	8.0	14.8
56	22.4	7.2	15.2
57	22.0	6.4	15.6
58	21.6	5.5	16.1
59	21.1	4.7	16.4
60	20.7	3.8	16.9
61	20.3	2.9	17.4
62	19.8	1.9	17.9
63	19.3	1.0	18.3
64	18.9	0.0	18.9
65	18.4	-	-
66	17.9	-	-
67	17.4	-	-
68	16.9	-	-
69	16.4	-	-
70	15.9	-	-
71	15.4	-	-
72	14.9	-	-
73	14.4	-	-
74	13.8	-	-
75-79	12.2	-	-
80-84	9.6	-	-
85-89	7.0	-	-
90 und mehr	4.0	-	-

Berechnungsformel: $\text{Kapital} = \text{Jahresrente} \times \text{Faktor}$
 $\text{Jahresrente} = \text{Kapital} / \text{Faktor}$

Das Alter wird auf den nächsten Monat abgerundet und die Faktoren werden durch Interpolation zwischen den nächstliegenden ganzzahligen Altern bestimmt.

Beispiel: temporäre Rente für eine Frau, die 61 Jahre und 9 Monate alt ist.

Alter 61, temporär bis 64	Faktor 2.9
Alter 62, temporär bis 64	Faktor 1.9
Alter 61 und 9 Monate	Faktor 2.15
Faktor (Interpolation pro rata temporis)	$(2.9-1.9) \times (3/12) + 1.9 = 2.15$

2. Beispiele

1/21

- 2.1 Eine 32-jährige Tankwartin wird nach 6 Jahren Teilzeittätigkeit entlassen und erhält eine einmalige Abfindung von Fr. 8 000.-

Die Tankwartin erfüllt die Voraussetzungen gemäss [Art. 8^{bis} AHVV](#) und profitiert von der privilegierten Berechnung, da sie der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht unterstand.

Kapitalabfindung des Arbeitgebers	8 000
Minus 6 x Fr. 597.50 (halbe minimale monatliche Rente) =	<u>3 585</u>
<i>Massgebender Lohn</i>	4 415

- 2.2 Eine 54-jährige Teilzeitverkäuferin wird nach 15 Dienstjahren am 20. September 2019 entlassen. Sie erhält vom Arbeitgeber auf freiwilliger Basis eine einmalige Kapitalabfindung von Fr. 10 000.–. Sie war nur teilweise dem BVG unterstellt und weist fehlende Zeiten auf. Vom 1. August 2009 bis am 31. Dezember 2013 und vom 1. Februar 2015 bis am 31. Juli 2019 war sie nicht BVG versichert. Ihr fehlen daher 7 ganze Kalenderjahre (4+3). [Art. 8^{bis} AHVV](#) ist anwendbar.

Kapitalabfindung des Arbeitgebers	10 000
Minus 7 x Fr. 592.50 (halbe minimale monatliche Rente) =	4 147.50
<i>Massgebender Lohn</i>	5 852.50

- 2.3 Ein 55-jähriger Marketingplaner wird nach 11 Dienstjahren entlassen. Seine Guthaben aus der Pensionskasse (Fr. 210 000.-) werden auf ein Freizügigkeitskonto überwiesen. Von der Arbeitgeberin erhält er eine einmalige Abgangsschädigung im Betrag von Fr. 230 000.-.

Der Marketingplaner erfüllt die Voraussetzungen gemäss [Art. 8^{ter} AHVV](#) nicht (Einzelfall). Die Abgangsschädigung im Betrag von Fr. 230 000.- gehört *vollumfänglich zum massgebenden Lohn*.

- 2.4 Eine 38-jährige Sachbearbeiterin wird nach 6 Dienstjahren zusammen mit ihren Kolleginnen entlassen (Betriebsrestrukturierung mit durch Sozialplan geregelter kollektiver Entlassung). Die Freizügigkeitsleistung der beruflichen Vorsorge beläuft sich auf Fr. 154 000.-. Weiter erhält sie aus einem Sozialplan eine einmalige Austrittsleistung von Fr. 43 685.-.

Dank dem Sozialplan erfolgt die privilegierte Berechnung ([Art. 8^{ter} Abs. 2 Bst. b AHVV](#)).

Kapitalabfindung des Arbeitgebers	43 685
Minus 4,5 x 28 680 (viereinhalbfache maximale jährliche Altersrente) =	129 060
<i>Massgebender Lohn</i>	0

- 2.5 Eine 62-jährige langjährige Mitarbeiterin wird frühzeitig pensioniert. Sie erhält von ihrem Arbeitgeber bis zu ihrem ordentlichen Rentenalter eine freiwillige Überbrückungsrente von monatlich Fr. 3 000.-.

Die Überbrückungsleistungen sind zu kapitalisieren nach der Formel:

Kapital = Monatsrente x 12 x Faktor temporär bis 64/65.

Jahresrente: 3 000 x 12 = 36 000

Alter 62: Faktor temporär bis 64 gemäss
Tabelle 1,9

Massgebender Lohn: 36 000 x 24/24 x 1,9 = **68 400**

- 2.6 Ein Lehrer tritt im Alter von 63 Jahren und 4 Monaten frühzeitig zurück. Seine Arbeitgeberin richtet während 18 Monaten (ab Alter 63,5 bis 65 Jahre) eine freiwillige Überbrückungsrente von Fr. 2 370.- monatlich aus.

Die Überbrückungsleistungen sind zu kapitalisieren nach der Formel:

Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65.

Jahresrente: $2\,370 \times 12 =$ **28 440**

Alter 63 und 4 Monate: Faktor temporär bis 65 interpoliert gemäss Tabelle $(1,9 - 1,0) \times (8/12) + 1,0 =$ **1,6**

Massgebender Lohn: $28\,440 \times 18/20 \times 1,6 =$ **40 954**

- 2.7 Fünf Monate bevor er das gesetzliche Rentenalter erreicht, wird das Arbeitsverhältnis eines Druckers aufgelöst. Sein Arbeitgeber zahlt ihm eine monatliche Überbrückungsrente von Fr. 2 000.-

Weil in diesem Fall die Renten weniger lang als ein Jahr ausgerichtet werden, wird auf die Kapitalisierung verzichtet und die einzelnen Betreffnisse werden laufend verabgabt.

- 2.8 Ein Aussendienstmitarbeiter tritt nach seinem 62. Geburtstag zurück und erhält während 6 Monaten (ab Alter 63 bis 63,5) eine *freiwillige* Rente von monatlich Fr. 3 000.-. Es werden keine der in [Art. 8^{ter} AHVV](#) vorgesehenen Kriterien erfüllt (Einzelfall). Folglich liegt vollumfänglich massgebender Lohn vor.

Werden die Renten für eine Dauer von längstens einem Jahr ausgerichtet, ist in der Regel von der Kapitalisierung abzusehen. Vorliegend ist jedoch zu kapitalisieren, da die Leistungen erst ein Jahr nach dem Austritt zu laufen beginnen.

Die Überbrückungsleistungen sind zu kapitalisieren nach der Formel:

Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65

Jahresrente: 3 000 x 12 = 36 000

Alter 62: Faktor temporär bis 65 2,9

Massgebender Lohn: 36 000 x 6/36 x 2.9 = **17 400**

- 2.9 Eine Kosmetikerin reduziert mit Wirkung ab Beginn des Monats nach ihrem 62. Geburtstag ihren Beschäftigungsgrad auf 50 Prozent. Bis zum Erreichen des ordentlichen Rentenalters erhält sie von ihrer Arbeitgeberin freiwillige Überbrückungsrenten von Fr. 700.- im Monat.

Im Fall von Teilpensionierungen wird auf die Kapitalisierung der Rentenleistungen verzichtet. Die Rentenbetreffnisse werden laufend mit dem übrigen Lohn verabgabt.

- 2.10 Die Brauerei Bierperle lagert ihre Hauszustellung aus und muss deshalb eine Restrukturierung durchführen. Die Vorsorgeeinrichtung wird teilliquidiert. Davon ist das ganze Personal der Transportabteilung betroffen. Ein Disponent mit mehr als 15 Dienstjahren erhält im Alter von 58 Jahren und vier Monaten neben einer Rente der obligatorischen beruflichen Vorsorge von seiner Arbeitgeberin eine einmalige Entschädigung von Fr. 150 000.- sowie eine jährliche Überbrückungsleistung von Fr. 82 000.- (ab 58 Jahre und 4 Monate – 60 Jahre) und von Fr. 73 000.- (ab 60 – 65 Jahre).

Die Rente aus der vorzeitigen Pensionierung fällt unter [Art. 6 Abs. 2 Bst. h AHVV](#) und die übrigen Leistungen unter [Art. 8^{ter} Abs. 2 Bst. a AHVV](#).

Die jährlichen Überbrückungsleistungen sind in eine Kapitalleistung umzurechnen:

Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65.

Ab 58^{4/12} – 60 Jahre: Fr. 82 000.–

Interpolierter Faktor temporär bis 65:

$(6,4 - 5,5) \times (8/12) + 5,5 = 6,1$

$(82\ 000 \times 20/80 \times 6,1) =$ 125 050

Ab 60 – 65 Jahre: Fr. 73 000.–

$(73\ 000 \times 60/80 \times 6,1) =$ 333 975

Abgangsentschädigung 150 000

Gesamtbetrag 609 025

Minus 4,5 x 28 680 (viereinhalbfache maximale jährliche Altersrente) = 129 060

Massgebender Lohn 479 965

- 2.11 Die Mitarbeiter eines Zulieferbetriebes erhalten infolge Betriebszusammenlegung die Kündigung. Neben einem regulatorischen Guthaben aus der Pensionskasse erhält beispielsweise der 55-jährige Productmanager von seinem Arbeitgeber folgende Abgangsentschädigungen:

<i>Leistungen</i>	<i>Monatlich</i>	<i>Dauer</i>
Freiwillige Überbrückung PK	Fr. 2 225.–	7 Jahre
Freiwillige Überbrückung AHV	Fr. 2 068.–	10 Jahre
Kinderrente	Fr. 890.–	2 Jahre
Kinderrente	Fr. 445.–	5 Jahre
AHV-Beiträge	Fr. 120.–	10 Jahre

Die Betriebszusammenlegung fällt unter [Art. 8^{ter} Abs. 2 AHVV](#), weshalb die privilegierte Berechnung zur Anwendung kommt.

Die Überbrückungsleistungen sind zu kapitalisieren nach der Formel:

Kapital = Monatsrente x 12 x Faktor temporär bis 64/65 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65.

Überbrückung PK 55 – 62 84 Monate	$2\,225 \times 12 \times \frac{84}{120} \times 8,7 = 162\,603$
Überbrückung AHV 55 – 65 120 Monate	$2\,068 \times 12 \times \frac{120}{120} \times 8,7 = 215\,899$
Kinderrente 55 – 57 24 Monate	$890 \times 12 \times \frac{24}{120} \times 8,7 = 18\,583$

Kinderrente					
58– 62					
60 Monate	445	x 12	x 60/120	x 8,7	= 23 229
AHV-Beiträge					
55 – 65					
120 Monate	120	x 12	x 120/120	x 8,7	= <u>12 528</u>
Gesamtbetrag					432 842
Minus 4,5 x 28 680					
(viereinhalbfache maximale jährliche Altersrente)				=	<u>129 060</u>
<i>Massgebender Lohn</i>					303 782

- 2.12 Die Firma Kunterbunt muss den Betrieb auf Ende Jahr schliessen und die ganze Belegschaft entlassen. Die Austrittsleistungen einer 58-jährigen Verkäuferin setzen sich neben einer Freizügigkeitspolice der obligatorischen beruflichen Vorsorge wie folgt zusammen:

<i>Leistungen</i>	<i>Monatlich</i>	<i>Dauer</i>
Freiwillige Überbrückung PK	Fr. 1 500.–	27 Monate
Freiwilliger Zusatz PK ab Alter 64	Fr. 500.–	lebenslänglich
Überbrückung AHV	Fr. 1 030.–	3 Monate
Überbrückung AHV	Fr. 1 800.–	50 Monate
Anteil an AHV-Beiträge (NE)	Fr. 80.–	70 Monate

Die Betriebsschliessung fällt unter [Art. 8^{ter} Abs. 2 AHVV](#), weshalb die privilegierte Berechnung zur Anwendung kommt.

Die Rentenleistungen sind in eine Kapitalleistung umzurechnen:

Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65.

Überbrückung PK	1 500 x 12 x 27/72 x 5,5 =	37 125
Zusatz PK	500 x 12 x 72/72 x 16,1 =	96 600
Überbrückung AHV	1 030 x 12 x 3/72 x 5,5 =	2 833
Überbrückung AHV	1 800 x 12 x 50/72 x 5,5 =	82 500
AHV-Beiträge	80 x 12 x 70/72 x 5,5 =	<u>5 133</u>
Gesamtbetrag		224 191
Minus 4,5 x 28 680 (viereinhalbfache maximale jährliche Altersrente) =		<u>129 060</u>
Massgebender Lohn		95 131

- 2.13 Die Firma Supergut lässt den 62-jährigen Produktionschef auf Mitte Jahr vorzeitig pensionieren (Geburtstag 6. Februar 1953). Zur Pensionskassen-Rente erhält er folgende Überbrückungsleistungen:

<i>Leistungen</i>	<i>Monatlich</i>	<i>vom</i>	<i>bis</i>
Freiwillige Überbrückung PK	Fr. 2 280.–	01.07.2015	31.12.2016
Freiwillige Überbrückung PK	Fr. 2 320.–	01.01.2017	28.02.2018

Die in mehreren Tranchen ausbezahlte Überbrückungsleistung erfüllt die Voraussetzungen von [Art. 8^{bis}](#) und [8^{ter} AHVV](#) nicht (keine privilegierte Berechnung).

Die Rentenleistungen sind in eine Kapitalleistung umzurechnen:

Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65.

Interpolierter Faktor temporär bis 65 für 62 Jahre und 4 Monate:

$$(2,9 - 1,9) \times (8/12) + 1,9 = 2,57$$

Überbrückungsleistung PK 18 Monate $2\,280 \times 12 \times 18/32 \times 2,57 =$	39 552
Überbrückungsleistung PK 14 Monate $2\,320 \times 12 \times 14/32 \times 2,57 =$	31 303
<i>Massgebender Lohn</i>	70 855

- 2.14 Eine 57-jährige Einkäuferin, geboren am 20. Februar 1958, tritt am 28. Februar 2015 zurück. Die Firma übernimmt die Pensionskassenbeiträge vom Austritt bis zum AHV-Rentenalter von monatlich Fr. 449.-. Weder [Art. 8 Bst. a AHVV](#) noch [Art. 8^{ter} AHVV](#) sind hier anwendbar (die Übernahme der Pensionskassenbeiträge ist nicht reglementarisch und es liegt ein Einzelfall vor).

Ab 1. März 2017 erhält die ehemalige Einkäuferin zusätzlich eine Vorruhestandsrente von monatlich Fr. 2 730.- bis zum AHV-Rentenalter (28. Februar 2022).

Die Beiträge und die Renten werden wie folgt kapitalisiert:
 Kapital = Monatsbeiträge bzw. Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65.

PK-Beiträge 84 Monate	
$449 \times 12 \times 84/84 \times 6,4 =$	34 483
Vorruhestandsrente 60 Monate	
$2\,730 \times 12 \times 60/84 \times 6,4 =$	<u>149 760</u>
<i>Massgebender Lohn</i>	184 243

- 2.15 Auf Wunsch des Arbeitgebers wird das Arbeitsverhältnis eines am 15. November 1957 geborenen Kantonsangestellten auf Ende Mai 2019 aufgelöst. Ab 01. Juni 2019 richtet der Kanton seinem ehemaligen Mitarbeiter bis zu dessen 63. Altersjahr eine monatliche Überbrückungsrente in der Höhe von 2 370 Franken aus. Am 01. Dezember 2020 wird die Überbrückungsrente von einer reglementarischen Zusatzrente und diese wiederum am 01. Dezember 2023 von der AHV-Altersrente abgelöst.

Die reglementarische Zusatzrente ist nicht als Erwerbseinkommen beitragspflichtig und somit nicht zu kapitalisieren.

Die Überbrückungsrente wird wie folgt kapitalisiert:
 Kapital = Monatsrente x 12 x Anzahl Monate mit Rentenbezug / Anzahl Monate bis 64/65 x Faktor temporär bis 64/65.

Jahresrente: $2\,370 \times 12 =$ **28 440**

Alter 62 und 6 Monate: Faktor temporär
 bis 65 interpoliert gemäss Tabelle:
 $(3,8-2,9) \times (6/12) + 2,9 =$ **3,35**

Massgebender Lohn: $28\,440 \times 18/42 \times 3,35 =$ **40 831**

- 2.16 Ein Schreiner, geboren am 28. April 1951, tritt am 31. Juli 2013 frühzeitig zurück. Seine Arbeitgeberin richtet ihm ab dem 1. Mai 2016 eine lebenslängliche freiwillige Rente von Fr. 250.- im Monat aus.

Jahresrente: $250 \times 12 =$ 3 000

Alter 62 und 3 Monate: interpolierter Faktor
aufgeschoben bis 65 gemäss Tabelle:
 $(15,4-16,0) \times (9/12) + 16,0 =$ 15,55

Massgebender Lohn: $3\ 000 \times 15,55 =$ **46 650**

3. **Abgrenzung des prämienerpflichtigen Verdienstes in der obligatorischen Unfallversicherung zum AHV-rechtlich massgebenden Lohn**

In der obligatorischen Unfallversicherung werden Prämien grundsätzlich auf dem AHV-rechtlich massgebenden Lohn erhoben ([Art. 115](#) i.V.m. [Art. 22 Abs. 1 und 2 UVV](#)).

Abweichungen

- Prämien werden nur bis zu einem vom Bundesrat festgesetzten Höchstbetrag erhoben ([Art. 22 Abs. 1 UVV](#));
- Löhne, auf denen wegen des Alters der Versicherten keine AHV-Beiträge erhoben werden, gelten in der Unfallversicherung ebenfalls als versicherter Verdienst ([Art. 22 Abs. 2 Bst. a UVV](#); dies betrifft Jugendliche vor Eintritt in die AHV-Beitragspflicht sowie Arbeitnehmende im Rentenalter, deren Verdienste ganz oder teilweise in die Freigrenze fallen);
- für mitarbeitende Familienmitglieder bzw. für Personen, die im Betrieb ihrer eingetragenen Partnerin oder ihres eingetragenen Partners mitarbeiten, Gesellschafterinnen bzw. Gesellschafter, Aktionärinnen bzw. Aktionäre sowie für Genossenschafterinnen und Genossenschafter wird in der Unfallversicherung mindestens der berufs- und ortsübliche Lohn berücksichtigt ([Art. 22 Abs. 2 Bst. c UVV](#)), während für die AHV ein solches Minimum in [Art. 14 AHVV](#) (Globallöhne) festgelegt ist oder nicht besteht;
- Entschädigungen bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses, bei Betriebsschliessung, Betriebszusammenlegung oder bei ähnlichen Gelegenheiten werden von der Unfallversicherung nicht erfasst ([Art. 22 Abs. 2 Bst. d UVV](#); z.B. Vorsorgeleistungen und Abgangsentschädigungen);
- für Praktikantinnen, Praktikanten, Volontärinnen, Volontäre und zur Abklärung der Berufswahl oder in Lehrwerkstätten tätige Personen sind die Prämien ab vollendetem 20. Altersjahr auf einem Betrag von mindestens 20 Prozent, vor vollendetem 20. Altersjahr von mindestens 10 Prozent des Höchstbetrages des nach dem UVG versicherten Verdienstes zu entrichten ([Art. 115 Abs. 1 Bst. b UVV](#));
- für Personen, die in beruflichen Eingliederungsstätten sowie Werkstätten für die Dauerbeschäftigung Behinderter tätig sind, sind die Prämien auf einem Betrag zu entrichten, der pro Jahr

- mindestens dem zwölffachen Betrag des höchstversicherten Tagesverdienstes entspricht ([Art. 115 Abs. 1 Bst. c UVV](#));
- auf Taggeldern der Invalidenversicherung und der Militärversicherung sowie auf Entschädigungen der Erwerbsersatzordnung sind keine Prämien zu entrichten ([Art. 115 Abs. 1 Bst. d UVV](#)).

4. Temporärer Anhang – Konkordanzliste der Randziffern Alte Fassung WML 2018 / Neuauflage WML 2019

Alt 2018	Neu 2019	Alt 2018	Neu 2019	Alt 2018	Neu 2019	Alt 2018	Neu 2019
1008	1009	2013	2020	2046	2061	2088	2114
1009	1010	2014	2021	2047	2062	2089	2115
1010	1011	2014.1	2022	2048	2063	2090	2124
1010.1	1012	2014.2	2023	2049	2064	2091	2125
1010.2	1013	2014.3	2024	2050	2065	2092	2126
1011	1014	2014.4	2025	2051	2066	2093	2127
1012	1015	2014.5	2026	2052	2067	2094	2128
1013	1018	2015	2027	2053	2068	2095	2129
1014	1019	2015.1	2028	2054	2069	2096	2130
1015	1020	2015.2	2029	2055	2070	2097	2131
1016	1023	2015.3	2030	2056	2071	2098	2132
1017	1024	2015.4	2031	2056.1	2072	2099	2133
1018	1025	2015.5	2032	2057	2073	2100	2134
1018.1	1026	2015.6	2033	2058	2074	2101	2135
1018.2	1027	2015.7	2034	2059	2075	2102	2136
1019	1028	2015.8	2035	2060	2076	2103	2137
1020	1021	2015.9	2036	2061	2077	2104	2138
1021	1029	2016	2037	2062	2078	2105	2139
1022	1030	2016.1	2038	2063	2079	2106	2140
1023	1031	2016.2	2039	2064	2080	2107	2141
1024	1032	2016.3	2040	2065	2081	2108	2142
1025	1033	2017	2041	2066	2082	2109	2143
1026	1034	2018	2042	2067	2083	2110	2144
1027	1035	2019	2043	2068	2084	2111	2099
1028	1036	2029	2044	2069	2085	2111.1	2100
1029	1037	2030	2045	2070	2086	2111.2	2101
1030	1038	2031	2046	2071	2088	2112	2102
1031	1039	2032	2047	2072	2089	2113	2103
1032	1040	2033	2048	2073	2090	2114	2104
-	1008	2034	2049	2074	2091	2114.1	2105
-	1016	2035	2050	2075	2092	2114.2	2106
-	1022	2036	2051	2076	2093	2114.3	-
		2037	2052	2079	-	2115	2107
2011.1	2012	2038	2053	2080	2094	2116	2108
2011.2	2013	2039	2054	2081	2095	2117	-
2011.3	2014	2040	2055	2082	2096	2117.1	2146
2011.4	2015	2041	2056	2083	2097	2117.2	2147
2011.5	2016	2042	2057	2084	2098	2117.3	2148
2011.6	2017	2043	2058	2085	2109	2117.4	2149
2011.7	2018	2044	2059	2086	2110	2117.5	2150
2012	2019	2045	2060	2087	2111	2117.6	2146

Alt 2018	Neu 2019	Alt 2018	Neu 2019	Alt 2018	Neu 2019	Alt 2018	Neu 2019
2118	2198	2161	2190	4048	4025	4097	4067
2119	2199	2162	2191	4049	4026	4098	4068
2120	2200	2163	2192	4050	4027	4099	4069
2121	2201	2164	2193	4056	4028	4100	4070
2122	2165	2165	2116	4057	4029	4101	4071
2123	2166	2166	2117	4059	4030	4102	4072
2124	2167	2167	2112	4060	4031	4103	4057
2125	2168	2167	2121	4061	4033	4104	4058
2126	2169	2168	2118	4062	4034	4105	4073
2127	2170	2169	2118	4063	4035	4106	4074
2128	2171	2170	2122	4063.1	4036	4107	4075
2129	2172	2171	2123	4064	4037	4108	4076
2131	2152	2172	2161	4065	4038	4109	4077
2132	2153	2173	2162	4066	4039	4110	4078
2133	2154	2174	2163	4067	4040	4111	4079
2134	2155	2175	2203	4068	4041	4112	4080
2135	2156	2176	1017	4069	4042	4113	4081
2136	2157	-	2087	4070	-	4114	-
2137	2158	-	2113	4071	-	4115	-
2138	2159	-	2119	4072	4043	4116	4082
2138.1	2160	-	2120	4073	4044	4117	4083
2139	2194	-	2151	4074	4045	4118	4084
2140	2195		2164	4075	4046	4119	-
2141	2196			4077	4047	4120	4086
2142	2197	4010	-	4078	4050	4121	4087
2143	2202	4011	-	4079	4048	4122	4088
2144	2173	4012	-	4080	4052	4123	4089
2145	2174	4013	4010	4081	4053	4124	4090
2146	2175	4014	4011	4082	4054	4125	4091
2147	2176	4015	4012	4083	4055	4126	4092
2148	2177	4016	4013	4084	4056	4127	4093
2149	2178	4017	4014	4085	-	4128	4094
2150	2179	4018	-	4086	-	4129	4095
2151	2180	4020	4015	4087	4059	4130	4096
2152	2181	4021	4016	4088	4060	4131	4097
2153	2182	4022	4017	4089	4061	4133	4098
2154	2183	4023	4018	4090	-	4134	4099
2155	2184	4024	4019	4091	-	4135	4100
2156	2185	4025	4020	4092	4062	4136	4101
2157	2186	4026	4021	4093	4063	4137	4102
2158	2187	4045	4022	4094	4064	4138	4103
2159	2188	4046	4023	4095	4065	4139	4104
2160	2189	4047	4024	4096	4066	4140	4105

Alt 2018	Neu 2019
4141	4106
4142	-
4143	4108
4144	4109
4145	4110
4146	4111
4147	4112
4148	4113
4149	4114
-	4032
-	4049
-	4051
-	4085
-	4107